

# Rechenschaftsbericht des Vorstands 2021-2022

- Bericht über die Aktivitäten im Zeitraum September 2021 bis August 2022
- Finanzbericht 1.1.-31.12.2021
- Vorschau auf 2023

## Impressum

### Herausgeber:

Germanwatch e. V.

Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon +49 (0)228/60 492-0, Fax -19

Büro Berlin

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Telefon +49 (0)30/57 71 328-0, Fax -11

Internet: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)

E-Mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)

Stand: 12.10.2022

Bestellnr.: 22-9-01

Bildquellen: Germanwatch, sofern nicht anders gekennzeichnet.

Porträtbilder der Mitarbeitenden und des Vorstands (sofern bei Redaktionsschluss vorliegend und Veröffentlichung erwünscht): privat oder Germanwatch

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:

**<https://www.germanwatch.org/de/87503>**

# Inhalt

A	Politische Rahmenbedingungen.....	5
B	Die Basis unserer Arbeit.....	8
C	Unsere Arbeit.....	12
	Deutsche und Europäische Klimapolitik.....	13
	Die deutsche Klimapolitik auf den 1,5°C-Pfad bringen, zu Hause und in Klimapartnerschaften mit anderen Ländern.....	13
	Den Europäischen Green Deal und das Fit-for-55-Klimapaket der EU zum Erfolg für Klimaschutz, sozialen Ausgleich und den Zusammenhalt in Europa führen.....	16
	Stolpersteine für die Beschleunigung der Energiewende aus dem Weg räumen.....	17
	Eine die Nachhaltigkeitsziele unterstützende Digitalisierung in Einklang mit Klimazielen und Menschenrechten.....	18
	Ausblick.....	19
	Welternährung, Landnutzung und Handel (WLH).....	22
	Deutsche und EU-Agrarpolitik nachhaltig gestalten.....	22
	Tierhaltung nachhaltig reformieren.....	23
	Handelspolitik und Lieferketten nachhaltig gestalten.....	25
	Ausblick.....	25
	Unternehmensverantwortung.....	28
	Europaweit unternehmerische Sorgfaltspflichten verbindlich festschreiben.....	28
	Deutsches Lieferkettengesetz wirksam umsetzen.....	29
	Rechteinhaber:innen stärken.....	30
	Rohstoffwende voranbringen.....	31
	Ausblick.....	32
	Internationale Klimapolitik.....	34
	Bedarfsorientierte Anpassung und angemessenen Umgang mit Schäden und Verlusten im Sinne der Verletzlichsten voranbringen und Maßnahmen geschlechtersensitiv und menschenrechtsbasiert umsetzen.....	36
	Sozial-ökologische, menschenrechtsbasierte und gerechte Transformation, orientiert am 1,5°C-Limit und an Treibhausgasneutralität, vorantreiben.....	38
	Finanzflüsse kompatibel mit einer Transformation zur emissionsarmen und resilienten Wirtschaft und Gesellschaft sowie einer menschenrechtsbasierten Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele gestalten.....	39
	Substanzielle Erhöhung der vorhersehbaren Klimafinanzierung über 100 Milliarden USD hinaus bis 2025, um den Bedürfnissen der Verletzlichsten gerecht zu werden.....	40
	Wirksame, transformative und menschenrechtsbasierte (Multi-Akteurs-)Partnerschaften initiieren, um Herausforderungen der Klimakrise zu begegnen.....	42
	Ausblick.....	42
	Bildung für nachhaltige Entwicklung.....	46
	Psychologie in der Transformation etablieren.....	47
	Handwerkszeug für Zukunftshandeln vermitteln.....	47
	Den Handabdruck vergrößern.....	48
	Transformative Bildung für Nachhaltige Entwicklung weiterentwickeln.....	49
	Ausblick.....	50
	Pressearbeit.....	52
	Ausblick.....	53
	Öffentlichkeitsarbeit.....	55
	Unsere Kampagnen – kommunikative Hebel für politische Wirksamkeit.....	55
	Rückenwind für die Klimaklage gegen RWE.....	56
	Von Gipfel zu Gipfel: COP26 und G7-Präsidentschaft.....	57
D	Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen.....	60
E	Finanzbericht – Kalenderjahr 2021.....	62



# A Politische Rahmenbedingungen

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat noch während der ersten hundert Tage der neuen Bundesregierung die Rahmensetzung für die gerade im Koalitionsvertrag beschlossene Politik grundlegend verändert. Die neue Situation legt einerseits die Bruchlinien offen und wirft andererseits grelles Licht auf die fundamentalen geopolitischen Verschiebungen, die sich auch unabhängig von dem Krieg global abzeichnen. Wie vor dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, als sich die Spannungen zwischen der alten Weltmacht England und dem ihr den Platz streitig machenden Deutschland aufbauten, wächst nun die Polarisierung zwischen den USA und China. China hat den Klimadialog mit den USA ausgesetzt. Die G20-Klimaverhandlungen in Indonesien sind einstweilen gescheitert. Aber nicht „nur“ im Klimabereich sehen wir das Ringen um grundlegende Weichenstellungen. Während 1990 einige noch das Ende der Geschichte ausriefen, weil sie Marktwirtschaft und Demokratie vor dem endgültigen Sieg im Systemwettbewerb sahen, wird nun von den einen das kapitalistische Wirtschaftssystem, von den anderen die demokratische Gesellschaftsform in Frage gestellt. Rechtspopulistische oder faschistische Regierungen werden auch in Europa gewählt.

Germanwatch hat in den vergangenen Jahren den Kompass seiner Aktivitäten angesichts der sich veränderten Weltlage klar ausgerichtet. Deutschland – für sich genommen – kann in dieser Gemengelage nur eine begrenzte Rolle spielen. Wichtig ist eine nach innen und außen handlungsfähige EU. Und zwar eine EU, die entschieden auf ein Wirtschafts- und Wohlstandsmodell zusteuert, das nicht länger systematisch die ökologischen Lebensgrundlagen und die Menschenrechte global unterminiert, sondern die stattdessen global Partnerschaften auf Augenhöhe für dieses neue Wohlstandsmodell entwickelt und die kollektive Sicherheit orientiert an Menschenrechten und Völkerrecht vorantreibt. Wir als Germanwatch haben hierzu unsere Debatte um die Suchbegriffe „Neuer Gesellschaftsvertrag“ und „Just Transition“ gruppiert. Das Pariser Klimaabkommen, die Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen und die gesamten (zivilen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen) Menschenrechte sind dafür internationale Leitschnur. Den European Green Deal mit seinen Klima-, Biodiversitäts- und Kreislaufwirtschaftszielen und das derzeit in Vorbereitung befindliche Europäische Lieferkettengesetz betrachten wir als erste Indikatoren dafür, dass sich Europa auf den Weg eines solchen neuen Gesellschaftsvertrages gemacht hat.

Nach der „Zeitenwende“ des 24. Februar 2022 gilt es nun zu fragen, wie sich dieser neue Schub der Geopolitik auf die Chancen auswirkt, dass die EU, gemeinsam mit Partner:innen in der Welt, weitere entscheidende Schritte auf diesem Weg geht. Es gibt nun zusätzliche Gründe und eine gesteigerte Dringlichkeit für die notwendige Transformation hin zu einer Gesellschaft, die nicht länger Lebensgrundlagen und Menschenrechte global unterminiert. In den nächsten Wochen und Monaten liegen entscheidende Weichenstellungen vor uns, die die Möglichkeiten dafür grundlegend verbessern oder verschlechtern können. Immer geht es dabei um die Frage, ob wir die Tragödie der Kurzfristigkeit überwinden können. Können wir auf die kurzfristigen Imperative der Energie- und Ernährungssicherheit so reagieren, dass sie die Klima- und Biodiversitätskrise eindämmen und nicht befeuern? Können wir die weltweite Kooperation so organisieren, dass der Schutz der Menschenrechte und der Lebensgrundlagen die Resilienz von Gesellschaft und Demokratie in der weiter zu erwartenden Krisenkaskade steigert:

- Werden wir nun – da fossile Energieträger sich massiv verteuern – einen ebenso massiven Schub in Richtung Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, grüner Wasserstoff, Wärmepumpen und öffentliche sowie private Elektromobilität sehen? Oder wird es unter dem Stichwort „Energiesicherheit“ eine große Investitionswelle in Flüssiggas und Kohle geben?

- Kommt nun eine Wende in Richtung einer Landwirtschaft, die Kleinbäuer:innen empowert, die Bodenfruchtbarkeit steigert und sich schrittweise von fossilen Energien unabhängig macht, um resilient Ernährungssicherheit im Einklang mit den Klima- und Biodiversitätszielen zu gewährleisten? Oder wird es einen Schub in die andere Richtung geben, der kurzfristige Produktivitätsgewinne zu Lasten der Kleinbäuer:innen, der Bodenfruchtbarkeit, des Klimas und der Biodiversität mit hohem Einsatz von (u. a. fossilen) Ressourcen nach sich zieht?
- Werden die großen makroökonomischen Herausforderungen solidarisch adressiert, und werden die Länder des globalen Nordens trotz der nun immer größer werdenden eigenen Herausforderungen ihrer globalen Verantwortung nachkommen und deutlich höhere und verlässlichere Zahlungen an den globalen Süden leisten, damit die Transformation gemeinsam und gerecht gestaltet wird?
- Wird die Energiekrise in Deutschland Auslöser für mehr Mut zu einer sozial gerechten Umverteilungspolitik werden?
- Werden Menschenrechte und ökologische Lebensgrundlagen konsequent und wirkungsvoll in den Lieferketten, den Handelsverträgen und den Rahmensetzungen des Finanzmarktes verankert, um Resilienz und Demokratiefähigkeit von Gesellschaften zu stärken – oder werden Menschenrechte und ökologische Lebensgrundlagen als unnötiges Beiwerk an den Rand geschoben?
- Setzt sich wieder das Sicherheitsverständnis des 19. Jahrhunderts durch, in dem Hegemonen ihren Herrschaftsbereich abstecken und Staaten, auch gegen deren Willen, dort hinein oder in Stellvertreterkriege drängen? Oder setzt sich das von der UN als kollektive Sicherheit und von der KSZE/OSZE als gemeinsame Sicherheit bezeichnete Paradigma durch, in dem souveräne Staaten gemeinsam ihre Sicherheitsinteressen definieren und organisieren? Klimasicherheit, aber auch globale Ernährungs- und Wassersicherheit sowie eine Resistenz gegenüber Pandemien lassen sich nur im Kontext eines Verständnisses von kollektiver oder gemeinsamer Sicherheit herstellen. Deshalb kann die Klimaaußenpolitik zum Schrittmacher eines solchen Verständnisses werden.

## Unser Beitrag

An all diesen Weichenstellungen arbeiten derzeit die Germanwatch-Teams intensiv und versuchen dabei, eine möglichst konstruktive Richtung einzuschlagen. Zugleich müssen wir stetig prüfen: Wo können wir uns angesichts begrenzter Ressourcen am wirkungsvollsten einsetzen? Welche Möglichkeiten für Kooperationen und Projekte ergeben sich, bei denen wir wirklich einen Unterschied machen können? Die aktuelle Situation in Deutschland zeigt, wie wichtig die enge Verknüpfung der sozialen mit den ökologischen Themen ist. Dies ist ein Teil der DNA von Germanwatch, zumindest auf internationaler Ebene. Letzteres ermöglicht uns aber besser als vielen Umweltverbänden das Eindringen, Mitdenken und Anknüpfen an die sozialen Debatten in Deutschland und Europa. Gleichwohl erkennen auch wir, dass gerade in diesem Bereich neue Allianzen nötig sind.

Interessant ist dabei etwa, dass sich in der momentanen Debatte darum, wie die Resilienz der Weltgesellschaft aufgebaut werden kann, vier C in den Vordergrund drängen, welche die Resilienz gerade der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung untergraben: **Covid** (Pandemien), **Climate** (Wetterextreme), **Costs** (Inflation, Verschuldung), **Carbon** (fossile Brennstoffe). Diese Problemtreiber, die gesellschaftliche Stabilität und Entwicklung unterminieren, lassen sich nicht isoliert voneinander adressieren, wenn eine Resilienz gegenüber einer absehbaren Krisenkaskade, neuen Pandemiewellen oder einer Hungerkrise hergestellt werden soll.

Es ist faszinierend zu sehen, mit wieviel Analyse, Strategie und Wirkkraft die Germanwatch-Teams an diesen Herausforderungen arbeiten. Als Vorstand und Geschäftsführung wollen wir dafür mit viel Freude ein dickes Dankeschön sagen. Germanwatch bleibt ein agiler und fundierter Kompetenzträger – dessen Mitarbeiter:innen natürlich auch in der Politik und anderen Thinktanks sehr gefragt sind. Wir freuen uns daher sehr für all jene, die wir zwar bei Germanwatch verabschiedet haben, die aber auf wichtige und einflussreiche Positionen gewechselt sind. Das tut weh für die Organisation Germanwatch, vor allem kurzfristig, aber es sind gute Entwicklungen für die Transformation.

Wir wünschen Ihnen nun viel Freude bei der spannenden Lektüre der Teamberichte über die vergangenen Monate.

## B Die Basis unserer Arbeit

Der Erfolg von Germanwatch ruht auf den Schultern vieler Menschen, die dabei unterschiedliche Verantwortung und Rollen übernehmen. Gemeinsam mit Mitgliedern und Förder:innen sowie haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter:innen konnte Germanwatch in den vergangenen zwölf Monaten erneut wichtige Akzente setzen, auf die wir im Abschnitt C ausführlich eingehen.

### Unsere Mitglieder und Spender:innen

Germanwatch hat aktuell 857 Mitglieder, darunter 417 Stimmberechtigte, 431 Fördermitglieder und 9 Ehrenmitglieder (Stand 29.06.2022).

2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
535	560	575	603	600	632	644	675	709	779	824	838	857

**Tabelle B.1: Mitgliederentwicklung seit 2010.**

Neben den Mitgliedern unterstützt ein größerer Kreis von Menschen Germanwatch auf anderen Wegen: finanziell mit großen und kleinen Spenden, mit Zustiftungen oder durch aktive Mitarbeit in der einen oder anderen Form. Das nicht projektgebundene Geld der Mitglieder und Spender:innen sichert ganz besonders unsere Unabhängigkeit und den langen Atem der Organisation. Die Einnahmen aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen haben auch 2021 wieder – in absoluten Zahlen gerechnet – einen neuen Höchststand erreicht. Wir wissen die deutliche Steigerung sowohl bei freien Spenden als auch bei den Mitgliedsbeiträgen in solch herausfordernden Zeiten hoch zu schätzen. Bei allen Unterstützer:innen bedanken wir uns herzlich!

Die finanziellen Grundlagen einschließlich Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Zuschüssen werden im Kapitel E (Finanzbericht) gesondert vorgestellt.

### Vorstand und Ehrenvorsitzender

Die Umsetzung der gemeinnützigen Ziele von Germanwatch, der Projekte und des öffentlichen Auftritts liegt vor allem in den Händen der Mitarbeiter:innen der beiden Büros in Bonn und Berlin, der Geschäftsführung sowie des ehrenamtlichen Vorstands.

Der Vorstand tagt im Abstand von ein bis zwei Monaten und bringt sich auch darüber hinaus in seinem jeweiligen Kompetenz- und Erfahrungsbereich intensiv in die Arbeit und öffentliche Präsenz von Germanwatch ein. Seine Mitglieder ebenso wie der Ehrenvorsitzende nehmen dabei auch hochrangige Advocacy- und Repräsentations- sowie Vernetzungsaufgaben wahr. Während der Klausurtagungen von Vorstand und Mitarbeitenden finden wichtige Abstimmungen über die Zukunftsorientierung von Germanwatch statt, wozu sowohl politisch-inhaltliche Strategien als auch die Organisationsentwicklung zählen.

### Geschäftsführung und Mitarbeiter:innen

Germanwatch konnte seine Aktivitäten in den letzten Jahren erfreulicherweise deutlich ausweiten, nicht zuletzt, weil die bearbeiteten Themen in der öffentlichen Diskussion zunehmenden Raum erhielten – wozu wiederum die Impulse von Germanwatch einen wichtigen Beitrag geleistet hatten. Durch die damit verknüpfte erfolgreiche Akquise zusätzlicher Projektmittel und wachsende Einnahmen in Form von Spenden und Mitgliedsbeiträgen konnte die Anzahl der Mitarbeiter:innen auf rund 100 gesteigert werden.



Die Geschäftsführung liegt seit 2005 in den Händen von Christoph Bals und Dr. Gerold Kier, tatkräftig und wirkungsvoll unterstützt von Katharina Hierl als Referentin der politischen Geschäftsführung und von Sandra Ulsperger, die dem Vorstand und der Geschäftsführung als Assistenz zur Seite steht, sowie im Bereich der Projektakquise und -kommunikation von Susanne Laudahn – wichtige Garant:innen für unseren Erfolg.

Die Politische Leitung unserer Aktivitäten am Standort Berlin hat Lutz Weischer inne – dies beinhaltet auch das Wahrnehmen vieler damit verknüpfter, hochrangiger Außenvertretungskontakte. Zu seinen thematischen Schwerpunkten zählen die EU-/China- und Südosteuropa-Klimastrategie sowie die wirkungsvolle Umsetzung des European Green Deal. Darüber hinaus ist das Weiterentwickeln der politischen Germanwatch-Gesamtstrategie in Kooperation mit Geschäftsführung und Teamleiter:innen eine zentrale Aufgabe – insbesondere zu Querschnittsthemen, die mehrere Germanwatch-Teams betreffen.

Eine weitere wichtige Basis für unsere Arbeitsfähigkeit bildet das Team IT & Infrastruktur: Es stellt die – gerade im Zeitalter der Digitalisierung und nochmals verstärkt in der Corona-Pandemie immer wichtigeren – Informations- und Kommunikationstechnologien sowie die Büroinfrastruktur zur Verfügung. Es arbeitet an deren Weiterentwicklung, leistet Support und erarbeitet Lösungen für die speziellen technischen Erfordernisse einzelner Projektmaßnahmen.

Zum Erfolg der Arbeit von Germanwatch leisten außerdem ehrenamtliche Mitarbeiter:innen, Praktikant:innen, Honorarkräfte sowie Teilnehmer:innen an Freiwilligenprogrammen einen regelmäßigen und wichtigen Beitrag.

Die erfolgreiche Arbeit eines solchen Teams erfordert selbstverständlich eine professionelle Personalverwaltung. Diese wird – einschließlich der mit Stellenschaffungen und -wechseln verbundenen Besetzungsprozesse – vom Team Personal, Finanzen & Verwaltung geleistet (Übersicht der Mitarbeiter:innen dieses Teams sowie von IT & Infrastruktur siehe Seite 11).

Der besondere Dank und vor allem außerordentliche Respekt des Vorstands gilt der Geschäftsführung, den Teamleiter:innen und unseren Mitarbeiter:innen sowie allen Personen und Institutionen, die die Arbeit von Germanwatch weiterhin und teilweise verstärkt unterstützen.

Ausgewählte Resultate der Tätigkeit des Germanwatch-Teams – von der fachlichen Arbeit über die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bis hin zu den Finanzen – werden ebenso wie die dahinterstehenden Mitarbeiter:innen in den folgenden Kapiteln vorgestellt.

## Geschäftsführung und Mitarbeiter:innen

### Germanwatch-Vorstand

	<b>Silvia Kreibehl</b> Vorstandsvorsitzende		<b>Ingmar Jürgens</b> Stellvertretender Vorstandsvorsitzender		<b>Michael Windfuhr</b> Schatzmeister
	<b>Sven Harmeling</b> Vorstandsmitglied		<b>Anne-Kathrin Kirchof</b> Vorstandsmitglied		<b>Prof. Dr. Stefanie Lorenzen</b> Vorstandsmitglied
	<b>Prof. Dr. Reinhard Loske</b> (bis 11/2021)		<b>Dr. Karl-Eugen Huthmacher</b> Vorstandsmitglied		<b>Fiona Marker</b> Vorstandsmitglied
	<b>Dr. Artur Runge-Metzger</b> Vorstandsmitglied (ab 11/2021)		<b>Dr. Klemens van de Sand</b> Vorstandsmitglied		

### Ehrenvorsitzender

	<b>Klaus Milke</b> Ehrenvorsitzender
---	---

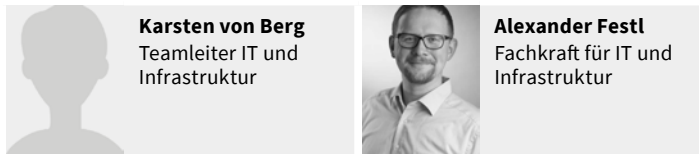
### Geschäftsführung und Stabsstellen

	<b>Christoph Bals</b> Politischer Geschäftsführer		<b>Dr. Gerold Kier</b> Administrativer Geschäftsführer		<b>Lutz Weischer</b> Politische Leitung Berlin
	<b>Katharina Hierl</b> Referentin der Politischen Geschäftsführung		<b>Susanne Laudahn</b> Referentin Projekt- akquise und -kommunikation		<b>Sandra Ulsperger</b> Assistentin Vorstand und Geschäftsführung

### Unentgeltlich tätige Mitarbeiter

	<b>Dr. Ludger Reuke</b> Referent für Entwicklungspolitik		<b>Dr. Will Frank</b> Berater für Klimarecht
---	--	---	---

## IT und Infrastruktur



## Finanzen, Personal und Verwaltung



Mit Unterstützung von Gertrud Vierthaler sowie von unseren Freiwilligen (Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben): Hannah Fuge, Carolina Groß, Meret Karenfort, Jurek Lorber, Frieda Meckel, Tara Runze, Niklas Schweitzer, Ana Tamblyn, Monica Tavares Krause, Lewin Waibel, Mia Wäldchen, Anna Ziermann, Julian Zirnig.

## C Unsere Arbeit

**Germanwatch setzt Akzente für ein Deutschland und eine EU, die sich für mehr globale Gerechtigkeit engagieren, und denen es gelingt, demokratisch den Rahmen für ein Wohlstandsmodell zu etablieren, das nicht länger die ökologischen Lebensgrundlagen und die Menschenrechte der heutigen und künftigen Generationen hier und anderswo untergräbt. Wir setzen uns auf dieser Grundlage für einen neuen Gesellschaftsvertrag in der EU ein, für Partnerschaften auf Augenhöhe weltweit und eine gerechte Transformation auf dem Weg dahin.**

Wir orientieren uns bei unserer Suche nach konkreten Lösungen an drei Zielen, die wir politisch umsetzen wollen:

Erstens: Der **Schutz der Lebensgrundlagen** muss endlich konsequent umgesetzt werden. Nur so kann es gelingen, den Freiheitsraum auch für künftige Generationen zu bewahren. Harte Kriterien leiten sich dabei aus dem Schutz von Klima und Biodiversität sowie den Zielen einer Rohstoffwende hin zu einer echten Kreislaufwirtschaft ab.

Zweitens: Die **Menschenrechte** müssen wichtige Richtschnur für die politische Gestaltung des neuen Wohlstandsmodells sein. Zum einen dürfen die Regierungen Menschen nicht durch eigene Politikmaßnahmen von der Umsetzung einzelner Menschenrechte ausschließen („Achtung der Menschenrechte“). Zudem müssen sie Dritte kontrollieren, vor allem die Wirtschaft, um Menschenrechtsverletzungen zu unterbinden („Schutz“). Schließlich müssen sie ein Maximum der verfügbaren Ressourcen dazu nutzen, alle Menschenrechte möglichst weitgehend umzusetzen („Gewährleisten“) – und wo Staaten das nicht können, haben sie Anspruch auf internationale Unterstützung.

Drittens: Um **Gerechtigkeit** heute und für künftige Generationen sowohl national als auch international zu erreichen, gilt es, Prozesse, die Menschen ausschließen, konsequent abzubauen und die Schwächsten und Verwundbarsten in den Mittelpunkt zu stellen. So geht es in der Klimadebatte um eine gute Balance zwischen dem Fokus darauf, die Kerntreiber der Emissionen zu transformieren („das Unbewältigbare möglichst vermeiden“) sowie um Kooperation mit den Betroffenen und deren Unterstützung („das Unvermeidbare dennoch bewältigen“). Die Regierungen dürfen niemanden im Stich lassen („Leave no one behind“).

Hinsehen, Analysieren, Einmischen: Die sozial-ökologische Transformation erfordert eine vorausschauende Analyse mit einem ausreichend vernetzten Ansatz, um Auswirkungen gerade auch auf die Verletzlichsten im Blick zu halten. Mit seinen fünf politischen Teams deckt Germanwatch zentrale kritische Themen ab und kann wie kaum eine andere NGO vernetzt denken und Narrative entwickeln. Insbesondere in der Post-Covid19-Welt und seit dem Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine kommen auch für uns immer neue Themen hinzu, in die wir uns konsequent einarbeiten und eindenken.

Insbesondere in der deutschen Klimaschutzdebatte und der Zusammenarbeit mit anderen Verbänden in Deutschland (und der Industrie) sind wir ein dynamischer, geduldiger und stetiger Anwalt der internationalen Perspektive.

Unsere Teams haben in den letzten zwölf Monaten wichtige Meilensteine auf dem Weg hin zu diesen Zielen erreicht.

## Deutsche und Europäische Klimapolitik

Der Beginn des Einmarsches von Putins Armee in die Ukraine am 24. Februar 2022 markiert in vielen Bereichen einen Einschnitt für unsere Arbeit – auch für unseren Einsatz für eine sozialverantwortliche Umsetzung der Pariser Klimaziele in Europa und Deutschland. Einerseits musste Germanwatch sich plötzlich ganz praktisch um das Überleben von Menschen und den Fortbestand unserer laufenden Projekte in Kiew und im Donbass kümmern. Seit 2017 setzen wir uns dort mit Partnerorganisationen und den vom Kohlestrukturwandel besonders betroffenen Städten für einen sozial gerechten Kohleausstieg ein.

Andererseits bringt dieser Bruch der europäischen Friedensordnung erhebliche Veränderungen der Grundlagen der Klimapolitik in Brüssel und Berlin mit sich. Plötzlich wird die Frage gestellt, ob Klimaschutzregulierungen aufgrund der Energiekrise gelockert oder besser verschärft werden sollten. Die Kohleverstromung in Deutschland könnte über mehrere Jahre wieder hochgefahren werden. Allein die Diskussion darum wird weltweit als Teilabkehr Deutschlands von der Energiewende gewertet. Umso notwendiger wäre ein transparenter Prüfprozess, der sicherstellt, dass die Investitionen in Gas und Kohle angesichts der parallel organisierten Beschleunigung der Energiewende die Klimaziele unter dem Strich nicht unterminieren. Dafür setzen wir uns, während wir diesen Bericht schreiben, stark gegenüber der Bundesregierung ein. Wenn mit Staaten aus aller Welt neue langfristige Gaslieferverträge abgeschlossen werden, die lediglich Ersatz für ausbleibendes russisches Gas nach Deutschland bringen und uns darüber hinaus in Strukturen rund um fossile Energieträger einschließen, steht das den Klimazielen diametral entgegen. Auf diese Risiken hat Germanwatch bereits reagiert. Zum G7-Gipfel auf Schloss Elmau haben wir massiv auf den drohenden Dambruch hingewiesen und in der Gipfel-Abschlussklärung immerhin einige Umformulierungen erlebt. Parallel haben wir begonnen, für das jetzt zentralere Thema „Energieeffizienz von Gebäuden“ – bezogen vor allem auf zwischen dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende der 70er-Jahre, vor der ersten Wärmeschutzverordnung errichtete Bauten – mit anderen Stakeholdern zusammen Lösungen zu entwickeln und mit der Politik zu diskutieren. Auf EU-Ebene haben wir das frische Energiesicherheitsprogramm RePowerEU unterstützt und uns für eine ambitionierte Ausgestaltung des Fit-for-55-Pakets eingesetzt.

## Die deutsche Klimapolitik auf den 1,5 C°-Pfad bringen, zu Hause und in Klimapartnerschaften mit anderen Ländern

*Germanwatch hat sich bei den Koalitionsverhandlungen in puncto deutsche und europäische Klimapolitik konstruktiv und wirksam eingemischt und tut dies weiterhin in Bezug auf die Umsetzung und Weiterentwicklung der Politik der Ampelkoalition*

Germanwatch bringt sich fortlaufend konstruktiv-kritisch in den Gesetzgebungsprozess für den beschleunigten Ausbau von Erneuerbaren Energie und Stromnetzen ein, bspw. durch Gespräche, Stellungnahmen und Positionspapiere. Bereits vor der Bundestagswahl im Herbst 2021 hat sich Germanwatch gemeinsam mit anderen Umweltverbänden in der Kampagne Machbar Erneuerbar<sup>1</sup> für den massiv beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien eingesetzt. Die im Koalitionsvertrag genannten Ausbauziele für Erneuerbare Energien hat Germanwatch mit relevanten Studien des letzten Jahres verglichen und so den Vertrag im Hinblick auf das Erreichen der Klimaziele bewertet<sup>2</sup>.

Zudem hat sich Germanwatch intensiv für eine sozial gerechte und gleichzeitig ambitionierte CO<sub>2</sub>-Bepreisung und eine Klimaprämie (Rückerstattung als Pro-Kopf-Pauschale aus den Einnahmen der

1 <https://www.machbar-erneuerbar.de/>

2 <https://www.germanwatch.org/de/21269>

CO<sub>2</sub>-Bepreisung) in Deutschland eingesetzt. Beides hat schließlich Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden, was wiederum einen regierungsinternen Prozess eingeleitet hat, bei dem ein geeigneter Rückgabemechanismus identifiziert werden soll.

Germanwatch hat zudem die Arbeit der neuen Bundesregierung im Transportsektor begleitet, u. a. mit zahlreichen Pressemeldungen und Politikvorschlägen. Bereits in die Erarbeitung der Wahlprogramme der Regierungsparteien und später in die Verhandlungen zum Koalitionsvertrag haben wir uns mit Empfehlungen und Diskussionsanstößen zur Verkehrswende eingebracht. Im Ergebnis will die Bundesregierung laut Koalitionsvertrag die „Bahn zum Rückgrat der Mobilität“ machen und „erheblich mehr in die Schiene als in die Straße investieren“. Die für schnelle CO<sub>2</sub>-Reduktionen notwendige Abschaffung des Dienstwagenprivilegs für mit fossilen Energieträgern betriebene Autos und ein steuerliches Bonus-Malus System beim Kauf klimaschädlicher bzw. relativ klimaverträglicher KFZ sind noch nicht angepackt. Die Bilanz der Verkehrspolitik nach gut einem halbem Jahr Ampelkoalition ist bislang also sehr ernüchternd. Weder im Bundeshaushalt noch im Klimaschutzsofortprogramm wird der Schiene die Priorität eingeräumt, die sie für die Klimaziele im Transportsektor haben sollte. Eine Weiterführung des 9-Euro-Tickets könnte die Nachfrage im Nahverkehr deutlich steigern, aber dann muss auch in ausreichend Züge und eine Sanierung der heute oft maroden Schieneninfrastruktur investiert werden – und nicht in neue Autobahnen, die die Klimazielerreichung weiter erschweren. Hier liegt noch viel Arbeit vor uns.



**Germanwatch-Reise entlang der Trasse der geplanten klimaschädlichen Küstenautobahn (August 2021; Foto: Oldag Caspar)**

Zeitgleich hat sich Germanwatch verstärkt in die Debatte zur weiteren Rolle von Erdgas eingebracht. Während in der ersten Hälfte des Berichtszeitraums der Fokus der Arbeit darauf lag, sich gemeinsam mit anderen Verbänden für eine Verkürzung und Konditionierung der im Koalitionsvertrag klar kommunizierten „Erdgasbrücke“ einzusetzen, erhielt die Debatte mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine eine ganz neue Dynamik. Germanwatch hat hier schnell reagiert und sich in neue Fragen der deutschen Gasabhängigkeit und der tatsächlichen Notwendigkeit neuer LNG-Infrastruktur

eingearbeitet. Gleichzeitig haben wir uns dazu mit vielen Akteuren der Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft vernetzt. In der weiteren Arbeit wird für uns einerseits die Frage im Fokus stehen, wie die nötige Transformation der Industrie trotz der eingebrochenen Erdgasbrücke gelingen oder wegen dieses Einbruchs sogar beschleunigt gelingen kann. Wir setzen uns auf verschiedenen Ebenen der Politik dafür ein, dass ein möglichst großer Anteil der bisherigen russischen Erdgas- und Kohlelieferungen durch Energieeffizienz sowie den beschleunigten Ausbau von Erneuerbaren, Wärmepumpen und fairem, grünem Wasserstoffes zeitnah ersetzt und lediglich die dennoch auftretende Lücke durch zeitlich eng begrenzte Lieferungen geschlossen wird. In diesem Zusammenhang wird Germanwatch seine ohnehin



**Anne Gläser und Lutz Weischer auf einer Wahlkampfveranstaltung zur Klimapolitik mit Bundestagskandidat:innen, Heimathafen Neukölln 22.9.2021 (Foto: Ruben Semmerling)**

bestehende intensive Arbeit zur nachhaltigen Ausgestaltung von Wasserstoffpartnerschaften mit anderen Staaten fortsetzen und sich u. a. dadurch für einen beschleunigten aber nachhaltigen Wasserstoffhochlauf stark machen.

Germanwatch engagiert sich verstärkt für eine Beschleunigung der Industrietransformation und hat sich hier als wichtiger vernetzender Akteur etabliert, um ein systemisches Verständnis der industriellen Herausforderungen im Transformationsprozess bei Umweltverbänden, Thinktanks, Stiftungen und Unternehmen zu entwickeln bzw. zu vertiefen. Hierzu haben wir mit dem „Vordenkwerk Industrietransformation“ eine sich regelmäßig treffende Austausch- und Expert:innenrunde für zivilgesellschaftliche Akteur:innen etabliert. Mit diversen Unternehmen und Unternehmensverbänden steht Germanwatch darüber hinaus im bilateralen Austausch und trägt zu deren Strategieentwicklung für eine ambitionierte Transformation bei. Unter anderem haben wir gemeinsam mit dem Verband der Chemischen Industrie im Rahmen der Plattform Chemistry4Climate ein gemeinsames an die Bundesregierung adressiertes Impulspapier erstellt, welches auch zu mehreren unternehmensinternen Prozessen für Ambitionssteigerung beigetragen hat. Über unsere Vorschläge für eine gute Industrietransformations-Rahmensetzung durch die Bundesregierung sprechen wir dabei mit Abgeordneten des Bundestages und mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz.

Germanwatch versteht sich dabei als vermittelnd-avantgardistischer Akteur, um Diskurse voranzubringen. Relevanz haben hier unter anderem der Umgang mit der kürzer und schmaler gewordenen „Erdgasbrücke“ im Zuge der durch Russland verursachten Energiekrise, die zügig umzusetzende verstärkte Elektrifizierung und Flexibilisierung industrieller Energiebedarfe, der Aufbau von stärker auf recycelte Sekundärmaterialien fußenden Produktionsrouten sowie die Bereitstellung und der nachhaltige Einsatz von Wasserstoff.

Darüber hinaus treibt Germanwatch die erforderliche Diskursentwicklung beim derzeit mit Misstrauen beladenen Thema des Auffangens und Speicherns von Kohlendioxidemissionen (CCS) mit voran. Die Lagerung des Kohlenstoffs kann gasförmig oder etwa in Kohlenstoffasern erfolgen. CCS wird aus unserer Sicht für nur wenige Industrieprozesse nötig sein, die andernfalls in absehbarer Zeit nicht klimaneutral betreibbar sind. Vermutlich wird CCS in der einen oder anderen Form auch zum Einsatz kommen, um CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre herauszubekommen, das sonst die Klimaziele zu torpedieren droht.

## Partnerschaften mit Polen, Frankreich, Westbalkan und Ukraine

Germanwatch fördert gezielt zwischenstaatliche Partnerschaften zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens, auch innerhalb Europas. Auf EU-Ebene war einer der wichtigen und Germanwatch-typischen Erfolge unsere Initiative für eine intensive, strukturierte Zusammenarbeit Polens, Frankreichs und Deutschlands mit dem Ziel, den Klimaschutz in Europa langfristig erfolgreich zu machen. Germanwatch hat dafür einen offenen Brief<sup>3</sup> an die drei Regierungen initiiert und koordiniert. Zusammen mit 13 weiteren Umweltverbänden der drei Länder haben wir darin die Einrichtung eines Grünen Weimarer Dreiecks gefordert, als Unterstützung für einen intensiven und strategischen Klimadialog, sowie die Stärkung der trilateralen Koordinierung für ein ambitioniertes und wirksames Fit-for-55-Paket der EU. Der Brief wurde von unterschiedlichen Medien in Deutschland, Polen und Frankreich aufgegriffen.<sup>4</sup> Das Konzept des von uns so genannten Grünen Weimarer Dreiecks zur klimapolitischen Zusammenarbeit haben in der Folge nicht nur Umweltverbände der drei Staaten, sondern auch Regierungsvertreter:innen und Parlamentarier:innen unterstützt, sodass es nun eine reale Chance auf Umsetzung hat. Darunter stellen wir uns regelmäßige Treffen der drei Regierungen und Parlamente, von Städten und NGOs der drei Länder vor.<sup>5</sup> Das Grüne Weimarer Dreieck kann nach unserer Einschätzung als Austausch- und Kooperationsformat zwischen den genannten staatlichen Akteur:innen, der Wissenschaft, aber auch den Zivilgesellschaften oder Städten und Regionen die Transformation erheblich

3 <https://www.germanwatch.org/de/20936>

4 <https://www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/klimaschuetzer-fordern-enge-kooperation-deutschlands-mit-frankreich-und-polen/>

5 <https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/neue-chancen-fuer-deutsch-polnisch-franzoesische-klimaschutz-kooperation>

voranbringen. Als Brückenbauerin sieht Germanwatch sowohl mehr gegenseitiges Verständnis für unterschiedliche Ausgangspunkte und spezifische nationale Umstände als auch mehr trilaterale Zusammenarbeit als große Chancen für eine erfolgreiche Umsetzung des Europäischen Green Deals in der gesamten EU. Das neue Format könnte die Konsensbildung für einen ambitionierten zukünftigen klimapolitischen Rahmen und die Umsetzung des Europäischen Green Deals entscheidend voranbringen. Dafür werden wir weiter arbeiten.

Gleichzeitig engagieren wir uns dafür, die Länder des Westbalkans bei ihrer Energiewende zu unterstützen. Sämtliche sechs Westbalkanstaaten im Vorprozess zum EU-Beitritt (Bosnien-Herzegowina, Serbien, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Albanien) brauchen Erfolge im Klimaschutz, auch um ihre Beitrittsperspektive zu verbessern. Germanwatch unterstützt den Westbalkan seit 2017, aktuell u. a. im Projekt „GreenRuralDeal“<sup>6</sup>, indem wir zusammen mit Projektpartnern Kommunen im Kosovo sowie in Serbien und Griechenland bei der Gestaltung der Transformation durch das Schaffen von Kapazitäten für Lösungen zum Aufbau einer klimaneutralen Wirtschaft beraten.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgen wir in unseren Projekten mit der Ukraine, wo wir zusammen mit lokalen Projektpartnerorganisationen seit 2016 Kohleregionen dabei unterstützen, den Weg aus der Förderung und Nutzung von Kohle erfolgreich zu beschreiten. Unsere Arbeit haben wir im Berichtszeitraum vom Donbass aus auf das westukrainische Kohlebecken ausgeweitet. Dabei arbeiten wir mit den Stadtverwaltungen von Kohlemonostädten, aber auch mit regionalen Wirtschaftsvertreter:innen, regionalen NGOs und verschiedenen Akteur:innen auf gesamtstaatlicher Ebene zusammen.

Unsere Arbeit in der Ukraine und auf dem Westbalkan flankieren wir in Deutschland, indem wir Vorschläge entwickeln, wie Deutschland im Rahmen seiner Klima- und Energiepartnerschaften die Zusammenarbeit mit den Beitrittsländern zur Klimazielerreichung ausbauen oder stärken kann. In Folge des Russland-Ukraine-Krieges haben wir nun begonnen auszuloten, welche Form des Wiederaufbaus die Ukraine benötigen wird, damit sie den EU-Beitritt erfolgreich bewältigen, ihren Beitrag zur Herausforderung Klimawandel leisten und zusätzlich attraktive Bedingungen für eine Wiedervereinigung mit möglicherweise verloren gegangenen Territorien schaffen kann.

## **Den Europäischen Green Deal und das Fit-for-55-Klimapaket der EU zum Erfolg für Klimaschutz, sozialen Ausgleich und den Zusammenhalt in Europa führen**

*In der Dekade der Klimaschutz-Umsetzung setzt Germanwatch für die EU-Klimapolitik Akzente, etwa für eine EU-weite klimafreundliche #Mobilität*

Zusammen mit seinen deutschen und EU-Partnern setzt sich Germanwatch aktiv für eine Ausgestaltung des Fit-for-55-Pakets im Einklang mit dem 1,5-Grad-Limit des Pariser Klimaabkommens und den Klimazielen der EU ein. Das am 14.7.2021 von der Europäischen Kommission vorgestellte Paket ist mit seinem Mix aus einer Weiterentwicklung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung und des Ordnungsrechts weltweit das bislang umfassendste seiner Art. Germanwatch hat die Verhandlungen zu den Instrumenten im Europäischen Rat und im Europäischen Parlament aktiv begleitet und bei mehreren Dossiers eine Schlüsselrolle unter den Umweltverbänden eingenommen. So hat sich Germanwatch für eine international kooperative und klimapolitisch ambitionierte Ausgestaltung des CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus eingesetzt, der für eine erfolgreiche Industrietransformation in der EU und weltweit von großer Bedeutung ist. Auch haben wir für eine EU-weite sozial gerechte und solidarische CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Bereich Gebäude und Straßenverkehr geworben. Gleichzeitig haben wir unsere Aktivitäten dazu verstärkt, dass die EU auch die Mitgliedsstaaten anregt, selbst beim Klimaschutz ausreichend aktiv zu sein. Dafür braucht

<sup>6</sup> <https://www.germanwatch.org/en/20187>



es beispielsweise mit Sanktionsmechanismen unterlegte nationale Klimaziele, aber auch ein überzeugendes Fortschrittsmonitoring.

So hat Germanwatch beispielsweise zusammen mit Partnerorganisationen in Frankreich, Deutschland und Polen in einer gemeinsamen NGO-Erklärung<sup>7</sup> die Europäische Kommission zur Ausarbeitung eines mutigen, ambitionierten und sozial gerechten Klimapakets-Vorschlages aufgefordert. Diese erste trilaterale Initiative der drei Zivilgesellschaften ist auf positive Resonanz, auch seitens der EU-Kommission selbst, gestoßen.

## Der EU-Verkehrspolitik Schub für mehr Klimaschutz geben

Der Transportsektor ist der **Problemsektor** der Klimaziele. Seine Emissionen sind seit 1990 nahezu konstant. Beim Flugverkehr wird es noch Jahrzehnte dauern, bis ein flächendeckender Einsatz klimakompatibler Technologien erreicht ist. Für den Klimaschutz ist das zu lange. Darum erweitert Germanwatch den aktuellen Fokus, der in der öffentlichen Debatte auf dem Auto und der Antriebswende liegt, und hat im Berichtszeitraum die Verlagerung vom **Flug zum Zug** in den Mittelpunkt seiner Mobilitätsarbeit gestellt. Klar ist dabei: Ohne mehr EU im Bahnverkehr kommen die nötigen Langstreckenverbindungen als Ersatz für Flugstrecken in Europa nicht in Gang.

Mit dem von uns angestoßenen und koordinierten **Netzwerk Europe on Rail**<sup>8</sup> unterstützen wir darum Politiker:innen europaweit dabei, die internationale Bahn als klimafreundlichstes Langstreckenverkehrsmittel voranzubringen. Der politische Wille pro Bahn erwacht langsam: Mit dem **European Rail Action Plan** und zahlreichen folgenden Initiativen zu seiner Umsetzung hat die Kommission, angesprochen und beraten auch durch Germanwatch und unser oben genanntes Netzwerk, Reformen auf den Weg gebracht. Doch damit die EU bei zentralen Maßnahmen vorankommt, müssen wir dranbleiben. Zu diesen Maßnahmen gehören die Stärkung einer zentralen europäischen Koordination des Bahnsystems (Eurocontrol for Rail) sowie ein europaweit vereinfachter Fahrkartenkauf.

Außerdem hat Germanwatch Vorschläge für einen Europapakt konkretisiert, der das Ziel der Kommission, die Zahl der Fahrgäste in Hochgeschwindigkeitszügen bis 2030 zu verdoppeln, mehr in Reichweite bringen kann.<sup>9</sup> In mehreren grenzüberschreitenden Konferenzen wurden dazu die deutsch-polnischen Bahnbeziehungen gestärkt.<sup>10</sup>

## Stolpersteine für die Beschleunigung der Energiewende aus dem Weg räumen

*Brücken bauen: Germanwatch erforscht gemeinsam mit diversen Stakeholdern, wie die Energiewende gerecht und schnell gelingen kann, und bringt Ergebnisse in die politische Debatte ein*

Als Thinktank forscht Germanwatch im Sinne einer Stakeholder-basierten Wissenschaft dazu, wie die Energiewende gerecht und schnell gelingen kann und wie das zukünftige Energiesystem in Deutschland aussehen könnte. Dabei standen im Berichtszeitraum folgende Fragen im Mittelpunkt: Wie kann eine nachhaltige Regionalentwicklung mit einer beschleunigten Transformation in Richtung Klimaneutralität in Einklang gebracht werden? Welche Sprunginnovationen werden das zukünftige Energiesystem prägen und wie sind diese zu bewerten? Wie können Stromnetzentgelte sozial gerecht ausgestaltet werden und gleichzeitig auf das Erreichen der Klimaziele einzahlen? Und wie kann die Planung und Genehmigung von Erneuerbare-Energien-Anlagen sowie von Strom- und Wasserstoffnetzen beschleunigt werden?

7 <https://www.germanwatch.org/de/20241>

8 <https://europeanrail.eu/>

9 [http://www.fze.uni-saarland.de/AKE\\_Archiv/AKE2021H/Links\\_AKE2021H.htm](http://www.fze.uni-saarland.de/AKE_Archiv/AKE2021H/Links_AKE2021H.htm)

10 <https://europeanrail.eu/industry-calls-on-governments-to-set-shared-goals/>

Zur Beantwortung dieser Forschungsfragen wurden Workshops veranstaltet, bei denen die Perspektiven unterschiedlichster Stakeholder in einem vertrauensvollen Rahmen ausgetauscht werden konnten. Darüber hinaus wurden Umfragen und Interviews durchgeführt und der Dialog mit unterschiedlichen Akteur:innen auf lokaler und nationaler Ebene gestärkt. Dabei baute Germanwatch Brücken zwischen den verschiedenen Perspektiven der Akteur:innen aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft und trug somit zu einer gesamtgesellschaftlich besser verankerten Energiewende bei.

Zudem haben wir eine innovative Methode zur Integration verschiedener Perspektiven entwickelt, bei der durch Kartierung von Argumenten komplexe Debatten in geordneter Form visualisiert werden. Mit dieser Methode arbeiten wir daran, festgefahrene Diskussionen z. B. zur dezentralen Energiewende und zum Stromnetzausbau aufzubrechen, zu versachlichen sowie das Verständnis für die Gründe hinter Energiewendekonflikten zu schärfen.

## Eine die Nachhaltigkeitsziele unterstützende Digitalisierung in Einklang mit Klimazielen und Menschenrechten

*Germanwatch setzt starke Impulse für eine demokratie- und nachhaltigkeitsfördernde Digitalisierung*

Germanwatch hat 2018 mit NGOs aus der Nachhaltigkeits- und Digitalisierungsszene die „Bits & Bäume“-Bewegung ins Leben gerufen – die mittlerweile größte zivilgesellschaftliche Bewegung für eine nachhaltige und demokratische Digitalisierung in Deutschland und Europa. Die Konferenz „Bits & Bäume 2022“ gestaltete Germanwatch maßgeblich mit: Vom 30. September bis 2. Oktober 2022 kamen ca. 2.000 Teilnehmende in Berlin zusammen, um darüber zu diskutieren, wie Politik, Gesellschaft und Wirtschaft im digitalen Zeitalter Klima- und Umweltschutz, globale und soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Grundrechte verwirklichen können und müssen.

**Hendrik Zimmermann von Germanwatch spricht zum Thema „Digitalisierung und Klimaschutz“ auf dem dena-Energiewende-Kongress (November 2021; Foto: dena)**



Germanwatch setzt sich in zahlreichen Gesprächen, auf Podien und durch konzeptionelle Arbeit vor allem für eine Digitalisierung ein, die selbst klimaneutral ist und dem Klimaschutz dient. So hat Germanwatch den Koalitionsvertrag der Ampelregierung auch unter diesem Gesichtspunkt kommentiert. Um das Thema in die breitere Öffentlichkeit zu tragen, hat Germanwatch die Podcast-Reihe „Zwischen Hugs & Bites – Klimaschutz und Digitalisierung“ gestartet.

Digitalisierung, Demokratie und Nachhaltigkeit sind eng miteinander verflochten. Das EU-Parlament hat im Juli 2022 den Digital Services Act und den Digital Markets Act verabschiedet, um Plattformen zu regulieren. Germanwatch hat die langwierigen Prozesse begleitet – und seine Positionen in Hintergrundpapieren<sup>11</sup> und Blog-Beiträgen<sup>12</sup> sowie im direkten Gespräch mit der Politik dargelegt. Da der Konzern Facebook/Meta eine besondere Gefahr für Demokratie, Verbraucher:innen und Nachhaltigkeit darstellt, hat sich Germanwatch mit diesem Tech-Giganten eingehender befasst.<sup>13</sup> Auch andere wichtige Gesetzgebungsverfahren – wie den Artificial Intelligence Act und den Data Act – haben wir im Blick.

11 siehe <https://www.germanwatch.org/de/84669> und <https://www.germanwatch.org/de/84683>

12 siehe <https://www.germanwatch.org/de/84837> und <https://www.germanwatch.org/de/84790>

13 siehe <https://www.germanwatch.org/de/20998> und <https://www.germanwatch.org/de/85243>

## Ausblick

*Die Weiterentwicklung der deutschen und europäischen Klimapolitik in einer neuen geopolitischen Lage wirkungsvoll unterstützen*

Die aktuelle Energiekrise, die durch den Russland-Ukraine-Krieg verschärfte globale Ernährungs- und die wahrscheinlich bevorstehende Wirtschaftskrise dürfen nicht auf Kosten des Klimaschutzes in Deutschland und Europa gelöst werden. Dafür werden wir uns auch in den kommenden Monaten und Jahren mit aller Kraft einsetzen. Germanwatch entwickelt dafür seine Einsatzgebiete weiter. Wir werden uns mehr als zuvor für die schnelle und sozial gerechte Wärmesanie- rung schlecht gedämmter Stadtquartiere einsetzen und im Verkehrssektor eine weiter zunehmende Rolle spielen, hier unter anderem beim Thema „Shifting the investment trillions“. In der Verkehrspolitik geht es um die dringend nötige Umschichtung der für den Ausbau des bereits äußerst dichten deutschen Autobahnnetzes vorgesehenen Mittel hin zu Investitionen in die derzeit allzu löchrige Bahninfrastruktur. Die Debatte um die Verteilung der Verkehrsinfrastrukturmittel wird Ende 2022 und 2023 wahrscheinlich an Schärfe gewinnen. Wir wollen weiterhin beim bisher politisch vernachlässigten Thema „Stärkung des kommunalen Klimaschutzes“ eine Rolle spielen und unsere Brückenbauerfunktion zur Beschleunigung der Industrietransformation zwischen Umwelt- und Industrieverbänden sowie Wissenschaft und Gewerkschaften ausbauen.

Wir setzen uns auch in Zukunft aktiv dafür ein, dass die Industrie in der veränderten welt- und energiepolitischen Lage anstatt auf die „Erdgasbrücke“ noch schneller und ambitionierter auf Kreislaufwirtschaft, Elektrifizierung und, wo sinnvoll, auf Wasserstoffnutzung setzt, auch schon für die kommenden beiden Winter. Der zivilgesellschaftlich begleitete und zugleich rasche Aufbau von Wasserstoff- und CO<sub>2</sub>-Infrastrukturen ist hier besonders bedeutsam. Bei Letzteren geht es für uns auch in Zukunft darum, die Debatte kritisch-konstruktiv zu begleiten, die Relevanz zivilgesellschaftlicher Beteiligung sicherzustellen und zugleich die Entwicklung und Umsetzung einer Karbonmanagement-Strategie voranzubringen, welche schnelle Emissionsminderungen, umfassende Defossilisierung und die Wahrung breiter Nachhaltigkeitsziele gewährleistet.

Auf EU-Ebene drängen wir darauf, den European Green Deal immer stärker zu einem neuen Gesellschaftsvertrag weiterzuentwickeln: ein Wohlstandsmodell, das nicht länger die Grenzen des Planeten und die Menschenrechte missachtet – auch in den Lieferketten sowie den Handels- und Finanzbeziehungen mit unseren Partnern in der Welt. Folgende nächste Schritte nehmen wir dazu in den Blick: Wir wollen uns weiter intensiv einsetzen für eine Stärkung des klimapolitischen Austausches zwischen Polen, Deutschland und Frankreich im Format eines neuen Grünen Weimarer Dreiecks für den Klimaschutz. Wir wollen die Renaissance des europäischen Bahnverkehrs weiter voranbringen. Und wir werden den Abschluss der Verhandlungen um das umfassende Fit-for-55-Paket zwischen EU-Parlament, Rat und Kommission begleiten sowie seine Umsetzung danach vorantreiben. Zudem wollen wir die Debatte um den Post-2030-Rahmen der EU beim Klimaschutz anschieben und begleiten.

Zentral ist für uns, dass wir die Menschen in der Ukraine zusammen mit unseren Partnerorganisationen im Land weiter unterstützen. In Zukunft werden wir dabei neben einem sozialverträglichen Kohleausstieg den Fokus auf den grünen Wiederaufbau des Landes und die Entwicklung des ukrainischen klimapolitischen Instrumentariums der Zukunft legen. Wichtig für die Ukraine wie für die sechs Länder des Westbalkans ist, dass die Staaten Angebote für langfristig angelegte, umfassende und aktive sowie faire Energie- und Klimapartnerschaften mit Deutschland oder der EU bekommen. Dafür werden wir uns stark machen.

## Strategie 2022: Deutsche und Europäische Klimapolitik (DEK)

<p><b>Ziel 1:</b> Dekarbonisierung in Deutschland beschleunigen – sozial gerecht und an den Pariszielen orientiert</p>	<p><b>Ziel 2:</b> Die EU zur glaubwürdigen Antreiberin des int. Klimaschutzes machen – Klimapolitik als Integrationsanker stärken</p>	<p><b>Ziel 3:</b> Sozial gerechte Klima- und Energiesicherheit im erweiterten Europa – für Frieden und Stabilität</p>	<p><b>Ziel 4:</b> Politischen Rahmen für eine sozial gerechte &amp; wirtschaftlich erfolgreiche Transformation forcieren</p>
<p>Weiterentwicklung <b>BundesklimaschutzG</b> (nach BVerfG-Beschluss) &amp; entsprechende Anpassung des <b>Klimaschutzprogramms 2030</b></p> <p>Sozial gerechten &amp; umweltverträglichen Ausbau von <b>Erneuerbaren Energien</b> beschleunigen &amp; Integration durch <b>Um- und Ausbau der Stromnetze</b> ermöglichen</p> <p><b>Digitalisierung</b> in Einklang mit Klimazielen &amp; Menschenrechten bringen und für Nachhaltigkeitsziele nutzbar machen</p> <p><b>Industriewende</b> weiterentwickeln, u.a. zu <b>CCU/CCS und grünem H2</b></p> <p><b>Gerechten regionalen Strukturwandel</b> voranbringen</p>	<p><b>Implementierung der neuen EU-Klimaziele für 2030 und 2050</b>, v.a. im EGD</p> <p><b>Europäische Netzintegration</b> Paris-kompatibel voranbringen</p> <p>Dekarbonisierungszusammenarbeit mit <b>Frankreich und Polen</b> verbessern und so die EU-Klimapolitik stärken</p> <p><b>CO2-Bepreisung</b> in DE und EU vorantreiben</p> <p>Stärkung des <b>europäischen Bahnverkehrs</b> und Reduzierung der Klimawirkung des Flugverkehrs</p>	<p>Gerechten <b>Strukturwandel</b> in ukrainischen Kohleregionen fördern &amp; Anhebung des NDC erleichtern</p> <p><b>Dekarbonisierungspartnerschaften</b> DE/EU mit Ost- und Südosteuropa voranbringen (insb. UA, WB6, RU)</p> <p><b>CO2-Bepreisung</b> jenseits der EU vorantreiben</p>	<p>Kooperation/Dialog mit <b>Unternehmen</b>, u. a. zur Industriewende</p> <p>Kooperation/Dialog mit <b>Gewerkschaften</b> und anderen <b>Sozialakteuren</b></p> <p><b>Zivilgesellschaftliche und Forschungs-Allianzen</b> stärken und nutzen</p> <p>Politische <b>Mehrheiten für DEK-Ziele</b> organisieren</p> <p><b>Demokratiefähiges Internet</b> als Grundlage für DEK-Zielerreichung fördern</p>

## Mitarbeiter:innen

	<b>Oldag Caspar</b> Teamleiter		<b>Dr. Eva Schmid</b> Teamleiterin (bis 03/2022)		<b>Verena Allert</b> Referentin für Klimakooperation Westbalkan (seit 04/2022)
	<b>Sylwia Andralojc-Bodych</b> Referentin für klimapolitische Zusammen- arbeit Polen–Deutschland		<b>Kai Bergmann</b> Referent für deutsche Klimapolitik		<b>David Frank</b> Referent für Stromnetze und Klimapolitik
	<b>Caterina Freytag</b> Referentin für Klimaschutzklagen (bis 12/2021)		<b>Anne Gläser</b> Referentin für CO2-Preise		<b>Johanna Graf</b> Referentin Digitalisierung und Klimaschutz (seit 03/2022)
	<b>Mateja Kahmann</b> Referentin für EU-Klimagovernance (seit 05/2022)		<b>Kirsten Kleis</b> Referentin für Stromnetze und Erneuerbare Energien		<b>Dr. Georg Kobiela</b> Referent für Industrietransfor- mation
	<b>Maryna Larina</b> Referentin für Klimapartnerschaften in Osteuropa (seit 08/2022)		<b>Audrey Mathieu</b> Referentin für EU- Klimapolitik (bis 08/2022)		<b>Milot Morina</b> Referent für Multi- akteurspartnerschaft Kosovo/Westbalkan
	<b>Jacob Rohm</b> Referent für klimafreundliche Mobilität (seit 10/2021)		<b>Martin Schön- Chanishvili</b> Referent für Partnerschaften Ost- und Süd-osteuropa (bis 12/2021)		<b>Tessa-Sophie Schrader</b> Referentin für Energiewende- forschung
	<b>Dr. Manfred Treber</b> Klima- und Verkehrsreferent		<b>Andrea Triki</b> Referentin – Netze für die Energiewende		<b>Hendrik Zimmermann</b> Referent für Digitalisierung, Demokratie und Nachhaltigkeit
	<b>Mia Wäldchen</b> Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2021/2022 (bis 08/2022)		<b>Julian Zirinig</b> Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2022/2023 (seit 08/2022)		

Praktikant:innen im Berichtszeitraum: Luisa Deiana, Wiebke Dönnebrink, Jasmin Koller, Fabian Liss, Rebecca Rechenberg, Emil Schwarze.

Verantwortlich seitens des Vorstands: Ingmar Jürgens, Silvie Kreibiehl, Fiona Marker, Dr. Artur Runge-Metzger.

## Welternährung, Landnutzung und Handel (WLH)

*Unser Einsatz für eine nachhaltige deutsche wie auch EU-weite Agrarpolitik und die Abkehr von der industriellen Tierproduktion wird durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine noch dringlicher. Dasselbe gilt für die Sicherstellung von entwaldungsfreien globalen Agrarlieferketten durch eine wirkungsvolle Ausgestaltung der EU-Gesetzgebung.*

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat – zusammen mit den Folgen der Klimakrise und der COVID-19-Pandemie – drastische Auswirkungen auf die globalen Ernährungssysteme. Der massive Anstieg von Nahrungsmittelpreisen auf dem Weltmarkt durch den Rückgang von Getreide-Exporten aus Russland und der Ukraine sowie die Wetterextreme in vielen Teilen der Welt verschärfen den Hunger vor allem in importabhängigen oder von Dürre betroffenen Entwicklungsländern. Zudem nähren Nahrungsmittelunsicherheit und steigende Lebensmittelpreise soziale Konflikte. Bei der Diskussion über die richtige Reaktion darauf stehen wir vor einer wichtigen Weichenstellung: Um die Ernährung der Weltbevölkerung sicherzustellen, fordern etwa die Agrarindustrie und mit ihr verbundene Bauernverbände, die Produktion zu maximieren und die zaghafte Schritte der EU-Agrarpolitik hin zu mehr Nachhaltigkeit und biologischer Vielfalt auszusetzen. Auf der anderen Seite fordern viele Wissenschaftler:innen und zivilgesellschaftliche Gruppen, darunter auch wir, die landwirtschaftliche Tierhaltung zu verringern und umzubauen (und damit das verfütterte Getreide zu reduzieren) sowie weniger Getreide für die Herstellung von Biosprit zu verwenden. Damit könnte ein weit größerer Teil des in der EU erzeugten Getreides als bislang zur Ernährung von Menschen statt als Tierfutter und für den Tank verwendet werden. Gleichzeitig würden in Ländern, aus denen wir derzeit Futtermittel importieren, Flächen frei.

Vor diesem Hintergrund erhält unser Einsatz für eine nachhaltige deutsche wie auch EU-weite Agrarpolitik und die Abkehr von der für Mensch, Tier, Umwelt und Klima vielfach problematischen industriellen Tierproduktion eine zusätzliche Notwendigkeit. Dabei bleibt auch die Sicherstellung von entwaldungsfreien globalen Agrarlieferketten durch eine wirkungsvolle Ausgestaltung der EU-Gesetzgebung eine dringliche Aufgabe, für die wir uns einsetzen.

### Deutsche und EU-Agrarpolitik nachhaltig gestalten

*Der Strategieplan zur GAP-Umsetzung in Deutschland bringt zu wenig für Klimaschutz und biologische Vielfalt. Germanwatch setzt sich für wirksame Maßnahmen zum Umbau der Tierhaltung und für geschlossene Nährstoffkreisläufe ein. Weniger Getreide für Futter und Biosprit würde auch die globale Ernährungskrise lindern.*

Der ohnehin nur sehr schleppende Fortschritt zur Umgestaltung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) hin zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz droht durch die Rückwirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine weiter gebremst zu werden. Wichtige Weichen dafür, wie die GAP in Deutschland umgesetzt wird, hatte bereits die im Dezember 2021 aus dem Amt geschiedene Bundesregierung mit Gesetzen und Verordnungen gestellt. Wir wiesen dabei im Rahmen von Anhörungen und Stellungnahmen darauf hin, dass der deutsche Strategieplan zur Umsetzung der GAP keine wirksamen Instrumente vorsieht, um die Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft zu verringern. Zusammen mit weiteren Verbänden drängten wir darauf, Anreize für eine an die Fläche gebundene, klimafreundlichere Tierhaltung zu schaffen.<sup>14</sup> Die neu ins Amt gewählte Regierung erkennt diese Defizite, hat sich aber gleichwohl dazu entschieden, die Strategie der Vorgängerregierung nur marginal anzupassen. Auch die EU-Kommission hat mittlerweile

<sup>14</sup> [https://www.bund.net/fileadmin/user\\_upload\\_bund/publikationen/landwirtschaft/landwirtschaft\\_stellungnahme\\_gap-strategie-plan.pdf](https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/landwirtschaft/landwirtschaft_stellungnahme_gap-strategie-plan.pdf)

angemerkt, dass die deutsche Strategie gerade mit Blick auf Klimaschutz nicht ehrgeizig genug sei. Hier liegt jetzt ein Möglichkeitsfenster für Nachbesserungen vor. Weitergehende Änderungen sind aber erst für 2024 zu erwarten. Um diese voranzubringen, wollen wir uns in ein neu gegründetes Beratungsgremium des Landwirtschaftsministeriums einbringen, das die GAP-Umsetzung begleitet.

Der durch den Ukrainekrieg und Dürren in vielen Anbaugebieten ausgelöste drastische Anstieg der Weltmarktpreise für Getreide setzt besonders tierhaltende Betriebe unter Druck, da deren Futterkosten noch stärker steigen als die Fleischpreise. Hier haben wir vorgeschlagen, geplante Krisenbeihilfen nur an Betriebe zu zahlen, die ihre Tierzahlen verringern.<sup>15</sup> Das könnte zu besseren Fleischpreisen beitragen, da das Angebot entsprechend zurückginge. Vor allem aber würde Getreide für die menschliche Ernährung statt für Tierfutter zur Verfügung stehen, womit die Angebots- und Preiskrise auf den Weltagrarmärkten, insbesondere in den stark importabhängigen Ländern des globalen Südens, gelindert werden könnte. Nicht zuletzt wäre es ein wichtiger Beitrag für den Klimaschutz.

Auch gegenüber den G7 und deren deutscher Präsidentschaft haben wir in einem Expert:innen-gremium und durch öffentliche Stellungnahmen gefordert,<sup>16</sup> dass die Reaktion auf die Ukraine-krise ebenso wenig ein Rückfall in ein rein an der kurzfristigen Produktion orientiertes Landwirtschaftsmodell in den reichen Ländern wie eine entsprechende hochproblematische Strategie, etwa in Afrika, sein darf. Vielmehr müssen die reichen Staaten ihren Verbrauch, vor allem von Getreide als Futter, verringern und gleichzeitig die Länder des globalen Südens darin unterstützen, die Produktivität ihrer kleinbäuerlichen Landwirtschaft durch schrittweise Verbesserung der Bodenqualität – etwa durch organische Düngung, diversifizierten Anbau und Wassermanagement – sozial und ökologisch nachhaltiger zu gestalten.

## Tierhaltung nachhaltig reformieren

*Der Krieg gegen die Ukraine macht eine Reform der Tierhaltung und ihre Flächenbindung noch dringender. Ein zentraler Hebel wäre es, den Einsatz von Antibiotika strenger zu regulieren. Germanwatch hat sich dafür in der EU und Deutschland weiter politisch eingesetzt, ein starkes Netzwerk aufgebaut und ein wegweisendes Rechtsgutachten vorgelegt.*

Als Germanwatch beobachten wir nationale und EU-weite politische Prozesse, mit denen die seit dem Krieg gegen die Ukraine noch dringlicher gewordene nachhaltige Reform der Tierhaltung vorangetrieben werden kann. Diese muss mit einer drastischen Reduktion der Tierzahlen insbesondere in Intensivregionen und mit einer Flächenbindung der Tierhaltung einhergehen. Wir identifizieren dafür wichtige Hebelpunkte, erstellen problembezogene Analysen und bringen die so entwickelten Lösungsvorschläge allein oder mit Partnerorganisationen konstruktiv in den öffentlichen Dialog und in politische Entscheidungsprozesse ein. Im Berichtszeitraum beteiligten wir uns unter anderem an zentralen politischen Konsultations- und Dialogprozessen zu einem nachhaltigen Ernährungssystem der EU, an der Gestaltung eines Gesellschaftsvertrags für Landwirtschaft und Ernährung in Niedersachsen sowie an der aktuell in Arbeit befindlichen Ernährungsstrategie der Bundesregierung.

## Antibiotikaverbrauch in der Tierhaltung senken

Ein zentraler Hebel zum Beenden der industriellen Tierhaltung liegt in der massiven Reduktion des bislang hohen Antibiotikaeinsatzes, der aus zahlreichen systembedingten Problemen in der Zucht, Haltung und Fütterung der Tiere resultiert und die Entstehung und Verbreitung von antibiotikaresistenten Erregern signifikant erhöht. Schon heute sind antibiotikaresistente Keime eine der

<sup>15</sup> <https://www.germanwatch.org/de/87147>

<sup>16</sup> <https://www.germanwatch.org/de/85102>; <https://www.germanwatch.org/de/85087>

größten globalen Gefahren für die Gesundheit von Menschen und Tieren. Mit unserer Arbeit wirken wir vor allem auf politischer Ebene darauf hin, den Antibiotikaverbrauch in der Tierhaltung insgesamt deutlich zu reduzieren und insbesondere den Einsatz von Reserveantibiotika weitestmöglich zu verbieten. Das befördert in der Konsequenz nachhaltigere, der Tiergesundheit förderlichere Haltungssysteme. Weitere Hebel haben wir im rechtlichen Bereich angesetzt.

Zusammen mit einem von uns organisierten Netzwerk europäischer Partnerorganisationen aus den Bereichen der Human- und Tiermedizin, des Umwelt- und Tierschutzes bauten wir zielgerichtet Druck auf Entscheidungen zu zwei EU-Rechtsakten auf, die für den Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung in sämtlichen Mitgliedsstaaten von zentraler Bedeutung sind. Mit Briefen und Stellungnahmen,<sup>17</sup> politischen Gesprächen, einem Factsheet<sup>18</sup>, einem Hintergrundpapier<sup>19</sup> und einem öffentlichen Appell<sup>20</sup> zielten wir darauf ab, die für Menschen wichtigsten Antibiotika aus der Tierhaltung auszuschließen oder zumindest strengstmöglich zu regulieren. Gänzlich enttäuschend fiel allerdings die finale Entscheidung der EU-Kommission aus, kein einziges Antibiotikum, das bislang für die Veterinärmedizin zugelassen ist, und damit auch kein einziges Reserveantibiotikum in die Rechtsakte aufzunehmen – der Verlust ihrer Wirksamkeit kann damit auch weiterhin nahezu ungehemmt voranschreiten. Diese Entscheidung ist auf mächtige insbesondere agrarindustrielle Interessengruppen zurückzuführen und belegt, dass auch weiterhin wirkungsvolle gesellschaftliche Gegenallianzen zur Verstärkung des Einflusses auf die Politik unverzichtbar sind, um unsere Ziele zu erreichen.

Auf nationaler Ebene verfassten wir gemeinsam mit weiteren Organisationen fundierte Stellungnahmen zu den vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) erstellten „Eckpunkten für ein nationales Antibiotikaminimierungskonzept für die Tierhaltung“<sup>21</sup> sowie zu einem Gesetzesentwurf für die Novellierung des Tierarzneimittelgesetzes (TAMG)<sup>22</sup>. Darüber hinaus haben wir uns auch im Rahmen von Verbändegesprächen mit dem BMEL für eine strengere Antibiotikaregulierung in Deutschland eingesetzt.

Um künftig auch im rechtlichen Bereich noch stärker agieren zu können, haben wir ein Rechtsgutachten zu den regulativen Möglichkeiten, Antibiotikaresistenzen aus der Tierhaltung noch wirksamer als bislang zu bekämpfen, in Auftrag gegeben.<sup>23</sup> Das Gutachten kommt zu dem Schluss, dass im Fall von Antibiotikaresistenzen, ähnlich wie beim Klimawandel, ein frühzeitiges Handeln geboten ist und der „Grad des Gefahren- und Risikopotenzials“ mit dem von COVID-19 vergleichbar ist. Nicht zuletzt geht es von einer „Schutzpflichtverletzung des Gesetzgebers aus“. Die Befunde des Gutachtens haben wir in einem Kolloquium zusammen mit weiteren Rechtsexperten und interessierten Organisationen diskutiert. Sie dienen uns als gute Grundlage dafür, den Gesetzgeber zu einem entschiedeneren politischen wie rechtlichen Handeln zu drängen – und für die Vorbereitung entsprechender Klagen.

Im Mai 2022 haben wir gegen den geplanten Bau einer neuen Hähnchenmastanlage in Niedersachsen rechtliche Einwendungen eingereicht<sup>24</sup> mit der Begründung, dass die Anlage mit einem vorhersehbar routinemäßigen Antibiotikaeinsatz nach unserer Einschätzung gegen die neue EU-Tierarzneimittelverordnung verstößt. Diese verbietet seit Januar 2022 einen solchen routinemäßigen Einsatz. Auf diesen Zusammenhang haben wir damit erstmalig im Rahmen eines nationalen Genehmigungsverfahrens aufmerksam gemacht. Die finale Entscheidung der Behörde zum Bauantrag steht beim Schreiben des Berichts noch aus.

17 <https://www.germanwatch.org/de/20619>; <https://www.germanwatch.org/de/85114>; <https://www.germanwatch.org/de/85390>

18 <https://www.germanwatch.org/de/20767>

19 <https://www.germanwatch.org/de/20744>

20 <https://www.germanwatch.org/de/21173>

21 <https://www.germanwatch.org/de/84798>

22 <https://www.germanwatch.org/de/85545>

23 <https://www.germanwatch.org/de/85044>

24 <https://www.germanwatch.org/de/87133>



## Handelspolitik und Lieferketten nachhaltig gestalten

*EU-Agrarimporte sind weiterhin ein erheblicher Treiber von Entwaldung. Germanwatch tritt für die wirkungsvolle Ausgestaltung eines neuen EU-Gesetzes für entwaldungsfreie Produkte ein. Gemeinsam mit deutschen und europäischen Netzwerken fordern wir ein Handelssystem, das Menschenrechte, Biodiversität und Klima schützt.*

Im Berichtszeitraum haben wir eng mit unseren Kolleg:innen aus den Teams Internationale Klimapolitik und Unternehmensverantwortung zusammengearbeitet und mehrere Ansätze der EU, entwaldungsfreie Lieferketten sicherzustellen, betrachtet. Dabei analysierten und verglichen wir den Vorschlag für ein EU-Lieferkettengesetz<sup>25</sup>, den EU-Verordnungsentwurf für entwaldungsfreie Produkte<sup>26</sup>, freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft<sup>27</sup>, eine Reform der EU-Handelspolitik<sup>28</sup> und Sustainable-Finance-Instrumente der EU<sup>29</sup> und bewerteten sie hinsichtlich ihrer Wirksamkeit, Entwaldung in Agrarlieferketten zu verhindern. Dazu haben wir in zahlreichen Expert:innen-Interviews vor allem die Potenziale der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte, der Reform der EU-Handelspolitik und der freiwilligen Selbstverpflichtungen der Wirtschaft ergründet. Die Ergebnisse haben wir im Februar 2022 mit unserer Politikanalyse „Assessing policy approaches to halt deforestation in EU agricultural supply chains“ veröffentlicht<sup>30</sup>.

Der geografische Schwerpunkt unserer Arbeit lag hierbei auf den Agrarlieferketten der EU aus den Ländern des Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay). In enger Zusammenarbeit mit deutschen und europaweit aktiven NGOs, u. a. im Rahmen des Bündnisses together4forests, brachten wir die Ergebnisse unserer Politikanalyse sowie unsere Positionen und Empfehlungen in Gespräche mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) und dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) sowie in Gespräche mit EU-Abgeordneten ein.

Durch die Förderung wirksamer politischer Rahmensetzungen und die Vernetzung von Akteur:innen der EU, Chinas und des Mercosur möchten wir zur Etablierung von entwaldungsfreien Lieferketten und damit zum Schutz des Klimas, natürlicher Ökosysteme und der Lebensgrundlage von Menschen weltweit beitragen.

## Ausblick

Im kommenden Jahr wird weiterhin die agrarpolitische Ausrichtung der neuen Bundesregierung in unserem Arbeitsfokus stehen. So ist derzeit noch offen, inwieweit die noch immer aktuellen Ergebnisse der sogenannten Borchert-Kommission zum Umbau der Tierhaltung sowie der Zukunftskommission Landwirtschaft aufgegriffen werden. Beide haben gangbare Schritte für die notwendige Neugestaltung der Tierhaltung aufgezeigt. Jetzt müssen innerhalb der Regierung bestehende Blockaden zur Finanzierung dieses Umbaus gelöst werden. Für konkrete Klimaschutzmaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft werden wir bei der anstehenden nationalen Umsetzung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) streiten, genauso bei der Verankerung der Farm-to-Fork-Strategie der EU, die das Ziel hat, das Ernährungssystem fair, gesund sowie klima- und umweltverträglich umzugestalten, und dann für die Ausarbeitung der nächsten GAP, die 2028 in Kraft treten soll und für die noch im Jahr 2022 erste Vorschläge des BMEL erwartet werden.

Für die strengere Regulierung von Antibiotika in der Tierhaltung werden neben der Novellierung des Tierarzneimittelgesetzes die von der neuen Regierung geplante Tiergesundheitsstrategie

25 <https://www.germanwatch.org/de/node/20900>

26 <https://www.germanwatch.org/en/eu-regulation-deforestation-free-products>

27 <https://www.germanwatch.org/de/node/20968>

28 <https://www.germanwatch.org/de/node/20918>

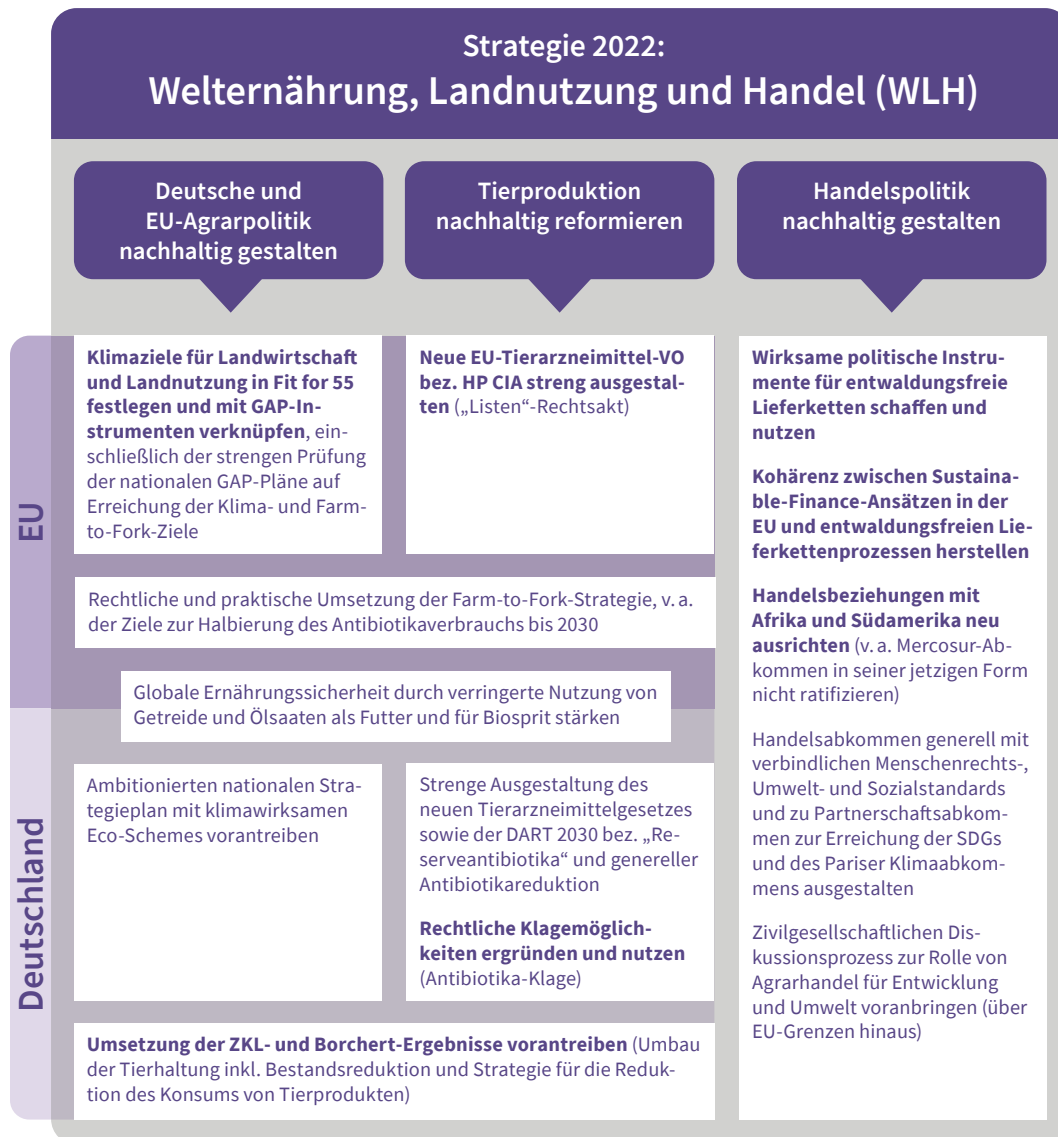
29 <https://www.germanwatch.org/de/node/20970>

30 <https://www.germanwatch.org/en/84931>

sowie die Erarbeitung der neuen Deutschen Antibiotika-Resistenzstrategie (DART 2030) von besonderem Belang sein. Ebenso konstruktiv und kritisch werden wir auf europäischer Ebene die geplante Revision der europäischen Tierschutzgesetzgebung begleiten. Außerdem prüfen wir weitere rechtliche Schritte, wie etwa eine Antibiotika-Klage.

Auch im kommenden Jahr werden wir uns zudem für eine internationale Handelsordnung einsetzen, die internationale Vereinbarungen zum Schutz von Menschenrechten, Klima, Wäldern und Umwelt einhält. Geplant sind die Ausrichtung mehrerer transnationaler Webinare, die Teilnahme an Dialogveranstaltungen sowie die Erstellung von Fachpublikationen zu Ansätzen der EU und Chinas für die Sicherstellung entwaldungsfreier Lieferketten aus den Mercosur-Staaten. Im Rahmen eines neuen Projekts werden wir zudem bezüglich der Anforderungen an Unternehmen, Entwaldungsrisiken in ihren Lieferketten offenzulegen, daran arbeiten, Kohärenz zwischen der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte, dem EU-Lieferkettengesetz, der EU-Offenlegungsverordnung und anderen Sustainable-Finance-Prozessen herzustellen. An dem vom Wirtschaftsministerium angekündigten Dialog mit der Zivilgesellschaft zur Neuausrichtung der europäischen Handelspolitik werden wir uns intensiv beteiligen.

Außerdem prüfen wir derzeit, wie stark wir uns in die seit dem russischen Krieg gegen die Ukraine wieder stärker aufgekommenen Fragen der globalen Ernährungssicherheit und -souveränität politisch einbringen können. Dabei geht es uns kurzfristig in erster Linie darum, Getreide für die direkte menschliche Ernährung statt für Tierfutter und Biosprit freizusetzen und Spekulation mit Getreide einzudämmen. Da die Bundesregierung aktuell eine doppelte Führungsrolle in zwei internationalen Bündnissen zur Gewährleistung von Ernährungssicherheit übernommen hat – der Global Crisis Response Group on Food, Energy and Finance und der Global Alliance for Food Security –, bieten sich hier besondere, zeitnah zu nutzende Chancen.



### Mitarbeiter:innen

	<b>Konstantinos Tsilimekis</b> Teamleiter		<b>Katharina Brandt</b> Referentin für Landwirtschaft		<b>Tobias Reichert</b> Referent für Agrarpolitik und Welthandel   Projektleiter Klimafreundliche Landwirtschaft
	<b>Carolina Groß</b> Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2021/2022 (bis 08/2022)		<b>Hanna Fuge</b> Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2022/2023 (seit 08/2022)		

Mit Unterstützung von: Friederike Teller.

Praktikant:innen im Berichtszeitraum: Matilda Franz, Simon Handschuh, Linus Kurtenbach.

Verantwortlich seitens des Vorstands: Dr. Artur Runge-Metzger, Dr. Klemens van de Sand, Michael Windfuhr.

## Unternehmensverantwortung

Viele globale Lieferketten sind in Krisensituationen nicht widerstandsfähig: Das haben jüngst sowohl die Folgen der Corona-Pandemie als auch die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine gezeigt. Gleichzeitig verdeutlichen diese Krisen, wie wichtig es ist, im globalen Wirtschaften die Achtung der Menschenrechte und den Schutz der ökologischen Lebensgrundlagen systematisch zu verankern. Das ist eine wesentliche Grundlage der Resilienz demokratischer Gesellschaften, die etwa in Russland in den letzten Jahrzehnten immer mehr verloren gegangen ist. Mit einem wirksamen europäischen Lieferkettengesetz wollen wir dazu beitragen, dass Unternehmen in ihren weltumspannenden Wertschöpfungsketten grundlegende menschenrechtliche und umweltbezogene Standards einhalten müssen. Ein Schritt auf dem Weg dorthin ist das deutsche Lieferkettengesetz, das bereits verabschiedet ist und nun wirksam umgesetzt werden muss. Ein wichtiges Anliegen bei all diesen Prozessen ist für uns, diejenigen Menschen aus dem globalen Süden, deren Menschenrechte nicht geachtet werden, als Rechteinhaber:innen auf Augenhöhe einzubeziehen. Dafür müssen sie die Instrumente und Verfahren mitgestalten können, die ihre Rechte durchsetzen sollen – und beispielsweise beim Aufsetzen und Überwachen von Abhilfep länen oder eines Beschwerdemechanismus mitwirken dürfen.

Die Knappheit an bestimmten Materialien in der Lieferkette aufgrund der Coronakrise und des Krieges in der Ukraine hat zudem vielen Menschen vor Augen geführt, dass eine einseitige Abhängigkeit von kurzfristig nicht ersetzbaren Rohstoffen die Resilienz von Gesellschaften untergräbt. Um dem entgegenzuwirken, halten wir neben der Diversifizierung von Lieferbeziehungen auch eine Reduktion des Rohstoffverbrauchs für unerlässlich, auch weil diese ökologisch geboten ist.

## Europaweit unternehmerische Sorgfaltspflichten verbindlich festschreiben

*Globale Lieferketten müssen resilienter werden, zumal sich abzeichnet, dass die Krisenzeiten andauern werden. Ein wirksames EU-Lieferkettengesetz ist ein wichtiger Baustein dafür. Das Vorhaben braucht Rückenwind aus Deutschland. Mit der neuen Kampagne der Initiative Lieferkettengesetz wollen wir genau das erreichen: #yesEUcan!*

Nachdem der Deutsche Bundestag im Juni 2021 das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz verabschiedet hatte, war das Kampagnenziel der Initiative Lieferkettengesetz zunächst erreicht. Das Gesetz war ein hart erstrittener Kompromiss und an entscheidenden Stellen noch zu schwach. Zudem hatte der Gesetzgebungsprozess für ein EU-Lieferkettengesetz begonnen und ein politisches Zeitfenster öffnete sich, das uns erlaubt, uns gemeinsam mit europäischen NGOs und Gewerkschaften für ein starkes EU-Lieferkettengesetz einzusetzen. Deshalb hat sich der Trägerkreis der Initiative Lieferkettengesetz entschieden, als starkes Kampagnenbündnis weiterzuarbeiten. Das Kampagnenbüro und damit die Koordination des Bündnisses liegt weiterhin bei Germanwatch.

Im Februar 2022 hat die EU-Kommission ihren Vorschlag für ein EU-Lieferkettengesetz vorgelegt. In einer ausführlichen Analyse des Kommissionsvorschlags<sup>31</sup> haben wir gezeigt: Der Entwurf ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einer europäischen Wirtschaft, bei der Mensch und Umwelt im Mittelpunkt stehen. Zu begrüßen ist vor allem, dass die Kommission durch eine zivilrechtliche Haftungsregel die Erfolgsaussichten für Zivilklagen von Betroffenen vor Gerichten in EU-Mitgliedstaaten verbessern will. Dennoch bleibt der Vorschlag hinter den Anforderungen der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen zurück und enthält deutliche Schwachstellen.

31 [https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2022/06/Initiative-Lieferkettengesetz\\_Stellungnahme-zum-Kommissionsentwurf.pdf](https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2022/06/Initiative-Lieferkettengesetz_Stellungnahme-zum-Kommissionsentwurf.pdf)

In einem nächsten Schritt müssen sich nun das Europaparlament sowie der europäische Rat zu dem Kommissionsentwurf positionieren. Um hier für den nötigen Rückenwind aus Deutschland zu sorgen, haben wir im Frühjahr 2022 die neue Kampagne #yesEUcan!<sup>32</sup> gestartet. Mit neuen Kampagnenmaterialien setzt sich das Bündnis bei der Bundesregierung sowie den deutschen Abgeordneten im Europaparlament für ein wirksames EU-Lieferkettengesetz ein.

Im Zuge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine geriet das Thema „Lieferketten“ noch stärker als bisher auf die politische und mediale Agenda. Die Bundesregierung intensivierte die Suche nach alternativen Quellen, um Erdgas, Steinkohle und metallische Rohstoffe sowie Erdöl aus Russland zu ersetzen. In unserem Briefing „Der Ukrainekrieg und die Rohstoffe: Warum wir jetzt erst recht ein wirksames EU-Lieferkettengesetz brauchen“<sup>33</sup>, das medial breit aufgegriffen wurde, haben wir gezeigt, dass dabei zunehmend Regionen wie Kolumbien oder Indonesien in den Fokus geraten. Regionen, in denen die Rohstoffindustrie zu massiven Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen beiträgt, was die Notwendigkeit eines guten EU-Lieferkettengesetzes unterstreicht.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit war die Vernetzung und der Austausch mit unseren europäischen Partnern, insbesondere der European Coalition for Corporate Justice (ECCJ). In verschiedenen Gremien teilen wir dazu unsere Expertise und unsere Erfahrungen aus drei Jahren Bündnis-Kampagnenarbeit in Deutschland und stimmen uns strategisch mit unseren Kolleg:innen in anderen Mitgliedsstaaten und in Brüssel ab. Unter anderem koordinieren wir die europäische NGO-Abstimmung zu umwelt- und klimabezogenen Sorgfaltspflichten und haben in einem Fachgespräch mit juristischen Expert:innen Lösungsansätze für wirksame Haftungsregelungen diskutiert.

Darüber hinaus haben wir uns mit anderen Akteuren im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zur EU-Batterienverordnung für Sorgfaltspflichten in Rohstofflieferketten eingesetzt. Aufgrund der Ausweitung der Elektromobilität steigen die Bedarfe an Metallen wie Lithium, Kobalt oder Bauxit. In der neuen Batterieverordnung werden das erste Mal umweltbezogene Sorgfaltspflichten für Unternehmen in der Batterielieferkette festgeschrieben – ein wichtiger Meilenstein. Insbesondere beinhaltet die Verordnung eine Generalklausel, die über die Referenz von internationalen Übereinkommen hinausgeht und alle relevanten Umweltschutzgüter auflistet, deren wesentliche Beeinträchtigung es zu verhindern gilt. Wir setzen uns nun dafür ein, dass auch das EU-Lieferkettengesetz einen ähnlichen Ansatz wählt, um kohärent zu bleiben und den ökologischen Herausforderungen gerechter zu werden.

## Deutsches Lieferkettengesetz wirksam umsetzen

*Für die zuständige Behörde zur Durchsetzung des Lieferkettengesetzes (BAFA) hat Germanwatch gemeinsam mit NGO-Partnern Anforderungen formuliert. Germanwatch zeigt u. a. auf, dass es nicht ausreicht, wenn Unternehmen nur einer Brancheninitiative beitreten.*

Ein neues Gesetz ist nur so wirksam, wie es umgesetzt wird. Das gilt auch für das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz. Das Gesetz benennt das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) als zuständige Behörde, um die Einhaltung durch die Unternehmen zu kontrollieren. Unser Anliegen ist, dass die behördliche Durchsetzung hohen menschenrechtlichen und umweltbezogenen Anforderungen genügt und Betroffene die vorgesehenen Verfahren wirksam nutzen können.

Dafür haben wir gemeinsam mit anderen NGOs zivilgesellschaftliche Anforderungen an das BAFA erarbeitet und konnten diese im Herbst 2021 sowohl bei einem Stakeholderworkshop des BAFA zum Lieferkettengesetz vortragen als auch im Rahmen der AG Wirtschaft und Menschenrechte,

32 <http://www.lieferkettengesetz.de/>

33 [https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2022/06/Initiative-Lieferkettengesetz\\_Briefing-Ukraine-Rohstoffe\\_final.pdf](https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2022/06/Initiative-Lieferkettengesetz_Briefing-Ukraine-Rohstoffe_final.pdf)

einem Beratungsgremium für die Bundesregierung. Anschließend haben wir unsere Erwartungen an ein effektives behördliches Verfahren aus Menschenrechtsperspektive gemeinsam mit dem CorA-Netzwerk, dem Forum Menschenrechte, der Initiative Lieferkettengesetz und VENRO in einem Positionspapier<sup>34</sup> veröffentlicht. Dieses haben wir sowohl dem BAFA übermittelt als auch den thematisch zuständigen Ministerien sowie Abgeordneten des deutschen Bundestages. In dem Papier betonen wir unter anderem, dass es zur Einhaltung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nicht ausreicht, nur einer Brancheninitiative beizutreten, da diese in vielen Fällen noch erhebliche Schwachpunkte haben, insbesondere bei der Sicherstellung, dass Mitgliedsunternehmen den jeweiligen Standard tatsächlich umsetzen. Dies haben wir als Germanwatch anhand einer umfangreichen Untersuchung von Rohstoffstandards<sup>35</sup> ausführlich belegt.

Da eine neue Durchsetzungsbehörde finanziell angemessen ausgestattet sein muss, haben wir uns gemeinsam mit dem CorA-Netzwerk und der Initiative Lieferkettengesetz gegenüber der Bundesregierung und dem Bundestag auch für ausreichende Haushaltsmittel für das BAFA eingesetzt und zumindest dazu beitragen, dass die Haushaltsmittel für 2022 aufgestockt wurden.

## Rechteinhaber:innen stärken

*Weniger Risiken für Mensch und Umwelt in den globalen Geschäften von Unternehmen – darum geht es bei Sorgfaltspflichten. Unser Fokus dabei: Wir wollen die Menschen insbesondere im globalen Süden, deren Menschenrechte in Gefahr sind, als Inhaber:innen dieser Rechte stärken, indem wir sie auf Augenhöhe einbeziehen. Zum Beispiel wenn es darum geht, Beschwerdemechanismen zu entwickeln oder umweltbezogene Sorgfaltspflichten konkret auszugestalten.*

In der Debatte um Sorgfaltspflichten gibt es aktuell eine große Diskrepanz zwischen Betroffenheit, Repräsentanz und Möglichkeiten der Einflussnahme. Denn die von Unternehmenstätigkeiten (potenziell) negativ betroffenen Akteur:innen (auch Rechteinhaber:innen genannt) oder ihre Vertreter:innen (Gewerkschaften, NGO, soziale Bewegungen) werden meist gar nicht oder nur sehr punktuell in Diskussionen zur Ausgestaltung und Umsetzung von Sorgfaltspflichten eingebunden. Daher versuchen wir unter anderem, die Einbeziehung von Rechteinhaber:innen im Rahmen von Multi-Stakeholder-Initiativen (MSI) zu stärken. Dafür haben wir gemeinsam mit Partnerorganisationen ein Positionspapier<sup>36</sup> veröffentlicht, das Ansätze für eine ernsthafte Einbeziehung von Rechteinhaber:innen im Rahmen von MSI aufschlüsselt. Auch in unserer Arbeit im Rahmen des NAP-Branchendialog Automobil setzen wir uns dafür ein, die Einbeziehung von Rechteinhaber:innen zu stärken. Dies erfolgt insbesondere durch unser Engagement im Pilotprojekt zum Aufbau eines unternehmensübergreifenden Beschwerdemechanismus für die Automobilbranche in Mexiko, für den wir über die letzten zwei Jahre hinweg einen kontinuierlichen Austausch mit mexikanischen zivilgesellschaftlichen Organisationen als Vertreter:innen von Rechteinhaber:innen etabliert haben. Deren Kommentare und Anregungen konnten bereits in der Entwicklung des Beschwerdemechanismus berücksichtigt werden. Zudem haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Einbeziehung von Rechteinhaber:innen zentral in den Handlungsanleitungen des NAP-Branchendialog Automobil verankert wird. Diese Handlungsanleitungen sollen Unternehmen dabei unterstützen, ihre menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten in der Praxis angemessen umzusetzen.

Auch im Kontext von umweltbezogenen Sorgfaltspflichten haben wir zusammen mit Vertreter:innen von Rechteinhaber:innen, insbesondere den NGOs CENDA und AIDA sowie der Heinrich-Böll-Stiftung Kolumbien, Vorschläge entwickelt, wie umweltbezogene Sorgfaltspflichten ausgestaltet sein müssten, damit sie vor Ort wirken. Aufbauend auf Workshops in Lateinamerika und weiterentwickelt mit NGOs aus dem Kongo sowie mit Unternehmen und der Politik, haben wir in einer

34 <https://www.germanwatch.org/de/85260>

35 <https://www.germanwatch.org/de/85063>

36 <https://www.germanwatch.org/de/85309>

gemeinsamen Studie<sup>37</sup> u. a. die Unterstützung von partizipativem Communitymonitoring vorgeschlagen. Die Studienergebnisse konnten wir in Gesprächen mit Kommissionsvertreter:innen und EU-Parlamentarier:innen in den Prozess zu einem EU-Lieferkettengesetz einbringen.

## **Rohstoffwende voranbringen**

*Die schrittweise, absolute Verbrauchsreduktion von Rohstoffen und das Recht auf Reparatur sind angesichts der aktuellen Krisensituation wichtiger denn je. Die Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag sind Etappensiege auf dem Weg in eine Kreislaufwirtschaft, die unsere Gesellschaft für Krisen resilienter machen kann. Germanwatch hat sich gemeinsam mit dem Runden Tisch Reparatur und dem AK Rohstoffe hierfür stark gemacht. Nun steht die Umsetzung an.*

Die Rohstoffkrise in Folge des russischen Angriffskrieges in der Ukraine hat erneut unterstrichen, dass wir uns weniger abhängig von einzelnen zentralen Lieferländern machen müssen, zumal wenn diese auf dem Kriegsfuß mit Völkerrecht und Menschenrechten stehen. Das können wir insbesondere erreichen, indem wir die Kreislaufwirtschaft, die weit mehr bedeutet als Recycling, beherzt voranbringen und in diesem Kontext auch den Rohstoffkonsum absolut senken.

Ein wichtiger Ansatz, den Germanwatch in diesem Sinne in den letzten Jahren vorangetrieben hat, ist eine Stärkung der Reparatur und damit eine längere Nutzung von Geräten. Dafür haben wir den Runden Tisch Reparatur mitgegründet und wirken weiterhin in dessen Vorstand mit. Wir begrüßen, dass die Ampelkoalition nun das Recht auf Reparatur zentral im Koalitionsvertrag verankert hat. Im Sommer 2022 plant die Bundesregierung, ihren Aktionsplan Reparatur vorzustellen. Hierfür hat Germanwatch gemeinsam mit dem Runden Tisch im Frühjahr 2022 zentrale Forderungen formuliert, um den Reparatursektor zu fördern und zielgerichtete Maßnahmen bundespolitisch auf den Weg zu bringen. Vor diesem Hintergrund setzt sich Germanwatch dafür ein, die Digitalisierung ressourcenschonend und zirkulär auszugestalten und ihr Potential für eine Reduktion des Rohstoffverbrauchs effektiv zu nutzen, z.B. durch die Befähigung kreislauffähiger Geschäftsmodelle.

Auf EU-Ebene hat die Kommission mit dem Aktionsplan Kreislaufwirtschaft 2020 einen wichtigen Fahrplan zur Gestaltung eines zirkulären Binnenmarkts verabschiedet. Mit der Sustainable Product Initiative hat die EU-Kommission kürzlich erste Maßnahmenpakete zur Konkretisierung des Aktionsplans vorgelegt. Germanwatch begleitet diesen Prozess konstruktiv-kritisch, um die Wirksamkeit der Maßnahmen im Sinne einer Ressourcenreduktion zu erhöhen.

Um den Rohstoffverbrauch künftig absolut zu senken, ist es neben konsequenten Kreislaufwirtschaftsmaßnahmen wichtig, absolute Verbrauchsgrenzen politisch zu verankern. Der Umfang der Verbrauchsreduktion ist unter Einbeziehung wissenschaftlicher Expertise zu definieren, und das schafft die Grundlage, die Wirksamkeit der Kreislaufwirtschaftsmaßnahmen zielgerichtet zu überprüfen. Hierfür setzen wir uns mit unserer Arbeit im AK Rohstoffe aktiv ein.

---

<sup>37</sup> <https://www.germanwatch.org/de/21318>



Der Trägerkreis der Initiative Lieferkettengesetz hat im Juni 2022 die Kampagne #yesEUcan! zum EU-Lieferkettengesetz strategisch weiterentwickelt. (Foto: Initiative Lieferkettengesetz)

## Ausblick

Angesichts der aktuellen Herausforderungen vor dem Hintergrund des russischen Krieges gegen die Ukraine werden wir unsere Aktivitäten sowohl im Hinblick auf ein europäisches Lieferkettengesetz als auch zu Rohstoffthemen gegebenenfalls kurzfristig anpassen. Zum EU-Lieferkettengesetz startet im Herbst 2022 die europaweite Kampagne „Justice is Everybody’s Business“<sup>38</sup>. Die deutsche Initiative Lieferkettengesetz unterstützt diese Kampagne und wird sich aktiv an öffentlichkeitswirksamen Aktionen beteiligen. Dabei wird sie den Fokus auf die Bundesregierung und die deutschen Europaparlamentarier:innen legen, damit diese sich für ein starkes EU-Lieferkettengesetz einsetzen.

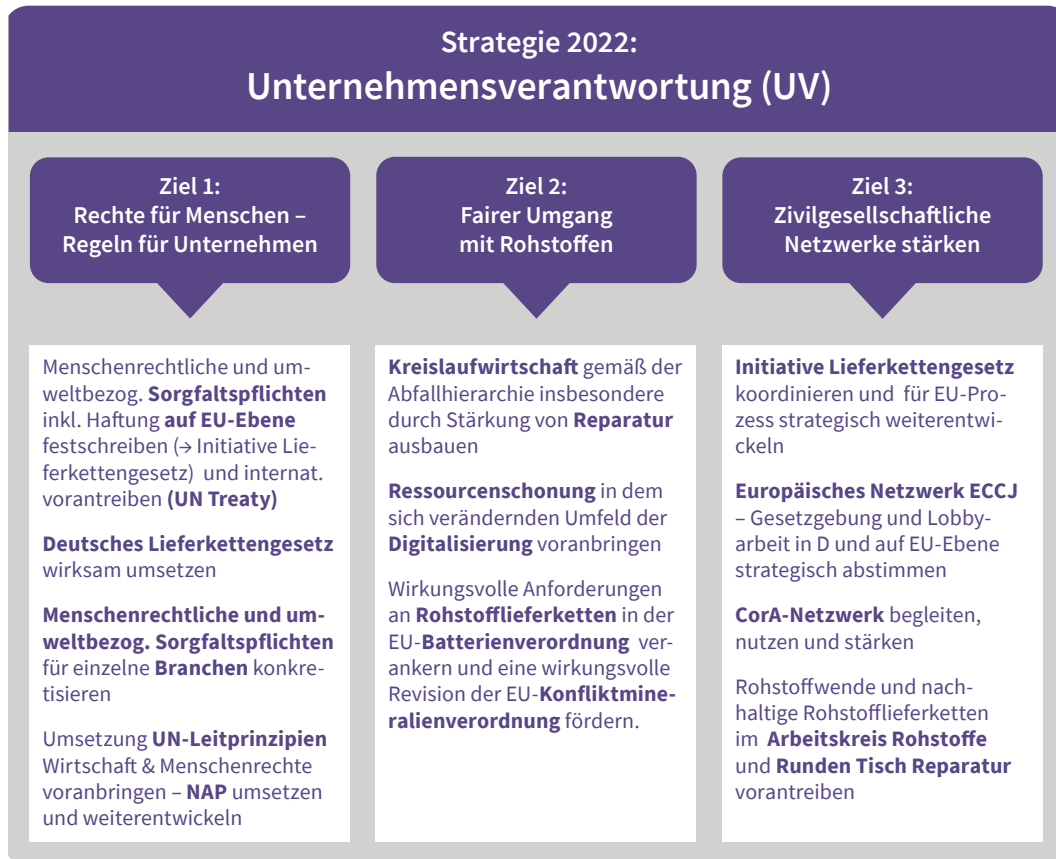
Gleichzeitig werden wir uns weiterhin auch für die wirksame Umsetzung des deutschen Lieferkettengesetzes stark machen und planen dafür im Herbst 2022 gemeinsam mit dem CorA-Netzwerk eine Fachveranstaltung.

Indem wir den Austausch mit mexikanischen zivilgesellschaftlichen Organisationen in den nächsten Monaten vor dem Start des unternehmensübergreifenden Beschwerdemechanismus intensivieren und formalisieren, versuchen wir sicherzustellen, dass Rechteinhaber:innen bzw. deren Vertreter:innen in den globalen Wertschöpfungsketten von Anfang an bei der Umsetzung von Sorgfaltspflichten mitbedacht werden. Damit möchten wir einen Beitrag dazu leisten, die bestehenden Macht- und Informationsasymmetrien zwischen den Mitgliedern des NAP-Branchendialogs Automobil in Deutschland und der Zivilgesellschaft in Mexiko zu verringern.

Die Bundesregierung will u. a. im Kontext der aktuellen Rohstoffkrise eine neue Rohstoffstrategie auf den Weg bringen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Kreislaufwirtschaft hier einen wichtigen Stellenwert bekommt und dass Umweltstandards und Menschenrechte damit nicht untergraben, sondern gestärkt werden. Zugleich werden wir uns dafür engagieren, dass auf EU-Ebene die richtigen Weichen für eine zirkuläre digitale Ökonomie gestellt werden. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit wird hierbei auf der Förderung zirkulärer Geschäftsmodelle sowie politischer Rahmensetzungen liegen, etwa auf der effektiven Ausgestaltung eines digitalen Produktpasses.

38 <https://justice-business.org/>





### Mitarbeiter:innen

	<b>Cornelia Heydenreich</b> Teamleiterin		<b>Sarah Guhr</b> NRO-Koordinatorin Branchendialoge		<b>Johannes Heeg</b> Campaigner Initiative Lieferkettengesetz
	<b>Rebecca Heinz</b> Referentin für Ressourcenpolitik und zirkuläres Wirtschaften		<b>Johanna Kusch</b> Referentin für Unter- nehmensverantwortung, Koordinatorin Initiative Lieferkettengesetz		<b>Julia Otten</b> Referentin für Unter- nehmens- verantwortung (bis 11/2021)
	<b>Finn Robin Schufft</b> Referent für Unter- nehmens- verantwortung (seit 01/2022)		<b>Johanna Sydow</b> Referentin für Ressourcenpolitik		<b>Steffen Vogel</b> Referent für zukunfts- fähiges Wirtschaften in glo- balen Lieferketten (bis 12/2021)
	<b>Lewin Waibel</b> Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2021/2022 (bis 08/2022)		<b>Tara Runze</b> Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2022/2023 (seit 08/2022)		

Mit Unterstützung von: Luisa Denter, Florian Ulrich.

Praktikant:innen im Berichtszeitraum: Luisa Denter.

Verantwortlich seitens des Vorstands: Silvie Kreibiehl, Prof. Dr. Stefanie Lorenzen, Michael Windfuhr.

## Internationale Klimapolitik

Nachdem die Coronakrise im Jahr 2020 und über weite Teile von 2021 große Konferenzen mit physischer Präsenz in der internationalen Klimapolitik weitestgehend unmöglich gemacht hatte, konnte die COP26 in Glasgow nach einjähriger Verschiebung im November 2021 stattfinden. Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine seit Februar 2022 steht die internationale Klimapolitik vor grundlegenden Weichenstellungen.

Die COP26 hat zunächst ein positives Momentum kreiert. Die **vollständige Umsetzung der bis dahin vorgelegten nationalen** Klimaschutzbeiträge bis 2030, Langfriststrategien und **zum Teil neue, in Glasgow angekündigte** sektorale Initiativen könnten uns nach Berechnung der Internationalen Energieagentur auf einen 1,8 °C-Pfad bringen. Hinzu kam das erstmalige Herausstellen eines einzelnen Energieträgers im Beschlusstext, nämlich der Kohle, deren Abgesang offiziell formuliert wurde. Gleichzeitig blieben Fragen offen, etwa hinsichtlich fehlender Ambitionen bei großen Schwellenländern wie China und Indien, deren Emissionsanstieg schon kurzfristig das 1,5 °C-Limit außer Reichweite rücken könnte. Ein grundlegendes Problem dabei ist die fehlende Glaubwürdigkeit von USA und EU in dieser Debatte. Die historisch sehr hohen Emissionen dieser Länder haben uns maßgeblich in die heutige Klimakrise geführt. Ihre eigenen Ziele sind nicht 1,5 °C-kompatibel. Und die zugesagte finanzielle Unterstützung für Entwicklungs- und Schwellenländer von 100 Mrd. jährlich ab 2020 liegt immer noch nicht auf dem Tisch. In den USA konnte jetzt immerhin die monatelange Blockade eines einzelnen, aber für die Mehrheit unabdinglichen, kohlefreundlichen Senators der Demokraten gebrochen werden: Die Verabschiedung eines Klima-Investitionspaketes wurde nach vielen Verzögerungen, wenn auch in der Ambition abgeschwächt, endlich durchgesetzt. Auch der von konservativen Richtern dominierte Oberste Gerichtshof erschwert die Umsetzung der klimapolitischen Ziele des amerikanischen Präsidenten. Europa wiederum befindet sich aufgrund des russischen Angriffskrieges in einer „Zeitenwende“, wobei noch unklar ist, ob die kurzfristigen Energie- und Ernährungsziele intelligent mit der notwendigen Transformation des Energie- und Landwirtschaftssektors verknüpft werden. Es hört sich zwar gut an, wenn Außenministerin Annalena Baerbock ankündigt, die Energie- und Ernährungssicherheitsfragen würden sinn- und wirkungsvoll mit der noch größeren Klimasicherheitsfrage verknüpft. Aber bislang wird die Umsetzung dieser Einsicht bei Reisen und Verhandlungen, etwa von Kanzler Scholz oder Robert Habeck, nicht konsequent umgesetzt. So besteht ein Teil der Reaktion auf die Krise einerseits im beschleunigten Ausbau von Erneuerbaren Energien, Energieeffizienzmaßnahmen, Wärmepumpen und grünem Wasserstoff, national und international. Andererseits jedoch werden Partnerländer in Afrika von der EU und Deutschland dazu motiviert, ihre Gasförderung auszubauen. Die Regierungschefs Scholz und Draghi versuchten in der G7 – unter deutscher Präsidentschaft – das vorher vereinbarte Ende der internationalen öffentlichen Finanzierung aller fossilen Energieträger aufzuweichen. Auch durch intensiven Einsatz von Germanwatch beim G7-Gipfel konnte zumindest verhindert werden, dass es hier einen Freifahrtschein für fossile Investitionen gab. Aber wir erwarten jetzt von der Bundesregierung, dass sie einen ernsthaften Prüfprozess für die Umsetzung der vereinbarten Klimaschutzkriterien bei Investitionen in Kohle und Gas schafft. Ähnlich ambivalent fiel die Entscheidung zur EU-Taxonomie aus. Das Klassifizierungssystem definiert Investitionen in Gas und Kernkraft unter bestimmten Bedingungen nun als grün, während gleichzeitig die europäischen Energieziele als Teil des Maßnahmenpakets „RePowerEU“ als Antwort auf den Krieg gestärkt wurden. Germanwatch hatte gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, dem Privatsektor und kirchlichen Akteur:innen bis zuletzt eine größere Zahl konservativer Stimmen hinsichtlich der EU-Taxonomie umzustimmen versucht.

Im Winter 2022 steht uns eine Energie- und Stromkrise bevor, verursacht insbesondere durch den russischen Versuch, die EU mit ausbleibenden Gaslieferungen zu erpressen, durch die kurzfristige Stilllegung von 60 % der französischen Atomkraftwerke aufgrund großer Sicherheitsprobleme sowie durch niedrige Flusspegel und den geringen Füllstand von Wasserkraftwerken bedingt durch

die Klimakrise. Es ist schon eine besondere Absurdität, wenn angesichts dieser durch Gas und Atomkraft ausgelösten Energiekrise diese beiden Energieformen offiziell das Label „nachhaltig“ umgehängt bekommen.

Die Zweideutigkeit im deutschen und europäischen Verhalten stellt somit den Ausgang der Zeitenwende in Frage. Der Klimaschutzindex (CCPI) von Germanwatch wird in den nächsten Jahren zeigen, welche Länder an dieser Weggabelung in Richtung Erneuerbare und Effizienz, welche in Richtung Kohle und Flüssiggas abgebogen sind. Auch im vergangenen Jahr blieben die ersten drei Plätze im CCPI unbesetzt – dies unterstreicht, dass alle 60 untersuchten Länder mit hohen Pro-Kopf-Emissionen im Klimaschutz noch dringend nachlegen müssen.

Positiv hingegen: International gewinnen bi- und plurilaterale Klima- und Energiepartnerschaften an Dynamik. Diese sind erkennbar an das von Germanwatch entwickelte Konzept der Paris-Partnerschaften angelehnt. Mit der sogenannten „Just Energy Transition Partnership (JETP)“ mit Südafrika wurde im Rahmen der COP26 ein erstes konkretes Beispiel für eine koordinierte, auf Systemtransformation im Sinne einer „just transition“ ausgerichtete, finanzielle Unterstützung im Gegenzug für ambitioniertere Klimaschutz- und Kohleausstiegsziele präsentiert. 2022 muss diese Partnerschaft konkretisiert, ausgearbeitet und mit den zugesagten Gesetzen in Südafrika sowie den notwendigen Finanzflüssen untermauert werden. Außerdem sollen weitere Länder wie Indonesien, Indien, Vietnam und Senegal folgen.

Germanwatch engagiert sich dabei mit Partner:innen in Indonesien und Indien dafür, dass die zivilgesellschaftliche Partizipation von Beginn an gewährleistet ist und man aus den Erfahrungen mit Südafrika lernt. Entscheidend wird sein, ob es gelingt, diese Partnerschaften transformativ genug anzulegen und ihnen eine ausreichende und wirkungsvolle finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen. Sonst droht eine ähnliche Problematik wie bei der immer noch nicht eingehaltenen Klimafinanzierungszusage der Industrieländer, jährlich 100 Milliarden US-Dollar für den Klimaschutz und die Anpassung der armen Länder zu mobilisieren. Das deutsche 6-Milliarden-Euro-Versprechen von Kanzlerin Merkel für 2025 wurde mittlerweile von Bundeskanzler Scholz bestätigt. Allerdings ist der notwendige Aufwuchs noch immer nicht im Haushalt hinterlegt, und zudem ist sein Umfang in Anbetracht der wachsenden Bedürfnisse der Ärmsten und Verletzlichsten sowie der Dringlichkeit der Transformation deutlich zu gering. Eine Schlüsselrolle beim Erreichen der 100 Milliarden Dollar spielen die multilateralen Entwicklungsbanken. Sie haben sich verpflichtet, ihre Investitionen an den Zielen des Pariser Klimaabkommen auszurichten – aber auch diese Verpflichtung muss zu einem wichtigen Teil noch umgesetzt werden. Germanwatch beeinflusst dabei gemeinsam mit einigen Partnerorganisationen seit Jahren kenntnisreich und wirkungsvoll die Debatte, wie die Banken dieses „Ausrichten“ an den Pariser Klimazielen in Bezug auf verschiedene Finanzinstrumente interpretieren und umsetzen sollten.

Gleichzeitig nehmen die Auswirkungen des Klimawandels global nachweisbar zu. Insbesondere die verletzlichsten Länder des globalen Südens haben dabei Probleme, die Kaskade miteinander verzahnter Krisen zu bewältigen – erst recht da Schäden und Verluste aufgrund des Klimawandels exponentiell zunehmen. In diesem Jahr sind Pakistan und Madagaskar sowie die Länder des Horns von Afrika anschauliche Beispiele für diesen Trend. Zu den andauernden Auswirkungen der Coronakrise ist eine Ernährungskrise getreten. Diese wird von den vier C angetrieben: **Corona**, **Conflicts**, **Climate**, **Costs**. Insbesondere die Folgen des russischen Angriffskrieges, aber auch heftige Wetterereignisse etwa in China, Indien oder Frankreich haben die bereits angespannte Lage massiv weiter verschärft. Es ist notwendig, die gesamtgesellschaftliche Resilienz zu stärken.

Immerhin herrscht in Bezug auf finanzielle Unterstützung beim Umgang mit Schäden und Verlusten seit der COP in Glasgow eine zuvor nicht gesehene Dynamik. So erkannten die G7 unter deutscher Präsidentschaft erstmals an, dass es Unterstützung braucht und dass die G7 hierzu beitragen müssen. Folgerichtig hat sich die Debatte von einem „ob“ zu einem „wie“ verändert. Germanwatch prägt

dabei die Debatten und Verhandlungen stark mit, u. a. durch enge Kooperation mit Partner:innen aus verschiedenen besonders verletzlichen Staaten sowie mit der deutschen Regierung und der EU.

Mit zunehmender Erwärmung kommt zudem ein Erreichen klimatischer Kippunkte näher, die die Lebengrundlage ganzer Kontinente aufs Spiel setzen können. Hierzu fehlt es bisher noch an einem systematischen politischen Umgang. Wir drängen bei diesem Thema etwa auf die Etablierung eines Frühwarnsystems und entwickeln dafür Konzepte.

Für die zuvor genannte Arbeit ist die enge vertrauensvolle Abstimmung in Netzwerken der Zivilgesellschaft ein wichtiger Bestandteil. Auf internationaler Ebene gilt dies insbesondere für den International Climate Politics Hub (ICP Hub) und das Climate Action Network (CAN). Auf nationaler Ebene entscheidend für unsere erfolgreiche Arbeit ist der Austausch zu Klimathemen mit internationalem Bezug in der Klima-Allianz Deutschland, dem Deutschen Naturschutzring (DNR) und dem Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO), mit Thinktanks wie Agora Energiewende, EPICO und der Munich Climate Insurance Initiative (MCII) sowie mit progressiven Unternehmensstimmen wie der Stiftung Klimawirtschaft oder der Renewable Grid Initiative. Immer intensiver wird auch die Kooperation mit der Stiftungsplattform F20, die Klima- und Nachhaltigkeitsziele in den G20-Ländern voranbringt. Darüber hinaus kooperieren wir eng mit einer Vielzahl nationaler und internationaler NGOs.

## **Bedarfsorientierte Anpassung und angemessenen Umgang mit Schäden und Verlusten im Sinne der Verletzlichsten voranbringen und Maßnahmen geschlechtersensitiv und menschenrechtsbasiert umsetzen**

*Umgang mit Schäden und Verlusten erfordert angemessene Unterstützung. Germanwatches Beitrag zur internationalen Finanzarchitektur dient Ärmsten und Verletzlichsten bei Glasgow Dialogue als Referenz für Verhandlungen.*

Die ärmsten und verletzlichsten Länder und Menschen sind besonders von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen. Durch den russischen Angriffskrieg und damit zusammenhängende wirtschaftliche Konsequenzen sehen sich viele von ihnen nun zusätzlich mit einer verschärften Ernährungskrise konfrontiert. Vor allem die eigene landwirtschaftliche Produktion leidet oftmals schon jetzt unter dem Klimawandel. Um einer weiteren Verschlimmerung vorzubeugen, braucht es eine gesamtgesellschaftliche Resilienz, die speziell auch die Anpassung im landwirtschaftlichen Sektor einbezieht. Germanwatch setzt sich deshalb im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen sowie in anderen internationalen Foren wie den G7 dafür ein, dass der Anteil der Klimafinanzierung für Anpassungsmaßnahmen erhöht wird und darüber hinaus explizit Finanzmittel für den Umgang mit Schäden und Verlusten bereitgestellt werden.

Einen wichtigen Beitrag, um das Thema in der Öffentlichkeit und politisch voranzubringen, liefert die von Germanwatch unterstützte Klimaklage des peruanischen Bergbauern und Bergführers Saúl Luciano Lliuva gegen RWE. Im Mai 2022 besuchten Vertreter:innen des Oberlandesgerichts Hamm die Lagune Palcacocha auf 4.500 Metern Höhe und das von Überflutungen durch Gletscherabbrüche in die Lagune bedrohte Haus der Kläger.

Bereits über 50 % der Gletschermasse in den peruanischen Anden ist verschwunden ist. Seit den 1970er-Jahren hat sich das Wasservolumen des Gletschensees um das 34-fache vergrößert. Die zentrale Ursache hierfür ist der menschengemachte Klimawandel. Die Gefahr für etwa 50.000 Menschen in Huaraz ist groß, dass Teile des Gletschers herabstürzen oder Felsmassen, die durch den tauenden Permafrost abrutschen, gewaltige Flut- und Schuttwellen auslösen, so wie dies bei nahe gelegenen Seen bereits der Fall war.

Die vom Gericht bestellten Expert:innen werden nun ein Gutachten verfassen und vorlegen. Danach haben die Prozessbeteiligten Zeit, darauf zu reagieren. Wahrscheinlich wird es eine mündliche Verhandlung geben, um das Gutachten zu diskutieren. Kommt das Gericht zum Entschluss, dass ein rechtlich relevantes immanentes Risiko besteht, wird die zweite Beweisfrage analysiert: ob das Risiko aufgrund des wesentlichen Beitrags des Konzerns zum Klimawandel teilweise RWE zugeordnet werden kann. Ein wichtiger Präzedenzfall gegen RWE, den größten historischen Emittenten Europas, könnte sich hier anbahnen.

Germanwatch hat zum Thema „Loss & Damage“ zusätzlich eine Vielzahl von Diskussionsbeiträgen, Blogs etc. erarbeitet, um die relevanten Debatten – wie bspw. zur G7-Initiative zur Einrichtung eines Globalen Schutzschirms gegen Klimarisiken – kritisch-konstruktiv zu begleiten. Wir haben Vorschläge entwickelt, wie die G7 verwundbare Länder durch umfassende Lösungen der Klimarisikofinanzierung, die sowohl ökonomische als auch nicht-ökonomische Risiken und Schäden abdecken, unterstützen können, u. a. im Rahmen eines gemeinsamen Positionspapiers mit Oxfam und CARE, und auch im Zuge unseres Engagements im C7-Prozess der Zivilgesellschaft. Mit unserer senegalesischen Partnerorganisation ENDA haben wir Optionen der Klimarisikofinanzierung für langsam voranschreitende Klimawandelfolgen (z. B. den Meeresspiegelanstieg) analysiert und aufgezeigt, wie diese Optionen gleichzeitig in Bezug auf Extremwetterereignisse funktionieren könnten. Diese Arbeit entstand im Rahmen einer Multi-Akteurs-Partnerschaft im Kontext der InsuResilience-Partnerschaft von 118 verletzlichen Entwicklungsländern. In sieben Ländern unterstützen solche Partnerschaften die Entwicklung und Umsetzung von Instrumenten zur Klimarisikofinanzierung. Hierzu gehört die Identifikation besonders gefährdeter Personengruppen, zweitens die Beteiligung dieser Gruppen an der Planung und drittens die Schaffung wirksamer Beschwerdemechanismen. Weiter haben wir auf die bestehenden Schutz- und Finanzierungslücken aufmerksam gemacht und uns damit befasst, welche Maßnahmen zum Umgang mit Schäden und Verlusten heute schon durch die Fonds der Finanzarchitektur der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) finanziert werden und zugleich damit, welche bestehenden Lücken geschlossen werden müssen.

Mit wachsender wissenschaftlicher Evidenz kann die Bedeutung des Klimawandels für die Verstärkung einzelner Extremwetterereignisse identifiziert werden. Die Intensität und Häufigkeit dieser Ereignisse nimmt zu. Mit dem globalen Klima-Risiko-Index (KRI) zeigt Germanwatch seit mehr als 15 Jahren medienwirksam auf, welche Länder besonders von der steigenden Zahl und Heftigkeit von Wetterextremen betroffen sind. Leider konnte der KRI 2022 nicht erstellt werden, da die zugrundeliegenden Daten nicht länger in der notwendigen Qualität und im notwendigen Umfang kostengünstig zur Verfügung gestellt werden konnten. Eine Weiterführung des Index ist aber geplant, und Germanwatch arbeitet an Alternativen, um die Herausforderungen der Datenverfügbarkeit zu lösen.

Nicht nur beeinflusst die fortschreitende Klimakrise immer stärker die Entwicklung überall, und ganz besonders in armen Ländern der Tropen, es wurden wahrscheinlich bereits bei ersten Kippunkten irreversible Prozesse ausgelöst – etwa in Grönland und in der West-Antarktis. Aus diesem Grund intensivieren wir die Arbeit zur politischen Umsetzung von Vorsorge- und möglichen Reaktionsstrategien in Bezug auf ein Überschreiten der großen Klimakippunkte – wie etwa die beginnende Versteppung des Amazonas-Regenwaldes. Ein erstes Kurzpapier beschäftigt sich mit der Frage, wie mit einem Frühwarnsystem politisch und gesellschaftlich besser auf das Risiko des Erreichens bestimmter Kippunkte reagiert werden könnte.

## **Sozial-ökologische, menschenrechtsbasierte und gerechte Transformation, orientiert am 1,5 °C-Limit und an Treibhausgasneutralität, vorantreiben**

*Nachzügler beim Klimaschutz geraten dank Climate Change Performance Index öffentlich unter Druck.*

Seit der ersten Jahreshälfte 2022 bekam Deutschland seine dramatische Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und speziell von Gas aus Russland vor Augen geführt. Deutlich wurden auch die Versäumnisse in der deutschen Klimapolitik des letzten Jahrzehnts, aufgrund derer der Zubau von Solarenergieanlagen vor elf Jahren und von Windenergieanlagen vor fünf Jahren abgewürgt wurde und die Entwicklung hin zu mehr Energieeffizienz nicht zügig vorankam, während die Gasabhängigkeit weiter gefördert wurde.

Mit dem international stark beachteten Climate Change Performance Index (CCPI) bewertet Germanwatch seit 2005 jährlich öffentlichkeitswirksam die Angemessenheit und Umsetzung der Klimaschutzversprechen von mittlerweile 60 Ländern und der EU, die gemeinsam für mehr als 90 % der globalen Emissionen verantwortlich sind, und erzeugt so öffentlichen Druck für verbesserte Klimapolitik. Auch bei der COP26 im November 2021 erreichte der CCPI eine hohe Aufmerksamkeit bei politischen Entscheidungsträger:innen und der Presse. Die Relevanz des CCPI konnte unter anderem deshalb weiter gesteigert werden, weil auch Finanzmarktakteure den Index im Rahmen des Climate Proofings von Investitionen nutzen und damit zusätzlich der Druck des Finanzmarkts wächst, Klimaziele umzusetzen. Als Teil des Konsortiums Climate Transparency veröffentlicht Germanwatch gemeinsam mit seinen Partner:innen zudem den gleichnamigen Bericht. Dieser gibt den weltweit umfassendsten Überblick über den Stand der Klimapolitik in den G20-Staaten, die für rund 80 % der globalen Emissionen verantwortlich sind. Wir haben zudem separat die zunehmend an Bedeutung gewinnenden sektoralen freiwilligen Initiativen unter die Lupe genommen. Für drei Initiativen („Beyond Oil and Gas Alliance“, „Global Methane Pledge“ und „Glasgow Leaders’ Declaration for Forests and Land-Use“) entwickelten wir Forderungen, die dazu beitragen sollen, Greenwashing vorzubeugen und Transparenz zu erhöhen.

Der Angriffskrieg Russlands rückte auch unter der deutschen G7-Präsidentschaft die Energiesicherheit ins Zentrum. Zentral ist dabei der Konflikt, ob die Eindämmung der Klimakrise den Energiesicherheitsfragen untergeordnet wird, oder ob Energiesicherheit in den Kontext der Klimasicherheit eingegliedert wird und die Maßnahmen beides – Energie- und Klimasicherheit – befördern sollen. Während Außenministerin Annalena Baerbock den Klimawandel als „das größte Sicherheitsrisiko“ bezeichnet und die Energiesicherheit in diesen Kontext als einen wichtigen Unteraspekt einordnen will, sieht die Prioritätensetzung im Kanzleramt und noch stärker im Finanzministerium bisher anders aus. Germanwatch hat die diesjährige deutsche G7-Präsidentschaft eng begleitet und sich mit seinen Partner:innen für die Dekarbonisierung des Stromsektors, den Abbau der Subventionen für fossile Energieträger, das Ende des Verbrennungsmotors, grünen Wasserstoff und einen ambitionierten, inklusiven Klimaclub eingesetzt. Auch nach dem Gipfel in Elmau drängen wir weiter auf einen klaren Prüfprozess, der verhindern soll, dass neue kurzfristige Investitionen für Kohle und Flüssiggas längerfristige Abhängigkeiten schaffen und den Weg untergraben, der die globale Erwärmung unterhalb der Großgefahrsschwelle von 1,5 °C begrenzt.

Auch in Bezug auf die indonesische G20-Präsidentschaft – der Gipfel findet im November statt – setzen wir konstruktive Akzente, indem wir den bi- und multilateralen zivilgesellschaftlichen Dialog und die gezielte Vernetzung fördern. Im Fokus stehen Energiewende, sozialgerechte Energiewendepartnerschaften, Accountability sowie die Schnittstelle zwischen Klima- und Artenschutz. Oft kooperieren wir dabei mit dem Stiftungsnetzwerk F20, das in den G20-Ländern Klimaschutz und Nachhaltigkeit voranbringt.

Zudem engagieren wir uns für die Energiewende in Afrika und Indien. In Afrika liegt unser Schwerpunkt darauf, Kapazitäten in der Zivilgesellschaft zu stärken und gemeinsame Strategien und Positionen zu grünem Wasserstoff, netzfernen regenerativen Energiesystemen, oder auch zu bi- und multilateralen Partnerschaften zu entwickeln. Mit unseren Partner:innen haben wir zum Beispiel ein Positionspapier zu Prinzipien und Kriterien für die Produktion von grünem Wasserstoff in Afrika entwickelt, es mit deutschen und europäischen Entscheidungsträger:innen diskutiert und die Ausgestaltung der EU-Afrika-Strategie begleitet. In der EU-Afrika-Initiative für grüne Energie ist auch dank unseres Engagements die Rolle der Zivilgesellschaft gestärkt. In Marokko konnten wir unsere Partnerorganisation bei der Umsetzung eines Pilotprojekts unterstützen, das das lokale Solarpotenzial und die Wettbewerbsfähigkeit von Photovoltaiksystemen nutzt. Im Dialog mit der ägyptischen Präsidentschaft des nächsten Klimagipfels (COP 27) im November 2022 haben wir uns u. a. für eine starke Rolle der internationalen, afrikanischen und ägyptischen Zivilgesellschaft stark gemacht.

Germanwatch arbeitet auch mit den beiden für die Entwicklung der globalen Emissionen wichtigsten Schwellenländern: China und Indien. China ist klimapolitisch ein zentraler Akteur für das Erreichen des Ziels von weltweit Netto-Null-Emissionen bis Mitte des Jahrhunderts. Schärft China sein für 2030 angestrebtes Ziel nicht nach, wird das globale 1,5 °C-Limit gerissen. Zugleich wird China etwa 2025 oder 2026 die EU, was die historischen Emissionen angeht, überholen. Germanwatch fördert den zivilgesellschaftlichen Austausch und Vorschläge für die Präzisierung der deutschen Klimaaußenpolitik gegenüber China. Diese ist im Lichte des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und der drohenden Verwerfungen durch globale Nahrungs- und Rohstoffkrisen noch stärker gefordert.

Mit Indien hat Deutschland im Mai eine bilaterale „Partnerschaft für Nachhaltige und Grüne Entwicklung“ geschlossen. Beim G7-Gipfel im Juni in Elmau wurde angekündigt, diese durch eine multilaterale Partnerschaft für eine faire Energietransition (JETP) der G7 mit Indien zu ergänzen. Wenn es gut läuft, könnte sie schon beim UN-Klimagipfel in Ägypten im November 2022 vorgestellt werden. Diese zwei Partnerschaften mit Indien stellen eine neue Ebene der tieferen, ambitionierteren Kooperation dar. Germanwatch begleitet beide eng, gemeinsam mit seinen indischen zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen. Dies ist umso wichtiger, da unsere indischen Partner:innen seit einigen Jahren häufig eine Einschränkung ihrer Rechte und ihres Handlungsspielraums erleben.

## **Finanzflüsse kompatibel mit einer Transformation zur emissionsarmen und resilienten Wirtschaft und Gesellschaft sowie einer menschenrechtsbasierten Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele gestalten**

*Germanwatch verteidigt das Ende internationaler öffentlicher Finanzierung für fossile Energien soweit möglich gegen Aufweichungsversuche. Deutsche Schlüsselakteure votieren gegen Gas und Atom in der EU-Taxonomie – trotzdem wird beides letztlich als „grün“ gelabelt.*

Artikel 2.1c des Pariser Klimaabkommens fordert die Transformation der globalen Finanzflüsse, um die Temperatur- und Resilienzziele des Abkommens erreichen zu können. Ohne eine entsprechende Umschichtung der globalen Finanzflüsse lassen sich weder die Klima- noch die Resilienzziele erreichen. Klimakompatible Finanzströme sind ein unverzichtbarer Hebel für den nachhaltigen Umbau der Wirtschaft. Die öffentlichen und privaten Finanzflüsse für Investitionen in fossile Energieträger sind laut IPCC immer noch größer als die für Klimaschutz- und -anpassung.

Auf nationaler Ebene hat sich Germanwatch durch Factsheets, bilaterale Gespräche und Argumentationshilfen für eine ambitionierte Verankerung einer Sustainable-Finance-Strategie im Koalitionsvertrag eingesetzt. Germanwatch wird auch in dieser 20. Legislaturperiode im

Sustainable-Finance-Beirat der Bundesregierung als ständiger Beobachter vertreten sein. Wir haben zudem den aktuellen Umsetzungsstand des Artikels 2.1c in Deutschland und der EU analysiert. Dabei zeigte sich, dass in den vergangenen Jahren eine Reihe wichtiger Regulierungen und Instrumente angestoßen wurden – darunter die EU-Taxonomie und die Neuauflage der Nachhaltigkeits-Berichtspflicht (Corporate Sustainability Reporting Directive – CSRD). Aber es wird nun an der konkreten Ausgestaltung und an Weiterentwicklungen liegen, ob die entscheidenden Schritte in Richtung Paris-Kompatibilität erreicht werden. In diesem Kontext gab es bereits intensive Auseinandersetzungen um die Klassifizierung von Gas und Atom in der EU-Taxonomie. Germanwatch versuchte zunächst die Regierung davon zu überzeugen, dass Gas- und Atomkraftwerke nicht grün sind – dies noch vor Beginn des Krieges – und anschließend die Mitglieder des europäischen Parlaments. Hierzu griffen wir auf offene Briefe, Gespräche und das europäische Partnernetzwerk zurück. Gemeinsam mit der an Gemeinwohlzwecken orientierten Anwaltskanzlei Frank Bold hat Germanwatch zudem eine Briefing-Serie zu den EU-Offenlegungsvorschriften entwickelt. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU).

Um Sustainable Finance auch im G20-Prozess voranzubringen – sowohl auf politischer Ebene innerhalb der G20 als auch auf nationaler Ebene –, haben wir gemeinsam mit F20 eine Expert:innen-gruppe zu diesem Thema gegründet. Erste Sitzungen betrachteten die Themen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung und der Transformationsfinanzierung. Anders als im Klimaschutzbereich gibt es zur Sustainable-Finance-Regulierung in der G20 bislang keine Rahmenwerke, die es erlauben würden, die Politik einzelner Staaten schnell und einfach zu vergleichen, und somit auch „Peer Pressure“ aufzubauen. Deshalb hat Germanwatch mit unserer Partnerorganisation Humboldt Viadrina Governance Platform einen Vorschlag für ein solches Rahmenwerk entwickelt. Erste Pilotländer zur möglichen Anwendung des Rahmenwerks sind Argentinien, Deutschland und Indien.

Schlüsselakteure in der Transformation sind Entwicklungsbanken – bi- und multilaterale. Die multilateralen Entwicklungsbanken haben zur COP26 eine gemeinsame Methodologie für die Ausrichtung ihrer direkten Investitionen am Pariser Klimaabkommen präsentiert. An die Banken sowie ihre souveränen Anteilseigner, darunter Deutschland, hat Germanwatch gemeinsam mit Partnerorganisationen Empfehlungen gerichtet, um dieses Vorhaben zu befördern. Hierzu wurden Vorschläge für die Methodologien bezüglich indirekter Investitionen (Reformfinanzierungen oder solche über Finanzintermediäre) erarbeitet. Mit asiatischen Partnerorganisationen entwickelt Germanwatch Vorschläge für die Implementierung in Bezug auf die Asiatische Infrastrukturinvestitionsbank (AIIB) und stärkt die Kapazitäten unserer zivilgesellschaftlichen Partner in den Empfängerländern von AIIB-Investitionen. Auf bilaterale Ebene haben wir zudem die Kompatibilität der KfW mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens analysiert. Dabei haben wir die KfW mit koreanischen Entwicklungs- und Exportbanken verglichen. Hintergrund dieses Vergleichs war die große strukturelle Überschneidung der relevanten Institutionen sowie der häufige Blick Koreas auf Deutschland bei der Gestaltung eigener Maßnahmen.

## **Substanzielle Erhöhung der vorhersehbaren Klimafinanzierung über 100 Milliarden USD hinaus bis 2025, um den Bedürfnissen der Verletzlichsten gerecht zu werden**

*Direkter Zugang zu Klimafinanzierung ist für den globalen Süden essentiell. Er fördert Ownership und lokale Kapazitäten. Germanwatch hat dies in der COP26-Arbeitsgruppe vorangetrieben und die Debatte maßgeblich geprägt. Jetzt gilt es, Empfehlungen umzusetzen.*

Die Ärmsten und Verletzlichsten befinden sich in einer Situation, in der die Kaskade an Krisen vorherige Erfolge in der Armutsbekämpfung ernsthaft in Gefahr bringt. Auf Englisch spricht man von den vier C (**C**onflicts, **C**limate, **C**osts, **C**orona), die die Resilienz der Weltgesellschaft



untergraben. Kriege – nicht nur der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine – und Bürgerkriege, immer heftigere Wetterereignisse im Kontext der Klimakrise, die steigende Schuldenlast und unterbrochene Lieferketten u. a. aufgrund der Corona-Krise lassen die Kosten vor allem für Nahrung und Energie explodieren. Höhere Preise für fossile Energien verbessern zwar einerseits die Wettbewerbsbedingungen für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz, schränken aber andererseits die Möglichkeiten ärmerer Länder ein, aktiv Klimaschutz zu betreiben. Angesichts dieser entscheidenden Weichenstellung – mehr oder weniger Klimaschutz – wiegt es umso schwerer, dass Industrieländer die 2009 getätigte Zusage, ab 2020 jährlich 100 Milliarden USD zu mobilisieren, bis heute nicht erfüllt haben. Darüber hinaus stellt der geringe Anteil an Anpassungsfinanzierung bei vielen Industrieländern sowie der hohe Anteil von Krediten an der internationalen Klimafinanzierung die Länder vor weitere Herausforderungen. Insbesondere bei der Finanzierung für Anpassung sowie zum Ausgleich von Schäden und Verlusten sind Kredite hochproblematisch, weil mit den finanzierten Maßnahmen zwar Kosten vermieden, aber keine Einnahmen erwirtschaftet werden.

Germanwatch bringt sich aktiv in die Diskussion darum ein, dass Klimafinanzierung an den Bedürfnissen der besonders vulnerablen Bevölkerungsgruppen ausgerichtet sowie der direkte Zugang für Länder und Akteure des globalen Südens vereinfacht und verbessert werden soll. Hierbei leisten wir wichtige Debattenbeiträge zu quantitativen und qualitativen Fragen der internationalen Klimafinanzierung, insbesondere im Rahmen des UNFCCC-Verhandlungsprozesses und gegenüber der deutschen Regierung.

Germanwatch verfolgt diesbezüglich einen zweigleisigen Ansatz: Einerseits engagieren wir uns auf der Ebene der Geldgeber, insbesondere in Deutschland. Wir stellen sicher, dass die bisherigen Zusagen eingehalten werden und neue Zusagen und Ziele ausreichend ambitioniert sind. Unsere Bemühungen umfassen Gespräche mit Mitarbeiter:innen verschiedener Ministerien, Forderungsbriefe sowie das Engagement in Arbeitsgruppen und im Rahmen von Publikationen. Zu letzteren zählen Empfehlungen zum Verhandlungsprozess hinsichtlich des neuen Klimafinanzierungsziels für den Zeitraum nach 2025 sowie Impulse für die Verbesserung der internationalen Klimafinanzierung im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft. In der Arbeitsgruppe, die sich unter der Schirmherrschaft der britischen COP26-Präsidentschaft mit dem Zugang zu Klimafinanzierung befasst, haben wir die bei der COP26 veröffentlichten Empfehlungen wirkungsvoll mitgestaltet.

Andererseits arbeiten wir daran, dass die Finanzierungsmechanismen der UNFCCC, insbesondere der Grüne Klimafonds (GCF) und der Anpassungsfonds (AF), Projekte finanzieren, die sich an den Bedürfnissen der besonders verletzlichen Bevölkerungsgruppen orientieren. Um dies sicherzustellen, engagieren wir uns dafür, dass lokale zivilgesellschaftliche Organisationen im globalen Süden Handlungsfähigkeit und personell-fachliche Kapazitäten zu Klimafinanzierungsprozessen in ihrem Land und zu den Klimafonds aufbauen. Hierzu sind wir im zivilgesellschaftlichen Netzwerk des Grünen Klimafonds vertreten und haben die Institutionalisierung des zivilgesellschaftlichen Netzwerks des Anpassungsfonds vorangetrieben. Mit unseren Partner:innen schlagen wir so eine Brücke zwischen den lokalen Erfahrungen zu Anpassungsprozessen in den jeweiligen Ländern und den internationalen Klimaverhandlungen. Darüber hinaus berät Germanwatch UNFCCC-Verhandler:innen aus der Gruppe der am wenigsten entwickelten Ländern zu den Klimafonds und weiteren wichtigen Klimafinanzierungsthemen. Unsere Arbeit erfolgt auch dabei auf der Grundlage wissenschaftlicher Arbeit. So haben wir analysiert, inwieweit die Klimafonds ihre Anpassungsprojekte weit besser als bisher auf kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KKMU) im globalen Süden ausrichten können, um besseren Zugang zu den besonders Betroffenen zu erreichen, und zugleich mit dem Ziel, weitere finanzielle Ressourcen für die Anpassung an den Klimawandel durch diese Akteure zu mobilisieren.

## **Wirksame, transformative und menschenrechtsbasierte (Multi-Akteurs-)Partnerschaften initiieren, um Herausforderungen der Klimakrise zu begegnen**

*Germanwatch erreicht beim EU-AU-Gipfel, dass die Zivilgesellschaft zukünftig die afrikanische Energiewende offiziell mitgestaltet.*

Mit der expliziten Ankündigung einer deutschen Klimaaußenpolitik und damit verbundenen Klima- und Energiepartnerschaften im Koalitionsvertrag zwischen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP rückt das Klimathema über die UN-Klimaverhandlungen hinaus verstärkt ins Zentrum bi- und plurilateraler Beziehungen. Dies ist in der ersten Dekade der Umsetzung nach Abschluss des Pariser Abkommens (2015) extrem wichtig. Unter der deutschen G7-Präsidentschaft haben sich auch die G7-Staaten verpflichtet, Entwicklungs- und (die ärmeren) Schwellenländer beim Erreichen der Ziele des Pariser Klimaabkommens zu unterstützen und dazu Partnerschaften für eine sozial gerechte Energiewende auszubauen. In Anbetracht des hohen Drucks, sich von russischen Energieträgern loszusagen, und der durch die hohen Preise für fossile Energien veränderten Wettbewerbsverhältnisse gewinnen Energie- und Wasserstoffpartnerschaften mit Ländern des globalen Südens an zusätzlicher Dynamik. Entscheidend ist, dass dabei statt Gas erneuerbare Energien und fair erzeugter grüner Wasserstoff im Fokus stehen.

Um wirksam Einfluss auf die Ausgestaltung der Partnerschaften zu nehmen und die Idee der Paris-Partnerschaften auf deutscher, europäischer und G7-Ebene zu stärken, koordinieren wir uns in zivilgesellschaftlichen Netzwerken. So begleiteten wir zum Beispiel gemeinsam mit einem Netzwerk afrikanischer und europäischer Organisationen die angestrebte enge Partnerschaft im Rahmen der EU-Afrika-Strategie. Gemeinsam mit einem Organisationsnetzwerk mit Beteiligten aus Indien, Indonesien und Südafrika setzen wir uns einerseits dafür ein, dass die Partnerschaft für eine gerechte Energiewende in Südafrika effektiv und partizipativ umgesetzt wird. Dabei loten wir andererseits mit unseren Partnern aus, welche Lektionen die Zivilgesellschaft aus dem südafrikanischen Modell ableiten kann, um bei ihren eigenen Partnerschaften in Indien und Indonesien sowohl eine bestmögliche Mitwirkung als auch eine wirkungsvolle und faire Ausgestaltung zu erreichen. Außerdem begleiten wir die deutsche Regierung konstruktiv-kritisch bei der „Partnerschaft für Grüne und Nachhaltige Entwicklung“ und der G7-JETP mit Indien.

Neben den Partnerschaften zwischen Regierungen liegt ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit auf dem Aufbau von wirksamen und transformativen Multi-Akteurs-Partnerschaften (MAPs) innerhalb solcher Länder. Seit 2017 unterstützt und begleitet Germanwatch lokale Partnerorganisationen in Indien, Kenia, dem Senegal, Marokko, dem Kosovo und der Ukraine beim Aufbau von insgesamt sieben MAPs auf lokaler, nationaler bzw. multinationaler Ebene. Im Mittelpunkt steht hier eine Systemtransformation – zum Erhalt der Lebensgrundlagen und für mehr globale Gerechtigkeit. Ihren thematischen Fokus legen die MAPs auf eine nachhaltige Energieversorgung, die gerechte Finanzierung der Transformation und das Management sowie die Finanzierung von Klimarisiken.

### **Ausblick**

Die Ziele des Teams Internationale Klimapolitik für 2025 haben weiter Bestand. In den bewährten fünf Clustern führen wir unsere Arbeit zu den drei Pariser Langfristzielen (Klimaschutz, Resilienz, Umschichtung der Finanzströme), zur öffentlichen internationalen Klimafinanzierung sowie zur Umsetzung von Partnerschaften fort. Durch die Konsequenzen des russischen Angriffskrieges zeichnen sich eine größere Dringlichkeit und eine veränderte Argumentationsstruktur für das Erreichen unserer Ziele ab. Aber die Ziele bleiben.

Denn die zweite Hälfte 2022 und 2023 werden darüber entscheiden, wohin die Kompassnadel bei der Zeitenwende zeigt: mehr Ambition und schnellere Umsetzung der Transformation oder

das Gegeneinanderauspielen von Energiesicherheit und Klimasicherheit und damit ein Wiedererstarken (bzw. eine verlangsamte Reduzierung in der Nutzung) fossiler Energieträger und damit das baldige Reißen des 1,5 °C-Temperaturlimits. Der Schlüssel zum positiven Ausgang wird die Neuinterpretation von Sicherheitspolitik im Licht des Klimawandels sein. Das an einem 1,5 °C-Temperaturlimit orientierte Handeln, die Anpassung an den Klimawandel sowie der Umgang mit Schäden und Verlusten müssen zentrale Elemente einer zukünftigen Sicherheitspolitik sein. Es braucht eine Klimaaußenpolitik, die gemeinsame bzw. kollektive Sicherheit ins Zentrum stellt. Diese lässt sich nur durch Kooperation und nicht durch Säbelrasseln oder Konfrontation erreichen. Das gilt auch für die menschliche Sicherheit, etwa in den Bereichen Ernährung, Wasser oder Gesundheit. Da Frauen ganz besonders von der Klimakrise betroffen sind und vielerorts eine zentrale Rolle für deren Eindämmung spielen, bedarf es einer feministischen Außenpolitik. Die Klimaaußenpolitik muss den deutschen diplomatischen Apparat mit ausreichend Ressourcen zur Bearbeitung dieser Herausforderungen ausstatten, den Ärmsten und Verletzlichsten weitreichende Unterstützung anbieten und integrativer Bestandteil einer europäischen Klimaaußenpolitik sein, die auf Werten und Menschenrechten basiert.

Ein wichtiger Lackmustest wird die „afrikanische“ COP27 in Sharm al-Sheikh, Ägypten, sein. Die ägyptische Präsidentschaft will bei der COP einen Schwerpunkt auf Umsetzung legen – also müssen die Staaten zeigen, dass den Versprechen von der COP26 und den dort vorgestellten freiwilligen Initiativen Taten gefolgt sind. Entsprechend den eng miteinander verflochtenen Krisen wird die COP27 auch eine Antwort auf die Frage finden müssen, wie Klimaschutz im Zusammenspiel mit Ernährungs- und Energiesicherheit gestärkt wird. Dies wird nur mit ernsthafter Solidarität der Industrieländer funktionieren – anders als bei der Antwort auf die Corona-Pandemie muss sie dieses Mal der Herausforderung angemessen sein. Dies bedeutet, dass das 100-Milliarden-Versprechen sobald wie möglich erfüllt wird und dass progressive Industrie- und Entwicklungsländer gemeinsam an Pilotlösungen für Schäden und Verluste arbeiten. Angesichts der neuen Polarisierungen durch den russischen Krieg gegen die Ukraine und die wachsenden Spannungen zwischen den USA und China ist es sehr offen, wie konstruktiv die COP27 ablaufen wird.

Mit den JETP entsteht ein neues Modell zur Zusammenarbeit für die Transformation, das sehr wirkungsvoll werden kann, sofern es richtig gestaltet wird. Diese Kooperation zum schnellen Hochfahren erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz ist ein Zukunftsangebot und muss an die Stelle gefährlicher Investitionen in Kohle und fossiles Gas treten. Wie ambitioniert die globale Klimaschutzagenda aussehen wird, wird nicht zuletzt von den Wahlergebnissen in den USA (Mid-terms), in Brasilien und Italien abhängen, ganz zu schweigen von der fortlaufenden Kriegsentwicklung.

Germanwatch wird diese Prozesse – wie gewohnt – eng begleiten und erfährt dabei Unterstützung durch unser breites zivilgesellschaftliches Netzwerk. Die Fortentwicklung der deutschen und auch der EU-Klimaaußenpolitik wird im Zentrum stehen. Darin subsummiert sind viele Schlüsselbereiche wie die internationale Klimafinanzierung, der Umgang mit Schäden und Verlusten, die Rolle der G7 und der G20, aber auch Klima- und Energiepartnerschaften. Darüber hinaus ist klar, dass keine Transformation nur mit öffentlichen Geldern möglich ist. Während für Anpassung hauptsächlich öffentliche Gelder notwendig sind, muss der ganz überwiegende Teil der Finanzierung des Klimaschutzes – mit geeigneter Rahmensetzung – privat erfolgen. Wir werden uns weiterhin für ambitionierte Sustainable-Finance-Rahmensetzung in Deutschland, Europa und der Welt engagieren, unter anderem gemeinsam mit der Stiftungsplattform F20.

## Teamziele 2020–2025: Internationale Klimapolitik (IKP)

<p style="text-align: center;"><b>Klimaschutz</b></p> <p>Länder befinden sich auf einem Pfad der sozial-ökologischen, menschenrechtsbasierten und gerechten Transformation zu 1,5 °C und Treibhausgasneutralität</p> <p>Transformation von Energiesystemen weltweit vorantreiben</p> <p>Umsetzung wissenschaftsbasierter, 1,5°C-kompatibler nationaler Klimapläne fördern</p> <p>Durch Climate Change Performance Index und Climate Transparency Report zu Peer-to-peer-Druck beitragen</p> <p>Unter deutscher G7-Präsidentschaft 2022 eine ambitionierte Klima- und Energiepolitik verankern</p> <p>Fachexpertise zu negativen Emissionen, Nature-based Solutions und „Overshoot“-Szenarien ausbauen</p>	<p style="text-align: center;"><b>Resilienz</b></p> <p>Voraussetzungen für transformative Anpassung und angemessenen Umgang mit Schäden und Verlusten im Sinne der Verletzlichsten sind geschaffen, und Maßnahmen werden geschlechtersensitiv und menschenrechtsbasiert umgesetzt</p> <p>Notwendige Voraussetzungen für die Verletzlichsten zum angemessenen Umgang mit Klimawandelfolgen schaffen</p> <p>Mit dem Klimarisikoindex die Bewusstseinsbildung für Betroffenheit von Klimafolgen und Notwendigkeit des Handelns ausbauen</p> <p>Breite Öffentlichkeit für angemessenen Umgang mit klimawandelbedingter Migration und Vertreibung sensibilisieren</p> <p>Begleitung des Ortstermins zur Beweisaufnahme in Huaraz und weitere Unterstützung der Klage von Saúl Luciano</p>	<p style="text-align: center;"><b>Lenkung der Finanzströme</b></p> <p>Finanzflüsse sind kompatibel mit einer Transformation zur emissionsarmen und resilienten Wirtschaft und Gesellschaft sowie einer menschenrechtsbasierten Umsetzung der SDGs</p> <p>Beiträge leisten, dass Entwicklungsbanken robuste Kriterien für Ausrichtung aller Investitionen an den Pariser Klimazielen präsentieren</p> <p>Ausschluss der Finanzierung fossiler Energieträger in der Entwicklungs- und Exportfinanzierung durch die Bundesregierung erwirken</p> <p>Ambitionierte Sustainable-Finance-Agenda in Koalitionsvertrag und 100-Tage-Programm der neuen Bundesregierung durchsetzen (EU-Taxonomie, CSRD, Mittelverwendung an Paris ausgerichtet)</p> <p>Sustainable-Finance-Agenda in deutscher G7-Präsidentschaft prominent verankern und im G20-Kontext stärken</p>
<p style="text-align: center;"><b>Finanzierung</b></p> <p>Substanzielle Erhöhung der vorhersehbaren Klimafinanzierung über 100 Milliarden USD hinaus bis 2025 ist erzielt und trägt den Bedürfnissen der Verletzlichsten Rechnung</p> <p>Für Verhandlungen über ein neues Klimafinanzierungsziel ab 2025 sind Prozesse zur Zielfestlegung und konkrete Elemente definiert.</p> <p>Zugang zu Anpassungsfinanzierung und die Hebelung privater Anpassungsfinanzierung durch relevante Wissensbeiträge stärken</p> <p>Erhöhung des Anteils der Klimafinanzierung in Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen über das jetzige Niveau hinaus einfordern</p> <p>Die Rolle der Zivilgesellschaft und den direkten Zugang der Entwicklungsländer zur Klimafinanzierung stärken</p>	<p style="text-align: center;"><b>Partnerschaften</b></p> <p>Wirksame, transformative und menschenrechtsbasierte (Multi-Akteurs-) Partnerschaften sind initiiert, um Herausforderungen der Klimakrise zu begegnen</p> <p>Empowerment und Ownership von Süd-NGOs für Umsetzungsinitiativen stärken</p> <p>Förderung von Multi-Akteurs-Prozessen und zivilgesellschaftlichen Netzwerken umsetzen</p> <p>Bi- und multilaterale Partnerschaften für die Umsetzung des Paris-Abkommens und der SDGs initiieren und vorantreiben</p> <p>Erfahrung aus Partnerländern in die deutsche, europäische und internationale Klima-, Energie- und Entwicklungspolitik hineinbringen</p>	

## Mitarbeiter:innen

	<b>David Ryfisch</b> Teamleiter		<b>Rixa Schwarz</b> Teamleiterin		<b>Bertha Argueta</b> Referentin für Klimafinanzierung und Entwicklung
	<b>Jan Burck</b> Referent für Klimaschutz & Energie, Projektleiter Klima-Indizes		<b>David Eckstein</b> Referent für Klimafinanzierung und Investitionen		<b>Sophie Fuchs</b> Referentin für Entwicklungsbanken und Klima (bis 08/2022)
	<b>Dr. Anja Carolin Gebel</b> Referentin für Entwicklungsbanken und Klima		<b>Alexandra Goritz</b> Referentin für G7, Klimaschutz und Finanzierung		<b>Julia Grimm</b> Referentin für Klimafinanzierung und Anpassung
	<b>Christoph Hoffmann</b> Referent für klimakompatible Finanzflüsse (seit 11/2021)		<b>Vera Künzel</b> Referentin für Anpassung an den Klimawandel und Menschenrechte		<b>Franziska Marten</b> Referentin für klimakompatible Finanzflüsse
	<b>Mariana Inés Micozzi</b> Referentin für internationale klimakompatible Finanzflüsse (seit 10/2021)		<b>Kerstin Opfer</b> Referentin Energiepolitik & Zivilgesellschaft – Afrika und Naher Osten		<b>Giovanni Maurice Pradipta</b> Referent für deutsch-indonesische Zivilgesellschaftsdialoge (seit 03/2022)
	<b>Laura Schäfer</b> Referentin für Klima-Risikomanagement; Kordinatorin für Klimaaußenpolitik und G7		<b>Thea Uhlich</b> Referentin für Klimaschutz und Energie		<b>Martin Voß</b> Referent für Klimadiplomatie und Kooperation – Asien/ China
	<b>Meret Karenfort</b> Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2021/2022 (bis 08/2022)		<b>Ana Tamblyn</b> Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2021/2022 (bis 08/2022)		<b>Monica Tavares Krause</b> Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2022/2023 (seit 08/2022)

Mit Unterstützung von: Kuat Abeshesv, Magdalena Bachinger, Leonie Louise Beaucamp, Felix F., Pia Jorks, Björk Esther Lucas, Nina Johanna Müller, Ann Yung Phang, Ronith Schalast.

Praktikant:innen im Berichtszeitraum: Magdalena Bachinger, Leonie Louise Beaucamp, Nele Bülow, Charlotte Dirks, Drew Langford, Jonas Reuther, Luisa Weber.

Verantwortlich seitens des Vorstands: Sven Harmeling, Ingmar Jürgens, Silvie Kreibiehl, Fiona Marker, Dr. Artur Runge-Metzger.

## Bildung für nachhaltige Entwicklung

Die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges zeigen sich auch in der Bildungsarbeit und führen bei Bildungsteilnehmenden wie auch bei Bildungsakteur:innen zu Fragen, auf die es zum Teil klare, manchmal auch unbequeme Antworten gibt, während auf andere keine einfache Antwort möglich ist. Einmal mehr zeigt sich, wie der Erhalt unserer Lebensgrundlagen, die Wahrung der Menschenrechte, die Stärkung der Demokratie sowie Frieden und Sicherheit miteinander verwoben sind und wie der konsequente und strategische Einsatz für eine Transformation hin zu einer nachhaltigen Zukunft vernetzt gedacht und angegangen werden muss. Gerade in der Bildungsarbeit erleben wir in diesen multiplen Krisen bei vielen Menschen ein „Jetzt erst recht“ hin zur Mitgestaltung der sozial-ökologischen Transformation und weg von den Abhängigkeiten von fossilen Energieträgern. Das UNESCO-Programm BNE2030 fordert von uns, auf nicht-nachhaltige Strukturen (ihre Akteure und ihre Finanzierungen) direkter einzuwirken. Dies bestärkt uns in unserem Bildungsansatz, Menschen zur Mitgestaltung zu befähigen, zu empowern und mit Handwerkszeug auszustatten.

Das BNE-Team konnte im letzten Jahr erleben, dass in vielen Bildungseinrichtungen ein Diskussionsprozess zur Weiterentwicklung hin zu politischeren und strukturverändernden Bildungsansätzen stattfand. Wir erleben diesen Paradigmenwechsel als auch von uns maßgeblich mit vorangetrieben. Dabei zeigt sich zunehmend, dass unsere Debattenbeiträge, Hintergrundpapiere<sup>39</sup> und Bildungsmaterialien<sup>40</sup> aus den letzten drei bis vier Jahren, in denen wir BNE und politische Bildung handlungsorientiert zusammenbringen, für viele Akteur:innen genau die Lücke füllen, auf die sie bei der stärkeren Verknüpfung der Themenfelder nun gestoßen sind.

Ein zweiter positiver Blick zurück ergibt sich, wenn man die Effekte unserer Bildungsarbeit in Zeiten multipler Krisen betrachtet. Zahlreichen Bildungsmultiplikator:innen konnten wir Handwerkszeug und Anregungen dazu mitgeben, wie sie Lernenden im schulischen und außerschulischen Kontext auf wirkungsvolle, resiliente und nicht-resignative Weise Handlungsoptionen vermitteln, diese im realen politischen Raum lernend einüben und anhand positiver Zukunftsbilder einen Wandel vorantreiben, auf den man sich freuen kann.



**Digitales Kick-Off-Treffen des Begleitprogramms „Handwerkszeug für Zukunftshandeln“ mit engagierten Gruppen aus NRW, März 2022**

<sup>39</sup> <https://www.germanwatch.org/de/19607>

<sup>40</sup> <https://www.handprint.de>

## Psychologie in der Transformation etablieren

*Wie können wir zum Handeln ermutigen anstatt zu resignieren? Wie können wir resilient und wirkmächtig auf globale Herausforderungen reagieren? Wir machen Erkenntnisse aus der Umwelt- und Sozialpsychologie für transformative Bildung und Engagement nutzbar.*

Im Dezember 2021 luden wir Bildungsmultiplikator:innen und Psycholog:innen zu einer Kreativ-Werkstatt zur Entwicklung neuer Bildungsformate ein. Dabei wurde diskutiert, wie (Umwelt-) Psychologie und Bildung (für nachhaltige Entwicklung) hinsichtlich der notwendigen Transformation in unserer Gesellschaft wirksamer werden können, auch indem die betreffenden Akteur:innen voneinander lernen und sich stärker verknüpfen. Zudem wurden Ansätze gesammelt, wie die stattfindende Verschiebung weg von einem Fokus auf Veränderungen des individuellen Konsumverhaltens, hin zum gemeinsamen strategischen Engagement in beiden Bereichen gestärkt und beschleunigt werden kann.



In Kooperation mit der Bildungsstätte Haus Wasser burghaben wirerneutStrategietageveranstaltet,dieses Mal zu der „Rolle von Emotionen in der Klimadebatte, BNE und gesellschaftlichen Veränderungsprozessen“. Gemeinsam mit vielen motivierten Engagierten aus dem Bereich Bildung und Nachhaltigkeit haben wir diskutiert, wie Klimakommunikation gelingen und was unsere Bildungsarbeit dazu beitragen kann. Wir haben Strategien und Methoden konzipiert, um Lernende zu ermutigen, hin zu einem wirksamen und resilienten Handeln zu kommen.

Das Interesse und der Bedarf an psychologischen Perspektiven auf eine individuell und gesellschaftlich transformative BNE wächst, und das BNE-Team nimmt hierzu regelmäßig Vortragsanfragen entgegen und bietet Veranstaltungen an (z. B. in Kooperation mit VENRO, KLJB, dem Erzbistum Köln, VNB, der Stiftung Umwelt & Entwicklung NRW, I Change School-Summit, der Stadt Aachen, der Stiftung Nord-Süd Brücken, Teachers for Future, BAGLOB, NUA NRW, der Climate Action Academy, Christival, youcoN, dem Klimahaus Bremerhaven, dem Dt. Institut für Erwachsenenbildung, der UNI Köln Fachdidaktik in den Naturwissenschaften u.v.m.).

## Handwerkszeug für Zukunftshandeln vermitteln

*Wir vermitteln Werkzeuge des Wandels und wissen: Transformation lernen und gestalten macht Spaß. Das unterstützen wir durch Austausch, Begleitung, Beratung und kollektives Handeln. Wir arbeiten mit an einem Wandel, auf den man sich freuen kann.*

Im Rahmen des Projekts „Handwerkszeug für Zukunftshandeln“<sup>41</sup> begleiten wir engagierte Gruppen aus NRW konkret in ihrem jeweiligen Nachhaltigkeits-Engagement und bieten ihnen bedarfsorientierte Workshops zu den Fragen, die sie gerade beschäftigen, an. Dabei geht es um praktische Fähigkeiten, wie das Entwickeln einer Kommunikationsstrategie, genauso wie um fachliche Impulse, z. B. zu Transformationsprozessen und -modellen. Die Teilnehmenden sind zwischen



**Germanwatch Referent:innen geben Workshops zum Handabdruck für engagierte und interessierte Gruppen**

<sup>41</sup> <https://www.germanwatch.org/de/zukunftshandeln>

16 und 60 Jahren alt und engagieren sich im Sinne des Handabdrucks (strukturveränderndes Engagement für gesellschaftliche und politische Rahmensetzungen auf verschiedenen Ebenen, die die notwendige Transformation voranbringen) für bleibend nachhaltigere Rahmenbedingungen, z. B. in ihrer Gemeinde, in ihrer Hochschule, in ihrem (Jugend-)Verband oder in ihrer Kommune.

## Den Handabdruck vergrößern

*Durch Bildung und Engagement wollen wir transformative Handabdrücke hinterlassen um gesellschaftliche Strukturen konstruktiv zu verändern. Wir empowern Lernende, indem wir zum Handeln inspirieren und befähigen. Gemeinsam entdecken und transformieren wir nicht-nachhaltige Strukturen.*



Immer deutlicher wird, dass Bildungsarbeit mit dem Fokus alleine auf den individuellen ökologischen und sozialen Fußabdruck weder transformativ noch empowernd ist. Die Auseinandersetzung mit dem sozial-ökologischen Fußabdruck sensibilisiert und kann persönliches Verhalten verändern. Sie kann aber nur ein Startpunkt sein, da u. a. breite Teile der Gesellschaft, vor allem solche mit großem Fußabdruck, damit kaum erreicht werden. Engagierte Menschen suchen nach anderen, wirkungsvolleren Herangehensweisen. Dadurch wird unsere Arbeit, die darauf abzielt, den Handabdruck zu vergrößern, der auf gesellschaftliche und politische Transformation abzielt, immer wichtiger und erfährt hohe Nachfrage und breite Wertschätzung.



Um praktische Hinweise für die Arbeit mit dem Konzept des Handabdrucks zu geben, haben wir das Bildungsmaterial „Dein Handabdruck für die Agrar- und Ernährungswende – Ein Do-It-Guide zum Loslegen“<sup>42</sup> veröffentlicht. Anknüpfend an den Do-It-Guide zur Ressourcenwende im Jahr davor, zeigen wir in dieser Broschüre Handlungsoptionen für ein wirkungsvolles Engagement im Bereich der Agrar- und Ernährungswende auf. Zusätzlich relevant im Hinblick auf die weltweite Ernährungskrise, verschärft durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, regt der Do-It-Guide dazu an, sich für eine nachhaltige Zukunft in diesem Bereich einzusetzen. **Dabei liegt der Fokus darauf, strukturveränderndes**

**Engagement in diesem Themenfeld greifbar zu machen und Interessierten so den Schritt ins wirkungsvolle Handeln zu erleichtern. Es werden Handlungsoptionen auf verschiedenen Ebenen vorgestellt: von Ideen für den eigenen Verein, die**



42 <https://www.germanwatch.org/de/20048>



**eigene Religionsgemeinschaft über Stadtteilprojekte bis hin zu bundesweit organisiertem Engagement.** Ergänzend bietet das zugehörige Aktionsposter<sup>43</sup> **Gruppen durch Checklisten, Tipps und Elemente zum Ausfüllen Unterstützung bei der strukturierten Ideensuche, der strategischen Planung und dem Schritt ins wirkungsvolle Handeln.**

Mit der **NRW-Fachpromotor:innenstelle Klima und Entwicklung** konnte das Team wieder viele Gruppen in ihrem entwicklungspolitischen Engagement beraten und begleiten. Im Zentrum des Interesses standen zum einen die besondere Betroffenheit verwundbarer Gruppen überall auf der Welt, verschärft durch ungerechte und (post)koloniale Strukturen, und zum anderen Mittel und Wege, wie man durch eigenes Engagement bleibend strukturelle Veränderungen im eigenen Umfeld und den jeweils höheren Ebenen erreichen und so an der Transformation mitwirken kann.

Unser Engagement in der **RENN.west (Regionale Netzstelle Nachhaltigkeitsstrategien West) des RNE** haben wir zum Ende des zweiten Halbjahres 2021 abgeschlossen. Bei mehreren Online-Fachveranstaltungen und mit Beiträgen zur RENN.west-ARENA 2021: „Hebel für die Transformation: Eine effektive Kreislaufwirtschaft jetzt in Schwung bringen“ im November 2021 konnten wir uns zuletzt noch in die Netzwerkarbeit einbringen.

## **Transformative Bildung für Nachhaltige Entwicklung weiterentwickeln**

*Wir gestalten BNE national und international und verankern sie strukturell. Gemeinsam mit Partnern in Deutschland und aus dem globalen Süden entwickeln wir transformative BNE weiter und implementieren sie. In Deutschland sind wir im Bündnis Zukunftsbildung aktiv und konnten in diesem Zusammenhang Forderungen in die Koalitionsverhandlungen nach der NRW-Landtagswahl erfolgreich einbringen.*

Ein zentrales Anliegen ist die Ambitionssteigerung hin zu transformativer Bildung. Mit dem UNESCO-Programm BNE2030 liegt die Messlatte hoch. Nun suchen wir den Austausch mit nationalen und internationalen Bildungsakteur:innen, um diesen Anspruch gemeinsam umzusetzen. Dabei ist es wichtig, dass sich BNE-Prozesse an einem möglichst hohen Standard orientieren, um die notwendigen transformativen Prozesse voranzubringen. In diesem Sinne haben wir erneut Impulse der Bildungsarbeit in UN-Klimaprozesse eingebracht, so bei den UN-Zwischenverhandlungen zu ACE (Action for Climate Empowerment) im Juni 2022 oder im ersten internationalen Jugendaustausch des ACE-Hubs von NRW-Wirtschaftsministerium und UN-Klimasekretariat.

Darüber hinaus haben wir in der Nationalen Plattform BNE den Vorsitz des Forums Non-formales/ Informelles Lernen (NIL) übernommen und dort eine bundesweite Umfrage (373 Teilnehmende) unter BNE-NIL-Akteur:innen durchgeführt, in der es u. a. um den Status quo des Verständnisses von transformativer, handlungsorientierter BNE, aktuelle Weiterentwicklungsbedarfe und die Umsetzung des UNESCO-Programms BNE2030 ging. Zudem haben wir auf Basis der oben beschriebenen Ambitionssteigerung eine Fachkonferenz zur Schnittstelle von politischer Bildung, BNE und transformativer Bildung organisiert.

In zwei Facharbeitskreisen beauftragt von der Kultusministerkonferenz (KMK) zur Erarbeitung des Orientierungsrahmens Globales Lernen für die Sekundarstufe II arbeiten wir mit und im Rahmen einer Lehrer:innenfortbildungsinitiative des NRW-Bildungsministeriums haben wir uns für die Verankerung einer handlungsorientierten, transformativen BNE bei den Weiterbildungen für Lehrkräfte in NRW stark gemacht.

<sup>43</sup> <https://www.germanwatch.org/de/84715>

## Ausblick

Die Vermittlung und Entwicklung von Handwerkszeug für die soziale und ökologische Transformation wird weitergehen. Dabei können wir sowohl auf den Erfolgen des Begleitprogramms für NRW-Gruppen und der Anwendung umweltpsychologischer Erkenntnisse aufbauen, aber auch neue Impulse durch digitale Medien wie Podcasts, Blogs und Ergänzungen unserer Webseite einsetzen.

Derzeit entwickeln wir einen neuen Blog, Podcasts sowie eigene Social-Media-Kanäle, in denen wir aktuelle Debatten zu transformativer Bildung, wissenschaftliche Zugänge, bildungspolitische und praktische Ansätze sowie Methoden und Materialien rund um das Thema „Transformation gestalten lernen“ vertiefen und für verschiedene Zielgruppen aufbereiten (etwa das Fachpublikum, Nachhaltigkeits-Engagierte, Bildungsmultiplikator:innen, Entscheidungsträger:innen im Bildungskontext u. a.). Ziel ist es, unsere Inhalte über die neuen Kanäle stärker in die Breite zu tragen und für mehr Akteur:innen greifbar und nutzbar zu machen.

Die erfolgreichen Strategietage werden fortgesetzt, auch mit dem Ziel, einen größeren Pool von Referent:innen zum Thema „Handabdruck“ zu gewinnen.

Im nächsten Jahr begleiten wir dabei die Debatten um transformative und politische Bildung im schulischen Bereich durch die Fortsetzung der Kooperation mit Teachers for Future e. V. und vielen anderen Bildungsakteur:innen.

### Wandel mit Hand und Fuß

Der **Handabdruck** steht also für ein Engagement, mit dem wir die nachhaltigen Handlungsalternativen zur einfacheren, naheliegenderen oder preiswerteren Standardoption machen.

**Doch wo anfangen?**

Ansatzpunkte dafür finden sich häufig direkt in den Strukturen um uns herum, zum Beispiel an unserem Arbeitsplatz, in unserer Hoch-Schule, im Verein, in der Nachbarschaft, in der Religionsgemeinschaft oder der Stadt oder Kommune. Für einige Veränderungshebel lohnt es sich auch, größer zu denken, sich mit anderen zu verbünden und langfristig auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene anzusetzen.

**Beispiele für Handabdruck-Ideen sind:**

- In der (Hoch-)Schule:** Entwicklung von Nachhaltigkeitskriterien für den Einkauf von biologischen, regionalen und saisonalen Lebensmitteln für die Kantine oder Mensa sowie Kooperation mit lokalen Betrieben; als Erweiterung der Einsatz mit der Schüler:innen- bzw. Studierendenvertretung für nachhaltige Ernährungsangebote in allen Bildungseinrichtungen zum Beispiel auf Landesebene.
- Mit dem Verein:** Öffentlichkeitswirksame Unterstützung der Forderung nach einer starken Reduktion bzw. einem schrittweisen Verbot des Einsatzes von Reserveantibiotika in der Tierhaltung; Ansprache weiterer auch übergeordneter Verbände, Unternehmen und Abgeordneter aus der Region, diese Forderung ebenfalls öffentlich zu unterstützen.
- In der Religionsgemeinschaft oder Nachbarschaft:** Aufbau einer selbstverwalteten solidarischen Landwirtschaft in Zusammenarbeit mit einem lokalen Hof oder eines genossenschaftlich geführten Dorfladens mit regionalen Produkten.

**Auf nationaler Ebene:** Einsatz für Regelungen, die Lebensmittelverschwendung verringern, zum Beispiel die Legalisierung des Essenrettens aus Containern oder ein Gesetz, das dem Lebensmittelhandel untersagt, noch genießbare Produkte wegzuworfen.

**Auf EU-Ebene:** Einsatz für eine nachhaltige Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP), damit die EU-Agrarsubventionen endlich an verbindliche Nachhaltigkeitskriterien gebunden werden und nicht an die Fläche des Betriebs. So bekommen Landwirt:innen Anreize und Unterstützung für eine Umstellung zu nachhaltigeren Anbaumethoden.

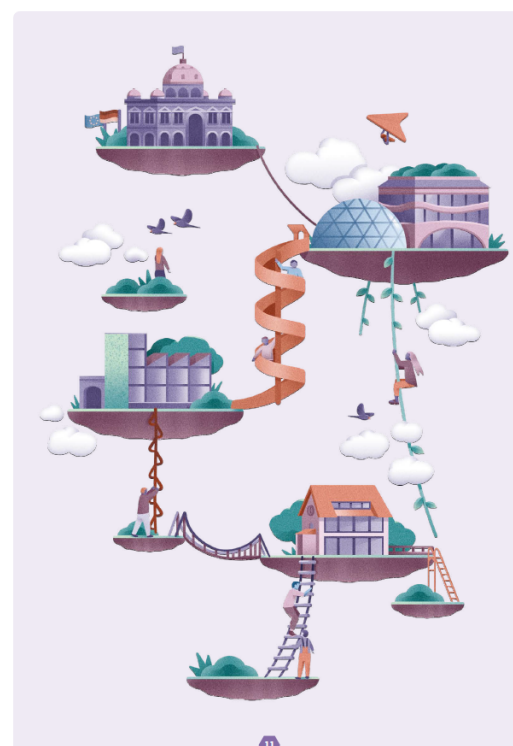
Wichtig ist hierbei natürlich eine Gruppe, mit der Du Deine Ideen gemeinsam angehen kannst, sowie ein strategisches Vorgehen, um die richtigen Ansprechpartner:innen zum bestmöglichen Zeitpunkt auf die zielführendste Art und Weise auf Eure Forderungen oder Vorschläge anzusprechen.

**Und wie vorgehen?**

Ideen und Tipps zur Vorgehensweise sowie Inspiration von anderen Projekten für die Agrar- und Ernährungswende findet Ihr auf den nachfolgenden Seiten.











10



## Strategie 2022: Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)

BNE machen	BNE politisch
<b>Die Transformation durch die Verbindung von Wissen, Werten und Handeln national und international voranbringen</b>	<b>Bildung für Nachhaltige Entwicklung weiterentwickeln und strukturell verankern</b>
<p>Ausbau des Angebots zum <b>Handabdruck</b> für Bildungs- und Nachhaltigkeitsengagierte, darin u. a.</p> <p>a) Entwicklung eines Blogs mit Methoden und Debatten zu transformativer Bildung, b) Fortbildungen für Multiplikator:innen, c) Begleitung und Beratung von Gruppen in NRW und ihren Handabdruck-Projekten</p> <p><b>Internationale Diskussion, Weiterentwicklung und Verbreitung des Handabdrucks</b>, BNE2030 und Klimabildung mittels Süd-Nord Personalgewinnung</p> <p>Neue <b>Formate in der Klimabildung</b> – Actionbound</p> <p>„<b>Klimakonferenz</b>“ als ein neues, ergänzendes Bildungsangebot mit Geoscopia e. V.</p>	<p>Entwicklungspolitische Bildung und BNE/GL gemäß <b>UNESCO BNE2030</b> weiterentwickeln und verankern</p> <p>Bildungs- und politische Arbeit zu UNESCO BNE2030, UNFCCC (ACE) <b>Action for Climate Empowerment</b> und <b>Whole Institution Approach (WIA)</b></p> <p>Mitarbeit im <b>Schulministerium NRW</b> zur Weiterentwicklung von Lehrer:innenfortbildungen</p> <p>Mitarbeit am <b>Orientierungsrahmen Globales Lernen für die Sekundarstufe II</b></p>

### Mitarbeiter:innen

	<p><b>Stefan Rostock</b> Teamleiter Bildung für nachhaltige Entwicklung, NRW-Fachpromotor für Klima &amp; Entwicklung</p>		<p><b>Daniela Baum</b> Referentin Bildung für nachhaltige Entwicklung &amp; Regionale Netzstelle Nachhaltigkeitsstrategien West – RENN.west</p>
	<p><b>Marie Heitfeld</b> Referentin Bildung für nachhaltige Entwicklung</p>		<p><b>Alexander Reif</b> Referent Bildung für nachhaltige Entwicklung</p>
	<p><b>Frieda Meckel</b> Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2022/2023 (seit 08/2022)</p>		<p><b>Melanie Gehenzig</b> Referentin Bildung für nachhaltige Entwicklung</p>
			<p><b>Anna Ziermann</b> Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2021/2022 (bis 08/2022)</p>

Mit Unterstützung als Sabbatical-Vertretung von Jan Burck (NRW-Fachpromotor für Klima & Entwicklung) und Kerstin Opfer (NRW-Fachpromotorin für Klima & Entwicklung).

In Zusammenarbeit mit dem Team von Geoscopia (Ramona Ehl, Martin Fliegner, Doro Fliegner, Birgitt Gernhardt, Michael Geisler, Holger Voigt).

Praktikant:innen im Berichtszeitraum: Lena Katharina Hildebrand, Carla Kunze.

Verantwortlich seitens des Vorstands: Dr. Karl-Eugen Huthmacher, Fiona Marker.

## Pressearbeit

Die Bundestagswahl einschließlich der durch die neue Regierung angestoßenen politischen Prozesse, die vielfältigen Folgen des russischen Angriffskrieges in der Ukraine, der Rückgang der Corona-bedingten Einschränkungen z. B. für Großveranstaltungen wie Klimakonferenzen und die Aufstockung der Pressestelle auf zwei Mitarbeiter:innen haben zu einer großen Zunahme der Pressearbeit geführt. Wir haben mit rund 90 Pressemitteilungen nicht nur die Zahl unserer an Medien gerichteten Kommentierungen erhöht, sondern auch eine deutlich größere Medienresonanz erzielt. Allein im Online-Bereich ist Germanwatch im Berichtszeitraum weltweit mehr als 12.000 Mal von unterschiedlichsten Portalen zitiert worden, das war ein Plus von über 50 Prozent im Vergleich zum vorherigen Zeitraum. Darunter waren eine ganze Reihe großer Leitmedien, von Agenturen wie Reuters, AP und dpa über New York Times, Washington Post, Spiegel oder FAZ bis hin zu ARD, ZDF oder BBC. Das ist umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, dass mit dem Klima-Risiko-Index eine unserer zuvor resonanzstärksten Publikationen in diesem Jahr (vgl. Seite 37) nicht erschienen ist.

*Nach dem Corona-bedingten Ausfall im Vorjahr fand die Weltklimakonferenz 2021 wieder statt. Wir waren in Glasgow dabei und haben unseren Klimaschutz-Index, der die global größten Emittenten bewertet, in einer hybriden Pressekonferenz vorgestellt: in puncto Medienresonanz unser Highlight des Jahres – in in- und ausländischen Medien*



**Ein Höhepunkt der Pressearbeit zur Klimapolitik:  
Das Germanwatch-Team auf der COP26 in Glasgow.**

Höhepunkt der Pressearbeit zur Klimapolitik im Berichtszeitraum war vor allem die Weltklimakonferenz COP26 in Glasgow. Nicht zuletzt wegen der vorangegangenen Corona-bedingten Pause und weil dieser der bislang relevanteste Klimagipfel seit dem Pariser Klimaabkommen war, zeigten die Medien enormes Interesse. Wir verzeichneten eine sehr breite Resonanz zu Beginn und zum Ende der COP sowie insbesondere bei der Veröffentlichung des neuen Klimaschutz-Index CCPI 2022. Mit mehr als 2.100 Berichterstattungen zum Index erzielten wir hier einen neuen Reichweiten-Rekord. Vor allem in australischen Medien war das Interesse wegen des erneut schlechten Abschneidens des Landes enorm groß. In den dortigen Medien und politischen Debatten spielte der Index als eine der Berufungsgrundlagen für klimapolitische Kritik bis hin zu den Neuwahlen eine wichtige Rolle. Aber auch hierzulande hatten wir mit rund 700 Beiträgen eine sehr breite Berichterstattung, u. a. im Spiegel (zeitweise oben auf der Startseite)<sup>44</sup> oder bei tagesschau.de und heute.de<sup>45</sup> sowie im Hörfunk.

Eine ebenfalls starke Medienresonanz verzeichneten wir beim Ortstermin in Peru zur Beweisaufnahme des OLG Hamm im Fall der Klimaklage „Saúl gegen RWE“. Neben einer gut besuchten digitalen Pressekonferenz registrierten wir sehr viel Resonanz auf unsere Pressemitteilung gegen Ende des Ortstermins – sowohl in Deutschland, als auch in Peru und international. Viele Leitmedien nahmen den Ortstermin zum Anlass, erneut groß über den Fall, den Kläger und seine Rechtsanwältin zu berichten: so unter anderem der Spiegel in seinen Print- und Online-Ausgaben<sup>46</sup> die dpa, der Stern<sup>47</sup> oder die Printausgabe der FAZ sowie auf internationaler Ebene u. a. die BBC und die Financial Times.

44 <https://bit.ly/3cauWwg>

45 <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/klimaindex-cop26-101.html> | <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/klimaschutz-index-co2-erneuerbare-energien-100.html>

46 <https://bit.ly/3AL7UWX>

47 <https://bit.ly/3AKxxax>

*Germanwatch hat Journalist:innen mit kompetenten Analysen zu Themen aus den Bereichen Klima, Entwicklung, Menschenrechte und Verbraucherschutz versorgt. Trotz – oder gerade angesichts – der vielen Krisen sind abwägende, engagierte Stimmen in den Medien wichtiger denn je.*

Weitere Schwerpunkte unserer Pressearbeit waren die Analyse und Kommentierung der G7-Prozesse während der deutschen Präsidentschaft, der Entwicklung der EU-Klimapolitik und der Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Energie- und Ernährungsbereich sowie das Engagement gegen die Ausbreitung von Antibiotikaresistenzen in der industriellen Tierhaltung und überdies unsere Arbeit zum EU-Lieferkettengesetz. Zu einigen dieser Themen konnten wir auch Gastbeiträge platzieren, u. a. auf Zeit online<sup>48</sup>, bei EurActiv, bei Thomson Reuters<sup>49</sup> und mehrfach in verschiedenen Ausgaben von Tagesspiegel Background<sup>50</sup>. Zu den Folgen des russischen Krieges in der Ukraine veröffentlichten wir mehrere Pressemitteilungen mit Blick auf die Nahrungsmittelkrise, die Energiekrise sowie die friedensfördernde Dimension ambitionierter Klimapolitik.

Überdies haben wir uns im Berichtszeitraum strategisch weiterentwickelt. Mit kurzen In-House-Seminaren haben wir viele Kolleg:innen aus den politischen Teams noch fitter gemacht für Interviews und O-Töne sowie für das Schreiben guter Entwürfe von Pressemitteilungen. Wir haben ihr Verständnis geschärft für die Bedürfnisse von Medien und das, was Journalist:innen von uns erwarten: kompetente Analysen, Hintergründe und das Erklären von Zusammenhängen – aber auch die klare Einordnung und, wo nötig, Kritik an Fehlentwicklungen. Und das alles so, dass es bei aller Komplexität verständlich bleibt für sie und diejenigen, die sie mit ihrer Berichterstattung erreichen wollen.

## **Ausblick**

*In puncto Medienkompetenz entwickeln wir uns nicht nur in der Pressestelle weiter: Durch Schulungen zu Interviews, O-Tönen und Pressemitteilungen machen wir die Kolleg:innen in den Teams noch fitter für die Medienlandschaft – teils auch mit Hilfe externer Expert:innen.*

Wir wollen auch in Zukunft noch besser werden beim Transportieren unserer Kernbotschaften, Narrative und Frames (der Verbindung der Botschaften mit unseren moralischen Zielen). Daher werden wir bei der Fortsetzung und stetigen Weiterentwicklung der selbst durchgeführten Schulungen zusätzlich für die Kolleg:innen, die oft mit Medien in Kontakt stehen, externe Coachings zu Interviews und O-Tönen anbieten. Und auch diejenigen, die bisher wenige oder gar keine Medienkontakte hatten, möchten wir schrittweise dazu ermutigen und fit machen im Umgang mit der Presse. Wir wollen in allen politischen Teams noch „sprechfähiger“ werden und auch mit Blick auf ausländische Medien Germanwatch als kompetenten, zuverlässigen Interview- und (Hintergrund-)Gesprächspartner weiter etablieren.

Überdies wollen wir vor allem im Zusammenspiel mit den Social-Media-Aktivitäten unserer Öffentlichkeitsarbeit noch besser werden. Bei der Frage, welche Instrumente die klassische Pressearbeit sinnvoll unterstützen können, wird gerade der Bereich der sozialen Netzwerke immer wichtiger, und dem wollen wir Rechnung tragen. Neben den „traditionellen Medien“, die dort auch vertreten sind und mittlerweile sogar einen Großteil ihrer Resonanz dort erzielen, ergeben sich aus dieser Verknüpfung zudem neue Kontakt- und Kooperationsmöglichkeiten mit Medien(schaffenden) abseits der „klassischen Presse“. Gemeinsam mit unserem Team für Öffentlichkeitsarbeit werden wir künftig auch diese Formen der Medienarbeit noch stärker angehen.

48 <https://www.zeit.de/wirtschaft/2021-11/klimaclub-germanwatch-cop26-klimaneutral-staaten-olaf-scholz-klimakrise>

49 <https://news.trust.org/item/20220525064817-1fvro/>

50 u. a. <https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/it-s-our-way-of-life-stupid>

Wichtige und für unsere Kernbotschaften relevante Termine und Veranstaltungen werden wir auch weiterhin analytisch und meinungsstark begleiten und nachbereiten. Der Vorbereitung solcher Ereignisse in Form von Vorab-Pressemitteilungen sowie dem Angebot von (auch digitalen) Pressebriefings möchten wir noch größeres Augenmerk schenken. Dadurch machen wir zum einen schon im Vorfeld auf wichtige Knackpunkte und relevante Details politischer Entwicklungen aufmerksam und zeigen zum anderen, in welchen Bereichen wir besonders große Expertise haben. Das vergrößert die Chance, von Medien auch später immer wieder zu diesen Themen angefragt zu werden.

## Mitarbeiter:innen



**Stefan Küper**  
Pressesprecher

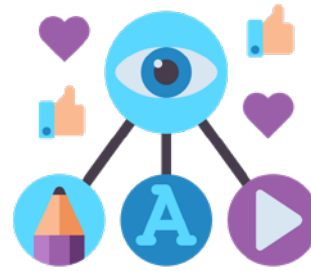


**Katarina Heidrich**  
Pressereferentin

**Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne-Kathrin Kirchhof.**

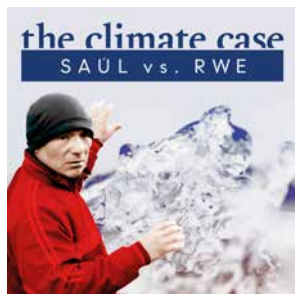
## Öffentlichkeitsarbeit

Zu den wichtigsten strategischen Zielen der Öffentlichkeitsarbeit zählt es, die zentralen gemeinsamen Inhalte der Germanwatch-Arbeit – über die Pressearbeit hinaus – zielgruppengerecht einer informierten Öffentlichkeit zu vermitteln. Dies reicht von der strategischen Kommunikationsplanung und deren Umsetzung bis hin zu Redaktion, Layout und Distribution. So setzen wir im Berichtszeitraum – orientiert an unseren zentralen Zielen – viele Hundert Einzelmaßnahmen um: Dazu zählte u. a. die redaktionelle Überarbeitung von Blog-Beiträgen, Studien und Positionspapieren für Entscheidungsträger:innen ebenso wie die Erstellung von Erklärvideos.



**Wir schärfen unsere Kommunikationsmaßnahmen u. a. mit zusätzlicher Expertise für Social Media, Online-Marketing, neue Formate und die Klimaklage-Kommunikation, damit unsere politischen Botschaften zielgruppengenaue ankommen und mehr Wirkung erzielen.**

**The Climate Case: Saúl vs. RWE – Gletscher schmelzen, Verantwortung wächst. Wir unterstützen Menschen dabei, ihr Recht auf Schutz von den großen Verursachern des Klimawandels einzufordern. Mit einer neuen multimedialen Webseite informieren und aktivieren wir Menschen rund um den Fall RWE.**



Weiterhin wurden wieder zahlreiche Ausgaben unserer Periodika (die Zeitung WEITBLICK, das Unterstützer:innen-Magazin EINBLICK, der Newsletter „Germanwatch°Kompakt“) herausgegeben und an eine wachsende Zahl von Abonnent:innen versandt. Immer mehr Menschen verfolgen und teilen unsere Inhalte – auch in den Sozialen Medien – und tragen so dazu bei, dass unsere Handlungsvorschläge insbesondere für Politik und Unternehmen noch weiter gestreut werden.

Auf den folgenden Seiten haben wir eine Auswahl der inhaltlichen Schwerpunkte unserer Kommunikationsarbeit zusammengestellt.

## Unsere Kampagnen – kommunikative Hebel für politische Wirksamkeit

Mit der Durchführung eigener Kampagnen, Aktionen und Petitionen sowie in Netzwerken und mit strategischen Partner:innen verfolgen wir mehrere Ziele. Wir informieren Verbraucher:innen und geben ihnen Anregungen, wie sie – im Sinne des Hand Print<sup>51</sup> – ihren Handabdruck des gesellschaftlichen sowie politischen Engagements vergrößern und intensivieren können, und ermöglichen ihnen damit, Handlungsanregungen einzubringen und konstruktiven Druck auf Entscheidungs:trägerinnen auszuüben. Die gute Kampagnenarbeit führt auch dazu, dass wir von Bürger:innen und Entscheidungsträger:innen immer häufiger angefragt werden.

Um eine bestmögliche jeweils zielgruppenorientierte Wirkung zu entfalten, bringen wir einen strategischen Methodenmix aus unterschiedlichen Kommunikationselementen zum Einsatz – z. B. Online-Petitionen, Hashtag-Kampagnen, Foto-Aktionen und Zusammenarbeit mit Multiplikator:innen.

Beispiele für unsere Kampagnen im Berichtszeitraum:

- **„Klimaschutz ist Freiheitsschutz“ und Klima-Pledge „Meine Stimme für die Zukunft“**  
zur Bundestagswahl 2021  
<https://www.germanwatch.org/de/freiheit-und-klimaschutz>
- **„Wichtigste Antibiotika bewahren, Resistenzen bekämpfen – stärkere Regulierung (in) der Tierhaltung!“**  
<https://www.germanwatch.org/de/antibiotika-appell>

51 <https://www.germanwatch.org/de/handprint>

- **#Together4Forests: Europaweite Aktion zum Schutz der Wälder**  
<https://www.germanwatch.org/de/84804>
- **„Raus aus der fossilen Falle: Energiesouveränität jetzt!“** – ein Appell an die Bundesregierung  
<https://www.germanwatch.org/de/raus-aus-der-fossilen-falle>
- **Initiative Lieferkettengesetz: Für ein starkes EU-Lieferkettengesetz!**  
<https://www.germanwatch.org/de/lieferkettengesetz>



Fotos links: Germanwatch e. V./Fotorechte bei den jeweiligen Personen; Grafik in der Mitte: Sabrina Grösche und Germanwatch e. V.; Foto rechts: Nina Neuscheler/ROBIN WOOD

## Rückenwind für die Klimaklage gegen RWE



Kläger Saúl Luciano Lliuya beim Gletschersee Palcacocha, der aufgrund der Gletscherschmelze im Zuge des Klimawandels in bedrohlicher Weise größer wird.  
Foto: Walter Hupiu Tapia/Germanwatch e. V.

Die Klimaklage des peruanischen Andenbauern und Bergführers Saúl Luciano Lliuya gegen den Energiekonzern RWE ist sechseinhalb Jahre nach Klageeinreichung in die entscheidende Phase eingetreten: Nach langer Verzögerung – insbesondere wegen der Corona-Pandemie – fand Ende Mai ein Ortstermin in der Andenstadt Huaraz statt. Richter:innen des Oberlandesgerichts (OLG) Hamm, Rechtsbeistände und Sachverständige reisten nach Peru, um zu überprüfen, ob und in welchem Ausmaß das Haus des Klägers tatsächlich von einer möglichen Flutwelle des oberhalb der Stadt liegenden Gletschersees Palcacocha bedroht ist. Die gesamte Gefahrenzone in Huaraz umfasst sogar ein Gebiet, in dem rund 50.000 Menschen leben.

Mit dem Beschluss von 2017 zum Eintritt in die Beweisaufnahme schrieb das Oberlandesgericht Hamm Rechtsgeschichte: Erstmals weltweit stellte ein Gericht fest, dass ein privates Unternehmen



mit sehr hohen Emissionen prinzipiell für den Schutz von Betroffenen für mitverursachte Klimarisiken zur Verantwortung gezogen werden kann. Dies, so das Gericht, gelte angesichts der weltweiten Wirkung der freigesetzten Treibhausgase auch für Schäden in der „globalen Nachbarschaft“ – in diesem Fall in Peru. Die mutige Klage von Saúl Luciano Lliuya ist inzwischen eine weltweit wahrgenommene Musterklage, die eine enorme Signalwirkung entfaltet. Es ist erstaunlich, mit welchem Rückgrat und strategischen Weitblick ein umsichtiger Mensch einen Großkonzern wie RWE und die rechtliche Einschätzung der Konzernverantwortung in der Klimakrise auf den Prüfstand stellt.

Auf einer neuen dreisprachigen Website<sup>52</sup> informieren wir über die Klimaklage, stellen Bild- und Filmmaterial zur Verfügung und beantworten in unseren FAQs zentrale Fragen rund um das Verfahren. Ein neues Factsheet fasst die Klage zusammen und gibt Auskunft darüber, wie Sie den Klimakläger Saúl Luciano Lliuya unterstützen können. Aufgrund des großen Medieninteresses wurde während des Ortstermins eine Preetour zum Gletschersee Palcacocha organisiert, und Interviews mit dem Kläger, seiner Rechtsanwältin, mit Wissenschaftler:innen und Kolleg:innen von Germanwatch sowie der Stiftung Zukunftsfähigkeit wurden vor Ort koordiniert. Mit großem Erfolg. Über den Ortstermin berichteten lokale und nationale Medien aus Peru sowie auch in Deutschland und international. Gemeinsam mit Kolleg:innen unserer Partnerorganisation Wayintsik in Huaraz wurden Veranstaltungen für und mit der lokalen Bevölkerung organisiert, um über die Klage und den Klimawandel in den Anden zu informieren und sich auszutauschen.

## Von Gipfel zu Gipfel: COP26 und G7-Präsidentschaft

Germanwatch hat den diesjährigen G7-Gipfel (26. bis 28. Juni 2022 in Schloss Elmau) unter deutscher Präsidentschaft kritisch beobachtet und kommentiert. Wir haben uns im Vorfeld, während des Gipfels und in der Nachbereitung konstruktiv-kritisch auf verschiedenen Diskussionsebenen zu Wort gemeldet: mit Publikationen, Blogbeiträgen, Pressemitteilungen. Alles rund um unsere Arbeit zur deutschen G7-Präsidentschaft – inklusive unserer fünf Kernforderungen – findet sich zusammengefasst auf einer Themenseite<sup>53</sup>.



Ebenso intensiv haben wir im Berichtszeitraum den 26. Klimagipfel in Glasgow (COP26, 31. Oktober bis 12. November 2021) begleitet. Die Expertise von Germanwatch manifestierte sich in zahlreichen Veröffentlichungen und einer Vielzahl hochrangiger politischer Gespräche; die wichtigsten



Ergebnisse der Konferenz haben wir zum Beispiel in einem kompakten Factsheet<sup>54</sup> zusammengefasst. Auch hier sind die wesentlichsten Informationen auf einer eigenen Themenseite<sup>55</sup> gebündelt.

Pünktlich zur Weltklimakonferenz erschien auch der von Germanwatch herausgegebene Climate Change Performance Index 2022, dem wir eine Sonderausgabe unseres Newsletters Germanwatch°Kompakt<sup>56</sup> gewidmet haben. Und auch über die restlichen Ereignisse der COP26 und die Ergebnisse des G7-Gipfels haben wir unsere Newsletter-Abonent:innen im vergangenen Jahr auf dem Laufenden gehalten. Im Zusammenspiel mit unseren Social-Media-Kanälen konnten wir die Ergebnisse unserer Arbeit so einem breiten Publikum zugänglich machen.

52 <https://rwe.climatecase.org/>

53 <https://www.germanwatch.org/de/g7-2022>

54 <https://www.germanwatch.org/de/85244>

55 <https://www.germanwatch.org/de/cop26>

56 <https://www.germanwatch.org/de/GermanwatchKompakt>

## Unser vielfältiges Informationsangebot von A–Z

**Aktiv werden (Petitionen, Tipps etc.):** [www.germanwatch.org/aktiv-werden](http://www.germanwatch.org/aktiv-werden)

**Blog-Beiträge:** [www.germanwatch.org/blog](http://www.germanwatch.org/blog)

**Erfolge & Meilensteine:** [www.germanwatch.org/erfolge](http://www.germanwatch.org/erfolge)

**Facebook:** [www.facebook.com/germanwatch](http://www.facebook.com/germanwatch)

**Indizes (CCPI und Klima-Risiko-Index):** [www.germanwatch.org/indizes](http://www.germanwatch.org/indizes)

**LinkedIn:** [www.linkedin.com/company/germanwatch](http://www.linkedin.com/company/germanwatch)

**Mitglied werden:** [www.germanwatch.org/mitgliedsformular](http://www.germanwatch.org/mitgliedsformular)

**Newsletter Germanwatch\*Kompakt:** [www.germanwatch.org/GermanwatchKompakt](http://www.germanwatch.org/GermanwatchKompakt)

**Publikationen bestellen/herunterladen:** [www.germanwatch.org/publikationen](http://www.germanwatch.org/publikationen)

**Spenden:** [www.germanwatch.org/spendenformular](http://www.germanwatch.org/spendenformular)

**Themenvielfalt von Germanwatch:** [www.germanwatch.org/unsere-themen](http://www.germanwatch.org/unsere-themen)

**Transparenz & Vertrauen:** [www.germanwatch.org/transparenz-und-vertrauen](http://www.germanwatch.org/transparenz-und-vertrauen)

**Twitter:** [www.twitter.com/germanwatch](http://www.twitter.com/germanwatch)

**Veranstaltungen:** [www.germanwatch.org/termine](http://www.germanwatch.org/termine)

**Videos auf Youtube:** [www.youtube.com/germanwatch](http://www.youtube.com/germanwatch)

**Zeitung WEITBLICK:** [www.germanwatch.org/weitblick](http://www.germanwatch.org/weitblick)

## Mitarbeiter:innen

	<b>Hanna Fuhrmann</b> Teamleiterin		<b>Pascal Molinario</b> Teamleiter		<b>Dr. Marlene Becker</b> Referentin für Klimaklage- Kommunikation
	<b>David Hübner</b> Referent für Fundraising, Mitglieder- und Spendenservice		<b>Fabian Kaske</b> Referent für digitalen Dialog		<b>Janina Longwitz</b> Referentin für Redaktion und Öffentlichkeitsarbeit
	<b>Christian Marquardt</b> Referent für Social Media und Community Management (seit 05/2022)		<b>Tobias Regesch</b> Referent für digitale Kommunikation		<b>Tobias Rinn</b> Referent für Redaktion und Öffentlichkeitsarbeit
	<b>Caroline Schroeder</b> Referentin für Klimaklage- Kommunikation		<b>Elisa Thomaset</b> Referentin für Redaktion und Öffentlichkeitsarbeit (seit 06/2022)		<b>Anna Wolter</b> Referentin für Social Media und Community Management (bis 12/2021)
	<b>Jurek Lorber</b> Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2021/2022 (bis 03/2022)		<b>Niklas Schweitzer</b> Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2022/2023 (seit 08/2022)		

Mit Unterstützung von Daniela Baum, Ljiljana Djuric, Lena Hildebrand und Andrea Taubert.

Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne-Kathrin Kirchhof.

## D Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen

*Die Zivilgesellschaft ist die Erneuerbare Energiequelle für die Gesellschaft. Die Zivilgesellschaft hat drei zentrale Aufgaben. Erstens: Parlament, Regierung und Unternehmen zu „belagern“, also Druck zu machen. Zweitens: als „Lotse“ Anregungen zu geben, den so gewonnenen Handlungsspielraum in Politik und Wirtschaft wirkungsvoll zu gestalten. Drittens: die allgemeine Akzeptanz für Gerechtigkeit, Menschenrechte und den Schutz der Lebensgrundlagen auch in solchen Gruppen und Initiativen zu stärken, bei denen diese Themen nicht im Zentrum ihrer Tätigkeit stehen.*

Im Sinne dieser drei Aufgaben arbeitet Germanwatch eng mit ausgewählten Organisationen, Partner:innen und Persönlichkeiten zusammen. Die Vernetzung ist wichtiger Teil unserer Arbeitsweise: Einerseits, weil wir viel durch die Dialogpartner:innen, ihre Kompetenz und ihre Perspektive lernen. Andererseits, weil wir somit oft politische Forderungen unterstützen, die durch ein breites Bündnis von Organisationen und eine hohe Zahl von Menschen getragen werden. Dadurch können wir viele Verstärkungseffekte für die gemeinwohlorientierten Ziele, für die wir uns einsetzen, erzielen. Wir können in diesem Sinne konstruktiven Druck erzeugen, vielfältige „Lotsentätigkeiten“ in Politik und Wirtschaft übernehmen und andere Akteure der Zivilgesellschaft unterstützen. All dies hilft, mit unserer Expertise zivilgesellschaftliche Debatten und Strukturen mitzugestalten.

Besonders verantwortliche Positionen etwa im Vorstand, in der politischen Koordination, im Sprecherrat oder Beirat haben Germanwatch-Mitarbeiter:innen oder -Vorstandsmitglieder bei folgenden Partnerorganisationen oder Plattformen inne:

Bits & Bäume-Netzwerk +++ Climate Action Network (CAN) | CAN Int. +++ CAN EU +++ CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung +++ CO2GeoNet +++ Deutsche Physikalische Gesellschaft (AK Energie) +++ European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) +++ Initiative Lieferkettengesetz +++ Klima-Allianz +++ Munich Climate Insurance Initiative (MCII) +++ Netzwerk Arbeitskreis Rohstoffe +++ Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) +++ Renewables Grid Initiative (RGI) +++ Runder Tisch Reparatur +++ Sustainable Development Solutions Network, German Chapter (SDSN Germany) +++ Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030

In vielen dieser Netzwerke sind wir schwerpunktmäßig mit einzelnen unserer politischen Teams aktiv (siehe Kap. C). Andere haben eine teamübergreifende Relevanz, etwa die Dialoggruppe zum Staatssekretärsausschuss im Kontext der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, an der die Vorstandsvorsitzende Silvie Kreibiehl teilnimmt, oder SDSN Germany oder die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030. In letzteren beiden sind wir mit unserem Ehrenvorsitzenden Klaus Milke im Lenkungsgremium vertreten.

Darüber hinaus ist Germanwatch Mitglied in folgenden politischen Netzwerken und Vereinen:

Agrarbündnis +++ Allianz für Weltoffenheit +++ Allianz pro Schiene +++ Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ +++ AMR (Antimicrobial Resistance) Stakeholder Network +++ Attac +++ Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER) +++ Deutscher Naturschutzring (DNR) +++ Deutsches Institut für Menschenrechte e.V. (DIMR) +++ Eine Welt Netz NRW +++ Eine Welt Netzwerk Bayern +++ [Erlassjahr.de](http://Erlassjahr.de) +++ EU-Russia Civil Society Forum +++ Europäische Bewegung Deutschland e.V. (EBD) +++ European Business Council for Sustainable Energy (e5) +++ Forum Menschenrechte +++ Forum Nachhaltige Geldanlagen +++ Forum Umwelt und Entwicklung +++ Global Campaign for Climate Action (GCCA)/tckctck Campaign +++ Global Challenges Network (GCN) +++ Global Climate Forum (GCF) +++ Global Compact +++ GoodElectronics Netzwerk +++ Green Legal Impact +++ Greenskies +++ LAG21 – Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW +++ Nord Süd Forum München +++ OECD Watch +++ Ökowerk NRW +++ Our World is Not For Sale

(OWINFS) & Seattle to Brussels Network (S2B) +++ Publish what you pay +++ Steuer gegen Armut  
 +++ Transport & Environment (T&E) +++ TTIP unfairhandelbar +++ Verband Entwicklungspolitik und  
 humanitäre Hilfe Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) +++ Verbändeplattform zur  
 Reform der EU-Agrarpolitik +++ Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv)

Arbeitsgruppen, Arbeitskreise etc., in denen wir aktiv sind, werden hier nicht separat aufgeführt,  
 sofern sie innerhalb eines hier genannten Dachverbands angesiedelt sind.

## Germanwatch e. V., Stiftung Zukunftsfähigkeit, Germanwatch-Stiftung, at- mosfair – wie gehören sie zusammen?

Der eingetragene Verein Germanwatch – gegründet 1991 – bekam 1997 eine neue Unterstützerin: die Stiftung Zukunftsfähigkeit. Ihre Errichtung erfolgte nicht zuletzt mit dem Ziel, die finanzielle Unabhängigkeit von Germanwatch dauerhaft zu sichern. Germanwatch als gemeinnütziger eingetragener Verein darf Geld selbst nicht in größerem Umfang langfristig binden, sondern muss es überwiegend unmittelbar und zeitnah ausgeben.



Die Stiftung unterstützt die Arbeit von Germanwatch mit strategisch besonders wichtigen Programm- und Projektförderungen, außerdem ergänzt sie durch einzelne strategische Lobbyaktivitäten die Arbeit von Germanwatch, so z. B. durch Moderationstätigkeiten bei Treffen ausgewählter Delegierter während der UN-Klimaverhandlungen. Mehr als 30 Zustifter:innen haben inzwischen den Handlungsspielraum der Stiftung erweitert. Die Stiftung steht seit 2015 für die Anwalts-, Gerichts- und Gutachtenkosten ein, die die Klimaschutzklage von Saúl Luciano Lliuya gegen RWE verursacht. In den letzten drei Jahren hat die Stiftung zudem eine zentrale Rolle gespielt, um die Stiftungsplattform F20 zu etablieren – ein internationales Netzwerk von Stiftungen, welche die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und eine Umsetzung der 2030-Agenda mit den SDGs auf die G20-Länder fokussiert voranbringen will.



Im Dezember 2014 wurde ergänzend die Germanwatch-Stiftung gegründet, als sogenannte nicht rechtsfähige Stiftung in der treuhänderischen Verwaltung der Stiftung Zukunftsfähigkeit. Sie stellt eine weitere Option für alle Unterstützer:innen dar, die ganz ausschließlich die Arbeit von Germanwatch fördern und dies nicht auf dem Wege einer zeitnah zu verbrauchenden Spende an Germanwatch e.V., sondern mit einer Zustiftung machen möchten.



Seit Mitte der 1990er Jahre bemüht sich Germanwatch intensiv um verbindliche Regulierungen der Treibhausgasemissionen des Flugverkehrs. Für alle Verbraucher:innen, die auf das äußerst zögerliche Agieren der Politik in diese Richtung nicht länger warten wollen, hat Germanwatch gemeinsam mit Partnern atmosfair als freiwilliges Instrument ins Leben gerufen. Es stellt nach dem Nichtfliegen die zweitbeste Lösung für Klimaschutz im Flugverkehr dar. Die Stiftung Zukunftsfähigkeit ist heute einziger Gesellschafter der 2005 gegründeten atmosfair gGmbH. Christoph Bals und Klaus Milke sind neben zwei Vertreter:innen des Bundesumweltministeriums die Mitglieder im Fachbeirat von atmosfair.



# E Finanzbericht – Kalenderjahr 2021

von Michael Windfuhr (Schatzmeister)

*Das Jahresergebnis 2021 weist einen leichten Fehlbetrag in Höhe von -3.127 Euro auf. Dieser Fehlbetrag erklärt sich aus der 2021 eingeführten Abschreibungsneuregelung für diverse IT-Ausstattung in voller Höhe, was sich in der Ausgabenkategorie „Abschreibungen“ widerspiegelt und gleichzeitig den Umfang künftiger Abschreibungen entlastet. Durch die großen Anstrengungen für ein ansonsten ausgeglichenes Ergebnis war Germanwatch für die finanzielle Herausforderung im Jahr 2021 gut gewappnet, der kleine Verlust konnte mit einem entsprechenden Rückgriff auf Rücklagen aus vorherigen Jahren ausgeglichen werden.*

*Mit dem Jahresergebnis 2021 liegen die Rücklagen von Germanwatch bei knapp über einer Million Euro, was etwa den Ausgaben von zwei Monaten entspricht. Es ist sehr erfreulich, dass Germanwatch diese Rücklagen während der vergangenen Jahre kontinuierlich erweitern und 2021 ungefähr halten konnte. Die Rücklage ist für die Arbeitsfähigkeit von Germanwatch von großer Bedeutung. Sie ist insbesondere notwendig als Risikopuffer, etwa bei verbindlichen Vertragszusagen wie Miet- und Arbeitsverträgen, sowie als Liquiditätspuffer, um in bestimmten Projekten, in denen Geldgeber Zahlungen erst rückwirkend leisten, in Vorleistung treten zu können. Ideal wäre es, wenn eine Organisation wie Germanwatch Rücklagen in Höhe der Ausgaben von mindestens 4–6 Monaten vorhalten könnte, u. a. um die Arbeitsplatzsicherheit unserer Mitarbeitenden zu erhöhen und damit noch besser zu gewährleisten, dass Germanwatch auch weiterhin mit einem hochqualifizierten Team erfolgreich arbeiten kann.*

## Einnahmen

Die Einnahmen im Jahr 2021 betrugen 5.955.198,61 Euro (-1,37 % zum Vorjahr, vgl. Tab. E.1). Der Anteil der Einnahmen im ideellen Bereich und im Zweckbetrieb macht mit 89 % den Großteil der zur Verfügung stehenden Mittel aus.

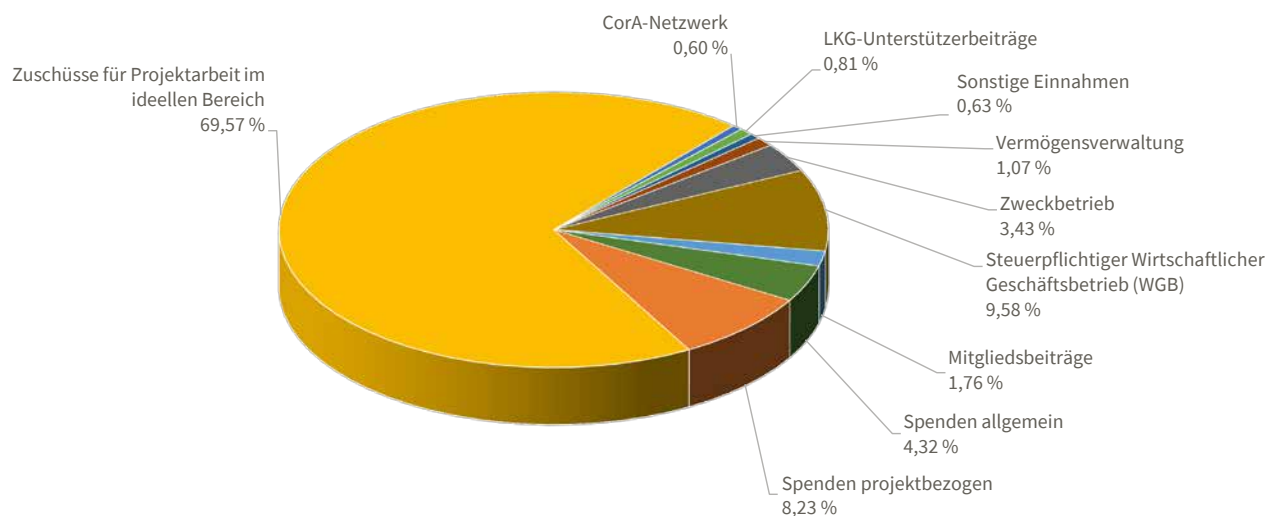
Gegenüber 2020 ist der Umfang des „steuerbegünstigten Zweckbetriebs“ um 14 % gestiegen. Das Volumen der Projekte im „steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb“ konnte gegenüber dem Vorjahr um 39 % (vgl. Tab. E.2b bzw. E.2c) erhöht werden. Die Zuordnung zu den verschiedenen wirtschaftlichen Vereinsbereichen erfolgt anhand bestimmter steuerrechtlicher Kriterien, insbesondere der Frage, ob es sich bei unserer Tätigkeit im steuerrechtlichen Sinne um eine für den Geber erbrachte Leistung gegen Entgelt (z. B. Beratung) handelt und – wenn dies der Fall ist – in welchem Umfang wir hierbei in Konkurrenz zu kommerziellen Leistungsanbietern stehen.

Bei der Höhe der Einnahmen – ebenso wie bei den Ausgaben – ist ab dem Jahr 2021 zu beachten, dass der Teil der von Gebern erhaltenen Einnahmen zur Weiterleitung an Partner für deren Arbeit in Kooperationsprojekten gesondert gebucht ist und sich nicht mehr direkt in den Einnahmen für Germanwatch wiederfindet. Für diese „externe Projektarbeit“ hat Germanwatch Gelder in Höhe von rund 1,1 Millionen Euro erhalten und an Partnerorganisationen weitergeleitet. Beispiele hierfür sind die von Engagement Global aus Mitteln des BMZ geförderten Projekte zu Multiakteurspartnerschaften, bei denen wir mit Partnerorganisationen im Ausland zusammenarbeiten.

Die Anzahl der Geber für Projektmittel ist unverändert hoch (vgl. Tab. E.2a–c). Dies werten wir als ein Zeichen für die breite Anerkennung der Qualität unserer Arbeit; zudem ist das weit gefächerte Spektrum von Zuschussgebern eine wichtige Voraussetzung für die politische Unabhängigkeit und finanzielle Absicherung von Germanwatch.

Bei den Mitgliedsbeiträgen gab es einen leichten Anstieg auf 104.912,57 Euro aufgrund der gestiegenen Mitgliederzahl (von 835 auf 878 im Jahr 2021). Mit 747.349,88 Euro blieben die allgemeinen und zweckgebundenen Spenden 2021 etwa auf Vorjahresniveau. Bei den zweckgebundenen Spenden handelt es sich überwiegend um Projektgelder, die Germanwatch von Stiftungen wie beispielsweise der Barthel Stiftung, der Stiftung Neue Energie (GLS Treuhand), der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie der Postcode Lotterie erhielt.

Die Mitgliedsbeiträge und allgemeinen Spenden machen im Vergleich zu den Projektzuschüssen einen kleineren, dafür aber strategisch besonders wichtigen Teil der Einnahmen aus. Diese nicht zweckgebundenen Mittel können wir flexibel und mit besonderer Wirkung einsetzen. Wir können sie z. B. nutzen, um schnell und unabhängig auf aktuelle politische Ereignisse mit Öffentlichkeits- oder Lobbyarbeit zugunsten unserer am Gemeinwohl orientierten Ziele zu reagieren, um neue Projekte zu initiieren oder zu kofinanzieren sowie um die Nachhaltigkeit und zukünftige Handlungsfähigkeit von Germanwatch zu sichern. Gerade bei der Kofinanzierung von Projekten leisten Mitgliedsbeiträge, Spenden und Programmförderungen eine starke Hebelwirkung, weil wir viele der Zuschüsse im ideellen Bereich nur beantragen können, wenn wir einen gewissen Eigenbeitrag leisten können. Auch sind sie unerlässlich, um Kosten zu decken, die für eine hohe Wirksamkeit der Arbeit von Germanwatch essentiell sind, aber von einigen öffentlichen und privaten Gebern entweder gar nicht oder in zu geringem Umfang bezuschusst werden. Hierzu zählen beispielsweise Aktivitäten, mit denen wir bei kurzfristigen Veränderungen im politischen Raum handlungsfähig sein wollen, ohne dass uns dafür Projektmittel zur Verfügung stehen. Um diese wichtigen Bereiche in noch größerem Umfang abdecken zu können, arbeiten wir daran, diesen Anteil zu erhöhen.



**Abb. E.1: Einnahmen**

Allen Mitgliedern und Fördermitgliedern, unseren Spender:innen, allen Zuschussgebern (vgl. Tab E.2) sowie Zustifter:innen der Stiftung Zukunftsfähigkeit gilt unser besonderer Dank für ihre Unterstützung! Aber auch für die in großem Umfang geleisteten ehrenamtlichen Beiträge und die ausdauernden Anstrengungen unserer Mitarbeiter:innen, Freiwilligen und Praktikant:innen, die im vorliegenden Zahlenwerk nur zum Teil enthalten sind, möchte der Vorstand an dieser Stelle Anerkennung und Dank aussprechen.

## Ausgaben

Abb. E.2 zeigt die Verwendung der Einnahmen, also die Ausgaben nach den bei uns relevanten Tätigkeitsbereichen. Mit einem Umfang von 5.215.042,53 Euro, dies entspricht 87,5 % der Gesamtausgaben, entfällt der weitaus größte Bereich der Arbeit von Germanwatch auf Projektarbeit. Diese Arbeit teilt sich in der Zuordnung zu unseren fünf politischen Fachteams wie folgt auf: Internationale Klimapolitik (31,1 % der gesamten Ausgaben), Deutsche und Europäische Klimapolitik (30,3 %), Unternehmensverantwortung (9,9 %), Welternährung, Landnutzung und Handel (7,8 %), Bildung für Nachhaltige Entwicklung (6,3 %). Zusätzlich entfallen 2,2 % auf teamübergreifende Aktivitäten, wobei auch im Rahmen der meisten anderen Projekte eine regelmäßige teamübergreifende Kooperation erfolgt.

Betrachtet man die Ausgaben nach Aufwandskategorien (Tab. E.1), so zeigt sich, dass den größten Anteil nach wie vor die Personalkosten (Gehälter sowie dazugehörige Sozialabgaben) ausmachen: zusammengenommen 4.231.766,68 Euro (das entspricht circa 73 % der Gesamtausgaben aus laufender Tätigkeit). Dieser auf den ersten Blick hohe Anteil erklärt sich durch die Arbeitsweise von Germanwatch, die sich auf folgende Bereiche konzentriert: 1. Am Gemeinwohl orientierte Lobbyarbeit, 2. Thinktank- und Research-Arbeit, 3. Bewusstseinsbildung und (breitere) Öffentlichkeitsarbeit, 4. Kampagnen, Aktionen und Aufforderung zum Handeln sowie 5. Bildungsarbeit.

In der notwendigen fachlichen Tiefe und Kontinuität kann diese Arbeit nur mit einem hohen Anteil an eigenem Personal gewährleistet werden. Honorarkräfte kommen nur in begrenztem Umfang zum Einsatz und unterstützen uns dann überwiegend bei der Erstellung von Studien sowie im Bereich Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit inklusive Redaktion und Layout. Unsere Arbeit soll vor allem den besonders verletzlichen Menschen, insbesondere im globalen Süden, zu Gute kommen. Hierfür konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des globalen Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Und dies führt im Ergebnis zu einer anderen Ausgabenstruktur mit einem höheren Anteil eigener Personalkosten als bei klassischen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, die z. B. Infrastrukturprojekte mit Partnern im Projektland finanzieren. Im Jahr 2021 gab es gegenüber dem Vorjahr bei den Personalkosten einen Anstieg – dieser war durch mehr Projektaktivitäten und den damit verbundenen größeren Arbeitsumfang einer gestiegenen Anzahl von hauptamtlichen Mitarbeiter:innen begründet (60,5 Vollzeitäquivalente im Jahr 2021 gegenüber 52,6 im Jahr 2020, das entspricht +17,3 %).

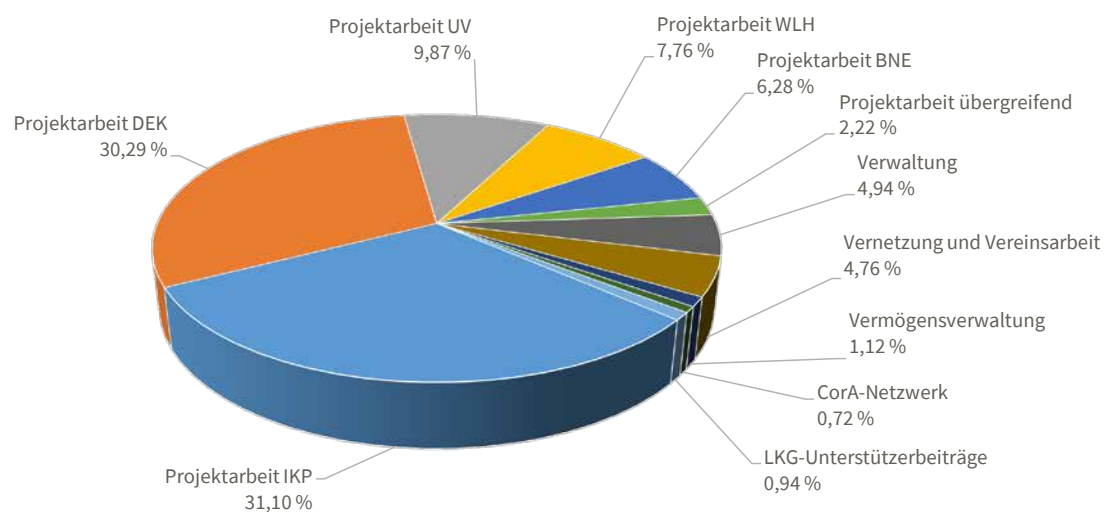


Abb. E.2: Verwendung der Einnahmen



## **Jahresergebnis**

Das Jahresergebnis 2021 weist einen leichten Fehlbetrag in Höhe von -3.127 Euro auf (Vorjahr: +166.553,13 Euro). Damit können wir den eingangs beschriebenen, erforderlichen Puffer in einer an die gewachsene Größe der Organisation erforderlichen Höhe weiterhin sicherstellen und die o. g. wichtigen Signale einer höheren Arbeitsplatzsicherheit unseren Mitarbeiter:innen übermitteln, deren kontinuierliche Mitarbeit ein zentraler Erfolgsfaktor für unsere Wirksamkeit ist.

## **Grundlagen des Finanzberichts**

Germanwatch nimmt als gemeinnütziger Verein für das jeweilige Kalenderjahr die Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes vor (sogenannte Gewinn- und Verlustrechnung). Grundlage für die Erstellung des gesamten Jahresabschlusses (inklusive Bilanz) bilden die Besonderheiten zur Rechnungslegung Spenden sammelnder Organisationen, herausgegeben vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW RS HFA 21). Der Jahresabschluss für 2021 wurde von der Reinhardt & Weckbecker Steuerberatungsgesellschaft mbH in enger Zusammenarbeit mit Germanwatch erstellt. Laut Anlage 1 zum Bescheid für 2020 über Körperschaftssteuer vom 17.11.2021 erstreckt sich die Steuerpflicht von Germanwatch ausschließlich auf den steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb. Im Übrigen ist der Verein nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftssteuergesetzes von der Körperschaftssteuer und nach § 3 Nr. 6 des Gewerbesteuergesetzes von der Gewerbesteuer befreit, weil er ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung dient.

**Tab. E.1: Einnahmen-/Ausgabenrechnung 2021 und Vergleich zu 2020 (Ideeller Bereich, Vermögensverwaltung, Zweckbetrieb und wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb)**

	2020	2021
<b>A. Einnahmen aus laufender Tätigkeit (ohne Miet- und Zinseinnahmen)</b>		
<b>Ideeller Bereich:</b>		
1. Mitgliedsbeiträge	99.615,36 €	104.912,57 €
2a. Spenden allgemein	231.975,05 €	247.060,17 €
2b. Spenden projektbezogen	509.889,90 €	490.289,71 €
3. Programmförderung durch Stiftung Zukunftsfähigkeit	10.000,00 €	10.000,00 €
4. Zuschüsse für Germanwatch-Projektarbeit ideell	4.429.358,33 €	4.142.946,50 €
5a. Einnahmen CorA-Netzwerk	48.523,75 €	35.574,22 €
5b. Einnahmen LKG Unterstützerbeiträge (Initiative Lieferkettengesetz)	43.227,90 €	48.455,96 €
6. Sonstige Einnahmen	7.340,27 €	37.604,45 €
<b>Zweckbetrieb und WGB:</b>		
7. Einnahmen Zweckbetrieb	179.530,56 €	204.050,49 €
8. Einnahmen WGB	410.968,19 €	570.678,84 €
	5.970.429,31 €	5.891.572,91 €
<b>B. Ausgaben aus laufender Tätigkeit (ohne Vermietung und Nebenkosten Geldverkehr)</b>		
<b>Ideeller Bereich:</b>		
9. Löhne und Gehälter / Soziale Abgaben	3.317.106,22 €	3.891.443,64 €
10. Fremdhonorare / externe Projektarbeit ideell	1.393.454,24 €	629.976,04 €
11. Miete / Mietnebenkosten	149.110,81 €	147.399,27 €
12. Abgaben / Versicherungen	18.867,34 €	20.663,96 €
13. Beiträge	12.541,55 €	14.376,91 €
14. Reisekosten	30.163,70 €	35.445,37 €
15. Instandhaltungen und Kleingeräte	29.434,32 €	20.645,83 €
16. Abschreibungen	26.540,74 €	62.018,40 €
17. Porto / Telefon / Internet	32.575,81 €	51.823,98 €
18. Kopier- und Faxkosten / Bürobedarf	20.140,30 €	18.631,58 €
19. Kosten Öffentlichkeitsarbeit	71.381,42 €	55.159,36 €
20. Bücher und Zeitschriften	14.094,57 €	5.118,69 €
21. Rechtsberatung, Jahresabschluss- und Buchhaltungskosten	27.938,80 €	52.894,30 €
22. Aufwendungen für Lizenzen	11.132,01 €	33.830,42 €
23. Sonstiges	56.121,26 €	78.636,28 €
<b>Zweckbetrieb und WGB:</b>		
28. Zweckbetrieb (Gehalts- und Sachkosten)	189.970,48 €	217.357,63 €
29. WGB (Gehalts- und Sachkosten)	402.695,19 €	551.333,52 €
	5.803.268,76 €	5.886.755,19 €

	2020	2021
<b>C. Laufendes Ergebnis</b>	167.160,55 €	4.817,72 €
<b>D. Einnahmen Vermögensverwaltung</b>		
30. Zinseinnahmen	132,07 €	182,66 €
31. Miet- und Pächterträge	67.203,01 €	63.443,04 €
<b>E. Ausgaben Vermögensverwaltung</b>		
32. Nebenkosten des Geldverkehrs	1.273,02 €	3.502,38 €
33. Anteilige Miete für Untermieter	65.288,88 €	63.232,09 €
<b>F. Ertragsteuerneutrale Posten</b>	-1.380,60 €	-4.836,53 €
<b>G. Einnahmenüberschuss/ (-) Ausgabenüberschuss</b>	166.553,13 €	-3.127,58 €
	2020	2021
<b>Gesamtergebnis: Einnahmen</b>		
Ideeller Bereich	5.379.930,56 €	5.116.843,58 €
Ertragsteuerneutrale Posten	- €	- €
Vermögensverwaltung	67.335,08 €	63.625,70 €
Zweckbetrieb	179.530,56 €	204.050,49 €
WGB	410.968,19 €	570.678,84 €
<b>Summe</b>	<b>6.037.764,39 €</b>	<b>5.955.198,61 €</b>
	2020	2021
<b>Gesamtergebnis: Ausgaben</b>		
Ideeller Bereich	5.210.603,09 €	5.118.064,04 €
Ertragsteuerneutrale Posten	1.380,60 €	4.836,53 €
Vermögensverwaltung	66.561,90 €	66.734,47 €
Zweckbetrieb	189.970,48 €	217.357,63 €
WGB	402.695,19 €	551.333,52 €
<b>Summe</b>	<b>5.871.211,26 €</b>	<b>5.958.326,19 €</b>
<b>Ergebnis</b>	<b>166.553,13 €</b>	<b>-3.127,58 €</b>

**Tab. E.2a: Zuschüsse im ideellen Bereich im Jahr 2021 im Vergleich zu 2020**

<b>Zuschüsse privater Geber</b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>
European Climate Foundation (ECF)	353.450,35 €	460.252,17 €
Stiftung Mercator	235.364,56 €	383.315,28 €
Misereor	235.443,07 €	261.719,37 €
Brot für die Welt – Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung	247.672,41 €	229.682,28 €
Robert Bosch Stiftung	- €	97.287,44 €
Humanity United Action (HUA)	4.387,42 €	87.606,87 €
atmosfair	72.216,45 €	83.455,10 €
Mercator über Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft/Klima-Allianz	- €	82.615,00 €
OAK Foundation über Swiss Philanthropy Foundation	- €	49.498,64 €
Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen	- €	37.623,72 €
Frank Bold Society	- €	24.040,00 €
ECF über World Resources Institute	16.964,56 €	18.863,14 €
LKG-Initiative	43.227,90 €	- €
Münchner Rück Stiftung	41.826,00 €	- €
Avaaz Foundation	30.000,00 €	- €
Sonstige	27.997,08 €	16.555,86 €
	<b>1.308.549,80 €</b>	<b>1.832.514,87 €</b>

Davon wurden im Jahr 2021 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 689.315,17 einkommensneutral behandelt.

<b>Zuschüsse öffentlicher Geber</b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) über Engagement Global (EG)	1.294.947,74 €	640.678,37 €
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz u. nukleare Sicherheit (BMU)	762.756,97 €	421.173,23 €
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)	155.401,15 €	170.977,58 €
BMZ über Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)	67.504,12 €	165.054,25 €
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)	196.363,65 €	139.940,37 €
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)	60.541,18 €	131.888,14 €
BMZ über CARE Deutschland	222.642,83 €	129.875,68 €
BMUV über Umweltbundesamt (UBA)	62.600,56 €	79.357,86 €
BMUV über Humboldt-Viadrina Governance Platform	64.645,66 €	59.977,07 €
BMZ/Engagement Global/Land Berlin über Stiftung Nord-Süd-Brücken	53.250,00 €	53.250,00 €
BMUV/GIZ über Wuppertal Institut	9.635,40 €	53.088,28 €
BMUV über GIZ	- €	52.733,24 €
BMZ/Engagement Global/ Staatskanzlei NRW über Eine-Welt-Netz NRW	51.000€	51.000,00 €
Europäische Kommission über Climate Action Network Europe	46.110,39€	43.681,37 €
Bundeskanzleramt	94.885,54€	40.394,96 €
BMWK über GIZ	- €	35.648,19 €
Europäische Kommission über Carbon Market Watch	- €	26.746,04 €
Sonstige	21.741,24 €	14.967,00 €
	<b>3.164.026,43 €</b>	<b>2.310.431,63 €</b>

Davon wurden im Jahr 2021 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 163.942,79 einkommensneutral behandelt.

**Tab. E.2b: Projektbezogene Einnahmen im Zweckbetrieb im Jahr 2021 im Vergleich zu 2020**

<b>Zweckbetrieb</b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>
NN Insurance Eurasia N.V.	25.000,00 €	47.500,00 €
Institutional Shareholder Services (ISS) Inc.	0,00 €	42.500,00 €
Lightcycle	20.150,00 €	30.225,00 €
atmosfair	56.700,00 €	23.570,00 €
Einnahmen aus Schulveranstaltungen	17.000,00 €	11.730,00 €
Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion	24.807,83 €	10.492,32 €
MSCI Inc.	15.000,00 €	0,00 €
F20 Stiftungsplattform über Umweltstiftung Michael Otto	14.285,71 €	0,00 €
Sonstige Einnahmen	6.587,02 €	38.033,17 €
	<b>179.530,56 €</b>	<b>204.050,49 €</b>

Davon wurden im Jahr 2021 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 14.485,72 einkommensneutral behandelt.

**Tab. E.2c: Projektbezogene Einnahmen im steuerpflichtigen Wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb im Jahr 2021 im Vergleich zu 2020**

<b>Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb</b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>
Empowered UG	172.103,65 €	330.000,00 €
DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag	- €	24.594,03 €
Frankfurt School of Finance and Management	19.388,79 €	21.490,00 €
Wuppertal Institut	- €	15.000,00 €
Robert Bosch Stiftung	- €	13.992,00 €
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)	17.285,00 €	- €
Casa Alliance	185.375,72 €	- €
Sonstige Einnahmen	16.815,03 €	10.000,25 €
	<b>410.968,19 €</b>	<b>415.076,28 €</b>

Davon wurden im Jahr 2021 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 118.310,18 einkommensneutral behandelt.

Tab E.3: Bilanz 31.12.2021 und Vergleich zum 31.12.2020

AKTIVA	2020	2021
<b>A. <u>Sachanlagevermögen</u></b>		
1. Software	2,50 €	2,50 €
2. Büroeinrichtung	10.888,00 €	29.800,00 €
3. Computeranlagen	8.236,25 €	5.064,25 €
4. Einbauten in fremde Grundstücke	11.070,00 €	7.553,00 €
5. Sonstige Betriebsausstattung	7.262,70 €	6.460,00 €
6. Geringwertige Wirtschaftsgüter	- €	- €
7. Geleistete Anzahlungen	3.962,70 €	- €
	<b>41.422,15 €</b>	<b>48.879,75 €</b>
<b>B. <u>Finanzanlagen</u></b>		
1. Sonstige Ausleihungen	<b>40.852,69 €</b>	<b>40.853,10 €</b>
<b>C. <u>Umlaufvermögen</u></b>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	579.832,70 €	989.053,61 €
2. Sonstige Vermögensgegenstände	203.345,85 €	174.467,83 €
3. Flüssige Mittel	1.401.694,80 €	1.794.750,29 €
	<b>2.184.873,35 €</b>	<b>2.958.271,73 €</b>
<b>D. <u>Aktive Rechnungsabgrenzungsposten</u></b>	- €	- €
<b><u>Summe Besitzposten</u></b>	<b>2.267.149,99 €</b>	<b>3.048.004,58 €</b>
<b>PASSIVA</b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>
<b>E. <u>Vereinsvermögen</u></b>		
a) Posten gem. § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO	935.415,83 €	935.415,83 €
b) Posten gem. § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO	150.963,79 €	147.836,21 €
	<b>1.086.379,62 €</b>	<b>1.083.252,04 €</b>
<b>F. <u>Rückstellungen</u></b>		
Steuerrückstellungen	- €	1.902,00 €
Sonstige Rückstellungen	10.000,00 €	10.000,00 €
<b>G. <u>Verbindlichkeiten</u></b>		
1. Darlehensverbindlichkeiten	6.712,26 €	6.712,26 €
2. Verb. aus Lieferungen und Leistungen	77.339,82 €	396.530,41 €
3. Sonstige Verbindlichkeiten	50.835,72 €	106.964,40 €
<b>H. <u>Passive Rechnungsabgrenzung</u></b>	1.035.882,57 €	1.442.643,47 €
<b><u>Summe Schuldposten</u></b>	<b>2.267.149,99 €</b>	<b>3.048.004,58 €</b>
<b><u>Vermögen des Vereins</u></b>		
Vermögen des Vereins zum 31.12.2020		1.086.379,62 €
Jahresfehlbetrag 2021		-3.127,58 €
Vermögen des Vereins zum 31.12.2021		<b>1.083.252,04 €</b>



# Germanwatch

„Hinsehen, Analysieren, Einmischen“ – unter diesem Motto engagiert sich Germanwatch für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen und konzentriert sich dabei auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unseres Einsatzes für eine nachhaltige Entwicklung.

Unsere Arbeitsschwerpunkte sind Klimaschutz & Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung und Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Zentrale Elemente unserer Arbeitsweise sind der gezielte Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen.

Germanwatch finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie aus Projektmitteln öffentlicher und privater Zuschussgeber.

Möchten Sie die Arbeit von Germanwatch unterstützen? Wir sind hierfür auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

## **Bankverbindung/Spendenkonto:**

Bank für Sozialwirtschaft AG,  
BIC/Swift: BFSWDE33BER,  
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00

Weitere Informationen erhalten Sie unter [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org) oder bei einem unserer beiden Büros:

## **Germanwatch – Büro Bonn**

Dr. Werner-Schuster-Haus  
Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn  
Telefon +49 (0)228/60 492-0, Fax -19

## **Germanwatch – Büro Berlin**

Stresemannstr. 72, D-10963 Berlin  
Telefon +49 (0)57 71 328-0, Fax -11

E-Mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)

Internet: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)



**Hinsehen. Analysieren. Einmischen.**

Für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.